NPD-Volksbegehren stoppen! Seite 7

5 ZD 3428

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 7 vom 19. Februar 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



Metaller machen Dampf! — Anläßlich der zweiten Verhandlungsrunde im Lohnkonflikt der Metallindustrie demonstrierten in Balingen (Baden-Württemberg) kämpferische Metaller vor dem Verhandlungslokal für ihre Lohnforderung: 3 Prozent und 100 Mark! Aber auch jetzt, in der dritten Verhandlungsrunde, weigern sich die Unternehmer, ein Angebot vorzulegen, das diese Bezeichnung überhaupt verdient. Sie wollen Reallohnabbau. Die Arbeiter brauchen Reallohnsicherung. Ende Februar läuft die Friedenspflicht aus. Dann muß in den Betrieben etwas laufen!

Vorbereitung für einen Einmarsch!

CIA will US-Kriegserklärung gegen EL Salvador

WASHINGTON. — Veröffentlichungen verschiedener amerikanischer Zeitungen und Fernsehstationen am letzten Wochenende zeigen mit aller Deutlichkeit, wie groß die Gefahr eines offenen militärischen Überfalls der USA auf verschiedene Staaten Mittelamerikas ist. Der berüchtigte Geheimdienst CIA forderte sowohl den Einmarsch von US-Infanterie in El Salvador, als auch massive Militäraktionen gegen „Verbindungslinien zwischen Cuba und Nicaragua", sowie die Finanzierung des geplanten Umsturzes in Nicaragua.

Immer deutlicher wird in den letzten Wochen, daß die Junta in El Salvador sich nur noch von Washingtons Gnaden an der Macht halten kann. Ohne die amerikanische „Militärhilfe" könne man sich nicht halten, meinte jetzt auch der sogenannte Verteidigungsminister El Salvadors. Zusammen mit dem Eingeständnis des US-Diplomaten Enders (siehe auch Seite 10), daß eine politische Lösung der Auslieferung des Landes an die Aufständischen gleichkäme, kennzeichnet dies die Situation sehr klar. Daraus zieht der CIA in seiner Stellungnahme die Konsequenzen: Reguläre amerikanische Truppen müßten einmarschieren!

Und, so geht es gleich weiter, auch die Nachschublinien der revolutionären Armee müßten abgeschnitten werden. Militärische Maßnahmen gegen Verbindungslinien zwischen Nicaragua und Cuba seien deshalb nötig, am besten gleich der Sturz der nicaraguanischen Revolutionsregierung. Dafür wurden dann auch prompt bereits rund 40 Millionen Mark politischer Soforthilfe an den Unternehmerverband Nicaraguas bereitgestellt.

Nach der bereits in der letzten Woche erfolgten Ankündigung der weiteren Erhöhung der Waffenlieferungen an die Junta El Salvadors wurde jetzt auch noch die Belieferung des Mordregimes in Guatemala erhöht.

Alles dies weist deutlich darauf hin, daß die Reagan-Regierung bereit ist, in Mittelamerika nicht nur ein zweites Vietnam zu inszenieren, sondern auch ein zweites Indochina. Daß sie nicht davor zurückschrecken wird, die ganze Region mit Krieg zu überziehen, um ihre Herrschaft zu sichern. Die Bestrebungen der breiten Mehrheit der Völker dieser Länder, die nationale Unabhängigkeit, politische Freiheiten und soziale Verbesserungen wünschen, kümmern die Vertreter des USA-Imperialismus einen Dreck.

Gegen diesen Kriegskurs Reagans fanden noch am Abend nach der Ausstrahlung der Fernsehsendung, die die CIA-Forderungen nach Krieg enthüllt hatte, in verschiedenen Städten der USA spontane Protestdemonstrationen statt. Auf der größten von ihnen in Boston, an der sich etwa 4000 Menschen beteiligt haben sollen, wurde die Forderung erhoben „Kein zweites Vietnam, kein Überfall auf Mittelamerika". Die amerikanische Friedensbewegung, die schon zur Niederlage des US-Überfalls auf Indochina einen wichtigen Beitrag lieferte, steht auch diesmal vor einer großen Aufgabe.

NRW: Metalltarifrunde geplatzt

DÜSSELDORF. — Die Metalltarifrunde in NRW, dem mit etwa einer Million Metallbeschäftigten größten westdeutschen Tarifbereich, wurden am Montag von den Kapitalisten abgebrochen. Sie wollen formell das Scheitern der Gespräche erklären lassen und die Schlichtung anrufen.

Der Verhandlungsführer der Kapitalisten, Pleiger, begründete den Abbruch damit, die IG Metall habe ihre Positionen beibehalten.

Die Unternehmer sahen ihr „Entgegenkommen" darin erschöpft, daß sie nur noch einen statt drei Monate Lohnpause fordern, bevor sie eine Lohnerhöhung von 3 Prozent gewähren wollen.

Dagegen steht nach wie vor die IGM-Forderung nach 7,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 120 Mark. Und die muß auch stehenbleiben!

Die Kapitalisten geben sich weitgehend kompromißlos. IGM-Bezirksleiter Bräuer war am Wochenanfang noch nicht zur Schlichtung bereit; die Verhandlungsmöglichkeiten, so sagte er, seien noch nicht ausgeschöpft.

Die Unternehmer setzen auf die harte Linie. In der Presse wird darüber spekuliert, die minimalen „Zugeständnisse" könnten immerhin geeignet sein, in anderen Tarifbezirken die Gewerkschaftsvertreter ihrerseits zum „Entgegenkommen" zu veranlassen und so schließlich auch NRW zum Nachziehen zu zwingen.

Die volle Durchsetzung der IGM-Forderung bleibt das einzig reale, alles andere ist sicherer Reallohnabbau. Deshalb muß die Antwort der Gewerkschaft auf den Unternehmerkurs darin bestehen, effektive Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung zu ergreifen. Und zwar sofort; man darf die Front nicht aufweichen lassen. Und das heißt: Streikvorbereitungen jetzt!

84 Opfer von Mobil Oil?

Das erneute Kentern einer Bohrinsel — diesmal vor Neufundland in Kanada — hat offensichtlich das Leben von 84 Ölarbeitern und Technikern gekostet. Wie vor einiger Zeit, als die Alexander Kjelland in der Nordsee ihre Mannschaft in den Tod riß, so wird auch jetzt, bei der Katastrophe der Ocean Ranger, die Allgewalt der Natur in düsteren Farben gemalt. Und wie damals, so stimmt es auch heute nicht. Bereits erste Presseberichte zeigen, daß es vor kurzem mehrere Unregelmäßigkeiten gab, daß es auch hier seit längerem die Forderung der Ölarbeitergewerkschaft gab, Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit zu treffen — vergebens. Die Ölmultis — und davon ist Mobil heute der drittgrößte — gehen ohne Bedenken über die Lebensgefahr ihrer Arbeiter hinweg. Denn Sicherheit ist teuer. Und die Milliardenprofite der Multis sind ja schließlich nicht dazu da, den Arbeitern das Leben zu erhalten.

19. Wehrkunde-Tagung der NATO

USA fordern weiter beschleunigte Aufrüstung

Offene Kritik an der „Entspannungspolitik"

MÜNCHEN. — Die internationale Wehrkundetagung, die in diesem Jahr bereits zum 19. Mal stattfand, ist erst seit der Zeit des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Als alljährliche Versammlung der Militärs, Rüstungsindustriellen und der besonders mit ihnen verbundenen Politiker ist sie ein wichtiges Propagandaforum der Militaristen.

Auch in diesem Jahr benutzten die Vertreter aus den USA diese Versammlung einmal mehr dazu, ihre „Partner" zur weiteren Steigerung der Aufrüstung aufzurufen. Neben Minister Weinberger trat dabei auch der amerikanische Oberkommandierende der NATO, General Rogers, auf.

Er präzisierte Weinbergers Forderung mit dem Satz: „Von 1983 bis 1988 müssen die Verteidigungsausgaben um jährlich real 4 Prozent angehoben werden."

Dem Rechtsaußen der Republikanischen Partei und engen Freund Reagans, Senator Towers, blieb es dann überlassen, die Politik der Bundesrepublik in einer Weise zu kritisieren, wie sie bisher auf dieser Tagung noch nie gescholten worden war: Die Deutschen sollten endlich ihre überholten Entspannungsträume aufgeben, die Regierung sollte eindeutig erklären, was sie wolle.

Minister Apel tat dann auch sofort wie geheißen und verwies darauf, daß kein anderes europäisches NATO-Land so viel aufrüste, wie die Bundesrepublik...

Dresdener Friedensforum

Oppositionelle Massenversammlung für den Frieden in der DDR

Landesbischof Hempel als Fürsprecher der Regierung

DRESDEN. — Am 37. Jahrestag der Zerstörung Dresdens waren von verschiedenen Seiten Aktionen angekündigt worden, mit denen jene Kräfte in der DDR, die der SED-Regierung ihren stets bekundeten Friedenswillen nicht abnehmen, sich öffentlich äußern wollten. Deshalb hatte die zuständige SED-Bezirksleitung mit der evangelischen Kirche faktisch ein Abkommen getroffen. Sie sollte die Leitung dieser Veranstaltung übernehmen — offensichtlich um ihr die Spitze abzubiegen.

So fällt an allen Bereichen über die Aktion von Dresden neben der mit 4000 bis 6000 Teilnehmern sehr großen Zahl die unterschiedliche Haltung des Hauptredners, des Landesbischofs Hempel, und der anderen Diskussionsteilnehmer auf.

Während aus dem Publikum stets dann starker Beifall kam, wenn die Regierung kritisiert wurde: etwa wenn gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen oder gegen eigene Aufrüstung Stellung bezogen wurde, gab der Bischof ein ganz anderes Bild.

Er wandte sich auch gegen den von kirchlichen Kreisen initiierten sogenannten Berliner Appell, der der Erhaltung des Friedens nicht dienlich sei und auch das Gespräch darüber nicht positiv beeinflussen könne.

Was er genau damit meinte, sagte er am Ende der Beratung: Nicht nur die hier Versammelten, sondern auch die Regierungen der DDR und der UdSSR träten für die Erhaltung des Friedens ein. Dafür allerdings erhielt er keinen großen Beifall. Einige hundert der Teilnehmer beendeten die Veranstaltung mit einem von Sicherheitskräften — also Stasi — genau beobachteten Schweigemarsch.



Soldaten der NVA bei einer Übung: die Regierungspropaganda, dies alles diene dem Frieden wird auch in der DDR immer weniger geglaubt

Kommentar der Woche

Mögen die Geschäfte der Vietor und Kompagnie nun legal gewesen oder jenseits der Grenze. Mögen die Steuergeschenke von Vetter und Loderer in Westberlin auch gesetzlich erlaubt sein — vom Standpunkt der Gewerkschaftsbewegung aus kann man sie nur politisch rundherum verurteilen. Das dabei an den Tag gelegte Verhalten, einschließlich der schnellen Verurteilung desjenigen, der am meisten im Kreuzfeuer stand, das entspricht genau dem Verhalten wie man es aus Bonn oder aus Unternehmensleitungen kennt.

Ist dies alles Zufall? Geschah dies wegen persönlicher Charakterfehler der betreffenden Gewerkschaftsführer? Bestimmt nicht. Dies alles, daß sich die Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes, seine „Gemeinwirtschaftliche Unternehmen" verhalten wie Kapitalisten (mögen diese dunklen Geschäfte auch nur den Umfang jener von kleinen Kapitalisten haben) ist Ergebnis der gesamten Politik des DGB in den letzten Jahrzehnten

Neue Heimat — neue Erkenntnisse?

Sozialpartnerschaft, Interessengleichheit, Interessenausgleich heißt dies im politischen Bereich. Und das Ergebnis: Man kommt an den Futtertrog, aus dem sich das Kapital nährt, man will mitmachen. Man lebt unter Aufsichtsräten und Chefmanagern und möchte auch so leben. So werden bürgerliche Gewerkschaftsführer geformt, die dann — allmählich oder schnell — die Seiten wechseln. Steuertricks, Abschreibungsgeschäfte und was da noch kommen mag, an die Oberfläche gespült werden mag: Das ist nicht der Skandal der Arbeiter und ihrer Gewerkschaft, das ist ein Skandal der kapitalistischen Klasse.

Und in deren Interesse liegt es nicht, Steuertricks aufzudecken, legalen Schwindel zu erhellen, sondern in deren Interesse liegt es, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen. Und prompt stimmen jene Kräfte in den Chor ein, die von jeher als gewerkschaftsfeindlich bekannt sind. FDP-Verheugen und CDU-Geißler kamen gerade in diesem Augenblick mit ihren Behauptungen an die Öffentlichkeit, die Gewerkschaft besitze zu viel Macht. Und das habe sich am Widerstand gegen die Kürzungspläne im öffentlichen Dienst gezeigt! Das ist eine eindeutige Sprache.

Und wenn jetzt von Filzokratie geredet wird, die Nazi-These der ausbeuterischen Bonzen wiederholt wird, dann stecken da dunkle Absichten dahinter.

Damit will man den gerechtfertigten Ärger und Zorn der Arbeiter über solche Gewerkschaftsführer ausnutzen. Damit will man die Haltung „Die da oben machen doch alle, was sie wollen" auch gegenüber der Gewerkschaftsführung verwurzeln, will Resignation, Organisationsfeindlichkeit oder Abneigung schüren oder erzeugen.

Passive Ablehnung, die sich im Zorn erschöpft, möglichst auch noch eine wahrnehmbare Austrittsbewegung — das wäre allerdings Wasser auf die Mühlen des Kapitals, gerade in der heutigen Situation. Tatsache ist, daß sowohl die KPD als auch zahlreiche andere klassenbewußte Gewerkschafter immer wieder eine solche Kritik an der Führung des DGB geübt haben: daß die Spitzen verfilzt sind — mit dem Kapital, daß dies ihr Interesse erzeugt, für die Erhaltung dieser Ordnung einzutreten, den Kampf der Arbeiter, wo nötig auch abzuwürgen. Deshalb muß man auch und gerade jetzt unterstreichen: bloßer Zorn reicht nicht. Passivität und Resignation — die auch Ergebnis einer solchen beschränkten Reaktion sein können — schaden nur einer Seite, der Arbeiterbewegung.

Gerade jetzt muß man die Anstrengungen verstärken, aus diesen Gewerkschaften wieder die Kampforganisationen der Arbeiter zu machen, das kann die einzige Schlußfolgerung sein, die im Sinne der Arbeiterbewegung aus diesen Vorfällen gezogen werden kann und darf. Mehr demokratische Rechte für die breite Masse der Mitglieder, mehr Kontrolle über die Führung der Gewerkschaften, das sind die Forderungen, die man hauptsächlich aus diesen Ereignissen ableiten muß.

Wenn die Reaktion mit ihrer jetzt begonnenen Kampagne den Arbeitern die Schlußfolgerung aufdrängen will: Laßt die Hände von den Gewerkschaften, da geht es genauso schmutzig zu wie anderswo, dann kann die richtige Schlußfolgerung nur heißen — Ärmel aufkrempeln, zupacken. Die Gewerkschaften ausmisten — das kommt alleine den Arbeitern zu, die Kapitalisten und ihre Politiker sollen da die Finger weg lassen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Mieterhöhungen auf breiter Front

BONN. — Nach den mieterfeindlichen Beschlüssen, die im sogenannten Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung enthalten sind, kommen nun auf die etwa vier Millionen Haushalte, die in Sozialwohnungen leben, neue Belastungen zu. Die wohnungswirtschaftlichen Verbände verlangen die Genehmigung von drastischen Mieterhöhungen.

In einem gemeinsamen Vorstoß forderten sie in der vergangenen Woche eine 100prozentige Erhöhung der Pauschalen für die Instandhaltung und die Verwaltung des Wohnungsbestandes im preisgebundenen sozialen Wohnungsbau.

Die Erhöhung der Pauschale würde die Mieten bei nach 1960 gebauten Sozialwohnungen um 30 bis 50 Pfennig pro Quadratmeter verteuern. Bei den vor 1960 gebauten Sozialwohnungen wären sogar Mietsprünge von einer Mark mehr pro Quadratmeter die Folge.

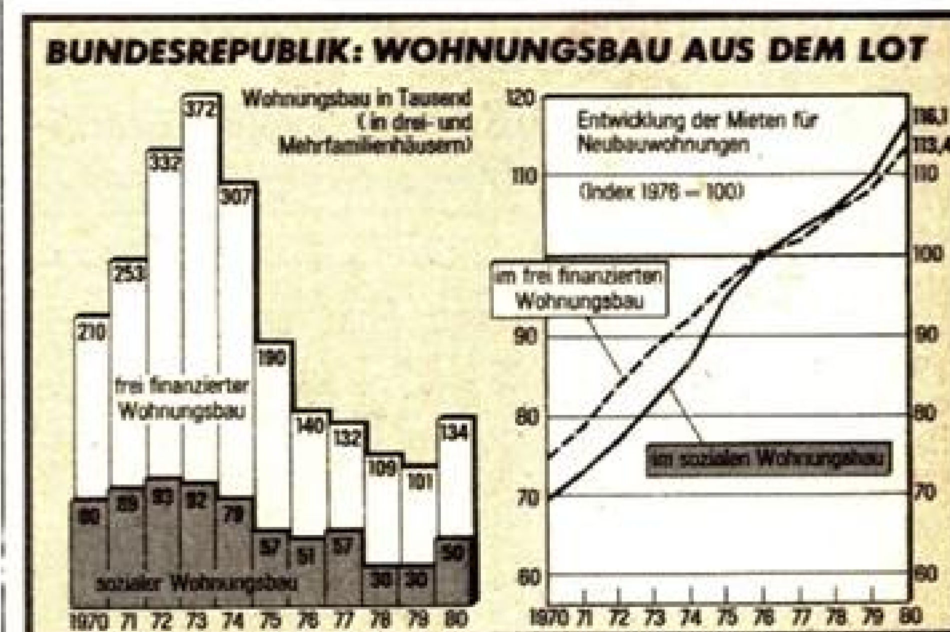
Bis zum März soll den Wohnungsbauministern in Bund und Ländern ein Gutachten über diese Forderungen vorgelegt werden. Wie sich die Minister dann entscheiden werden, kann man schon aus den ersten Reaktionen des Bonner Wohnungsbauministeriums ablesen. Dort wurden die unverschämten Forderungen nicht etwa abgelehnt, sondern ein Sprecher ließ durchblicken, daß man sie für berechtigt halte.

In diesem Zusammenhang müssen auch die letzte Woche vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswohnungsbauministeriums veröffentlichen Forderungen nach einer „stärkeren marktwirtschaftlichen Ausrichtung" des Wohnungsbaus gesehen werden. Nach der Meinung dieses Beirats sind nämlich die 1971 in Kraft gesetzten Mieterschutzbestimmungen Schuld an der Wohnungsnot. Und im Chor mit den Hauseigentümern rufen sie nun nach einem Abbau dieser Bestimmungen, nach einem ungehemmten Wirken der kapitalistischen Marktgesetze im Bereich der Wohnwirtschaft.

Die Bundesregierung hat mit ihren Beschlüssen zum „Beschäftigungsprogramm" ja schon einiges getan, um solchen Forderungen nachzukommen. Es wurde damit nicht nur die sogenannte Staffelmiete eingeführt, die es den Vermietern erlaubt, gleich bei Vertragsabschluß mit den Mietern künftige Mieterhöhungen festzulegen. Auch die Mietspiegel, die bislang immerhin eine gewisse hemmende Wirkung bei Preiserhöhungen gespielt hatten, werden nun kräftig manipuliert.

Statt aller Mietverträge innerhalb einer Stadt, sollen künftig in den Mietspiegeln nur noch die zuletzt abgeschlossenen Verträge berücksichtigt werden — und das sind dann natürlich diejenigen, in denen die höchsten Mieten festgelegt sind.
Was das konkret bedeutet, hat kürzlich das Münchener Ifo-Institut ausgerechnet. Nach der neuen Regelung, so das Institut, ist mit Mieterhöhungen zwischen 15 bis 25 Prozent zu rechnen.

Aber auch das ist nur ein allgemeiner Wert. Gerade in den Ballungsgebieten, wo jetzt schon der Wohnraum am knappsten und der Mietzins am höchsten ist, wird die Neuregelung des Mietspiegels noch schlimmere Folgen für die Werktätigen haben. Hier sagt der Mieterbund eine Erhöhung der Mieten um zwei bis drei Mark pro Quadratmeter voraus.



In mehreren SPD-Bezirken:

Widerstand gegen Schmidt und die „Nachrüstung"

„Es gibt im April in München nichts zu entscheiden", erklärte Egon Bahr vom SPD-Bundesvorstand am 14. Februar auf dem „Friedensforum" der SPD Bezirk Hessen-Süd. Er stellte sich damit gegen diejenigen Kräfte in seiner Partei, die auf dem SPD-Parteitag entgegen dem Leitantrag des Bundesvorstandes über den NATO-„Nachrüstungs"-Beschluß diskutieren wollen und die Zurücknahme der Zustimmung der Bundesregierung bzw. ein Moratorium für die Dauer der Genfer Verhandlungen fordern.

Bahr droht mit seiner Meinung ins Hintertreffen zu geraten, und mit ihm natürlich Raketenkanzler Schmidt selbst. Dafür spricht nicht nur der auf dem Hessener Forum selbst vorgetragene Widerspruch zahlreicher Teilnehmer, dafür sprechen vor allem die Beschlüsse der SPD-Parteitage in den verschiedenen Landesbezirken.



Schmidt auf dem SPD-Bezirksparteitag Niederrhein.

In NRW, dem mitgliederstärksten SPD-Landesverband, haben sich inzwischen drei von vier Bezirksparteitagen dem Kurs der Parteiführung entgegengestellt. Zuletzt, am 14. Februar, der Bezirk Ostwestfalen-Lippe in Paderborn. Entgegen einem ausdrücklichen Appell des gesamten Bezirksvorstandes lehnten die Delegierten mehrheitlich die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa ab und forderten die Bundesregierung auf, „zur Sicherung der Nichtstationierung und zum Abbau der sowjetischen SS 20 auf die Gespräche der Großmächte einzuwirken."

Gegen die Stationierung haben sich damit in verschiedener Form die SPD-Bezirke Ostbayern, Südhessen, Bremen, Schleswig-Holstein und eben Ostwestfalen-Lippe ausgesprochen. Ein Moratorium fordern ten die Pfalz, das Saarland, Niederrhein, Mittelrhein und Hamburg, wobei Mittelrhein das Moratorium an den sofortigen Abzug sowjetischer Mittelstreckenwaffen koppeln will und Hamburg zusätzlich für eine atomwaffenfreie Zone in Europa eintritt. Die SPD Baden-Württemberg fordert vom Bundesparteitag zumindest eine Überprüfung, also auch offene Diskussion über den NATO-Aufrüstungsbeschluß.

Damit gerät Schmidt natürlich in Schwierigkeiten. Seine Überlegungen, mit dem Verhindern einer Diskussion auf dem Bundesparteitag und dem Hinausschieben einer neuen Aussprache darüber angeblich auf das nächste Jahr, in Wirklichkeit auf den Sankt-Nimmerleinstag, um die Opposition sich totlaufen zu lassen und schließlich mit der tatsächlichen Stationierung der Atomwaffen die gesamte Partei vor vollendete Tatsachen zu stellen, könnten durchkreuzt werden.

Schmidt wird durch nichts dazu zu bewegen sein, seine Position des Atomrüstens im Sinne der NATO aufzugeben. Auch nicht der sonstige Bundesvorstand in seiner Mehrheit. Eine offene Manifestation des Widerstandes auf dem Parteitag würde es Schmidt allerdings schwerer machen, sich weiter als Sachwalter der Interessen der NATO und der Rüstungsindustrie zu bewähren.

Der Widerstand innerhalb der SPD gegen Schmidts kompromißlosen Aufrüstungskurs ist sehr zu begrüßen. Man darf aber nicht annehmen — das hat der „Rote Morgen" mehrfach hervorgehoben — auf dem SPD-Parteitag würde das Schicksal der „Nachrüstung" entschieden. Entscheiden wird der außerparlamentarische Widerstand der Bevölkerung.

Auch zum SPD-Bundesparteitag sollten die wirklichen Friedenskräfte dem Kanzler und seinen Leuten klarmachen, daß ihre Politik auf Widerstand stößt, daß sich immer weniger Menschen durch die Demagogie des „kleineren Übels" noch länger an die SPD binden lassen wollen, um nachher festzustellen, daß dieses Übel genau die Politik durchgesetzt hat, die sie verhindern wollten.

Streit um „Beschäftigungsprogramm"

CDU will weiteren Sozialabbau

BONN. — CDU-Parteichef Kohl hat in der letzten Zeit wiederholt erklärt, daß die Union die zur Finanzierung des „Beschäftigungsprogramms" vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer nach wie vor ablehne. Die anderen Bestandteile des Programms dagegen, so ließ der CDU-Boß durchblicken, würden wohlwollend geprüft.

Gnade vor den Augen der Strauß-Leute finden vor allem die von der Bundesregierung beschlossene Investitionszulage für Unternehmer und die tiefen Eingriffe in das Mietrecht (siehe RM 6/82). Mit der Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung versucht sich die Union jetzt zwar als eine politische Kraft zu profilieren, die weitere Belastungen von den Werktätigen abwehren will. Wirft man jedoch einen Blick auf die letzte Woche von der CDU/CSU vorgelegten Pläne für ein „Beschäftigungsprogramm" nach ihrem Geschmack, entlarvt sich das schnell als pure Demagogie.

Denn nach den Vorstellungen der Strauß-Partei soll den Werktätigen das Geld nur auf einer andere Weise aus der Tasche gezogen werden als es in den Plänen der Bundesregierung vorgesehen ist. So wird beispielsweise eine weitere Kürzung des Arbeitslosengeldes verlangt, der Einstieg in den Abbau der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gefordert, und auch die schon während der Haushaltsdebatte im vergangenen Jahr vorgebrachte Forderung nach einer generellen Kürzung aller sozialen Leistungen um 5 Prozent wird wieder aufgewärmt. Statt Steuererhöhungen, Vorantreiben des Sozialabbaus — das ist die Alternative der Strauß-Partei.

In den Mittelpunkt hat sie dabei jetzt den Angriff auf das Bafög gestellt. Die Förderung von zu Hause lebenden Schülern beispielsweise soll vollständig wegfallen. Wenn man bedenkt, daß gegenwärtig jeder zweite mit Bafög geförderter Schüler aus einer Arbeiterfamilie kommt, wird deutlich, daß dieser Vorstoß auf eine weitere Verschlechterung der Ausbildungschancen für Arbeiterkinder zielt.



Das Gelände der Firma Reinelt unmittelbar nach der Explosion...

„Sollen die Verantwortlichen einfach so davonkommen?"

In Bruchköbel bei Hanau wurden am Dienstag, dem 9. Februar, um kurz nach halb sieben die Bürger durch einen furchtbaren Knall aufgeschreckt. Die Kosmetikfabrik Reinelt war buchstäblich in die Luft geflogen. Es entstanden furchtbare Schäden: Drei Todesopfer sind zu beklagen, 18 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Darüber hinaus wurden rund 90 Häuser beschädigt, neun davon zerstört, unbewohnbar. Abgedeckte Dächer und Hunderte zersplitterter Scheiben.

Daß es „nur" drei Tote gab, ist allein der Tatsache zu verdanken, daß die Explosion rund eine Viertelstunde vor Schichtbeginn der etwa 45 Beschäftigten stattfand.

Die Firma Reinelt stand mitten in einem dichtbesiedelten Wohngebiet Bruchköbels. Sie produzierte unter anderem Haarspray, wozu ein Propan-Butangas-Gemisch als Treibgas benutzt wurde. Es ist gar nicht auszudenken, was hätte noch passieren können, wenn die Explosion etwas später stattgefunden hätte. Der Unglücksort liegt nahe dem Schulweg zur Gesamtschule, in der über 60 Fensterscheiben zersplitterten.

Die Unglücksursache ist immer noch ungeklärt. Aber: Der leitende Staatsanwalt stellte schon jetzt fest, daß die Explosion nicht vorsätzlich ausgelöst worden sei...

Nach Bürgermeister Müller ist die behördliche Erlaubnis für die Ausweitung der Firma, die zunächst nur Wasser für Dauerwellen hergestellt hatte, ordnungsgemäß erfolgt. Er erklärte, daß die Stadt Bruchköbel — jetzt, nach dem Unglück — Betriebe nur noch dann in stark bewohnten Gegenden der Stadt zulassen werde, wenn in jeder Weise unanfechtbare Unbedenklichkeitserklärungen der zuständigen Behörden vorlägen.

Im Klartext: Diese Anlage war also bekanntermaßen nicht unbedenklich — das heißt, sie war gefährlich. Warum auch sonst hätte sich die Stadt weigern sollen, der Firma Reinelt das beantragte Gelände des angrenzenden Bauhofs zu geben und ihr stattdessen ein Gelände in einem Gewerbegebiet der Stadt anbieten?

Um die Wogen zu glätten, fand gleich am nächsten Tag eine Bürgerversammlung statt, an der etwa 400 Menschen teilnahmen. Man versuchte dort, die Sorgen zu zerstreuen, wer denn wohl für die Schäden aufkomme und versprach reibungslose Abwicklung.

Man fragt sich: Besteht die Fürsorgepflicht einer Stadtverwaltung darin, die Bürger an deren Schneeräumungspflicht zu erinnern oder den Jugendlichen des Jugendzentrums mit dem Gesundheitsamt zu drohen, wenn die Küche nicht saubergemacht wird???

Festzustellen bleibt nur: Alle Verantwortlichen waschen ihre Hände in Unschuld!

Das Gewerbeaufsichtsamt stattete der Firma Reinelt zuletzt vor drei Jahren einen Besuch ab, wo nichts beanstandet wurde, keine einzige Auflage gemacht wurde, nichts geschah.

Auch der Geschäftsführer Pietsch versucht sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem er jetzt bedauert, daß sich die Aufsichtsbehörde so selten sehen ließ.

Dazu muß man wissen: In dem Betrieb arbeiteten vor allem Frauen, darunter sehr viele ausländische Kolleginnen und zwar unter den miesesten Arbeitsbedingungen, versuchte doch die Firma ihre Geschäfte, ihren Profit dadurch zu sichern, daß sie jede gewerkschaftliche Tätigkeit verbot! Fazit: Die Firma Reinelt konnte jahrelang unbehindert von Stadt und Gewerbeaufsichtsamt ihre gefährlichen Geschäfte machen.

Den Schaden tragen die Todesopfer und ihre Angehörigen, die verletzten Angestellten. Die Überlebenden, für die es keinen Sozialplan gibt, sind erst einmal arbeitslos. Und die Anwohner und die Steuerzahler, mit deren Geld die 200 000 Mark Soforthilfe und der Katastropheneinsatz bezahlt werden.

Die Firma Reinelt besteht nun nach Äußerungen der Geschäftsleitung nicht mehr. Aber ein Konkurs hat sich in der Bundesrepublik — für den betreffenen Unternehmer — schon immer gelohnt.

Alle Verantwortlichen in der Stadtverwaltung, Gewerbeaufsichtsamt und die Firmeninhaber müssen zur Rechenschaft gezogen werden, das darf nicht im Sande verlaufen!

Und gerade jetzt muß endlich auf den Tisch gelegt werden, welche Gefahren den Bruchköbelern von dem streng bewachten Munitionsdepot im Buchköbler Wald drohen — auf bisherige Anfragen der örtlichen Friedensinitiative schweigen bisher alle Verantwortlichen! Bis zum nächsten Knall???



... und was übrigblieb.



Kein Stein blieb auf dem anderen

Wie oft noch?

Das Unglück in Bruchköbel läßt wahrhaftig viele Fragen offen. Fragen, die beileibe nicht zum ersten Mal auftreten, die aber nach einer Antwort verlangen.

Warum, so fragt man sich, darf ein solcher Betrieb überhaupt in einer Wohngegend liegen? Und dies ist ja kein Einzelfall, sondern immer wieder gibt es in solchen Mischgebieten Betriebe, die mit Gasen, Chemikalien und anderen explosiven Stoffen arbeiten, oder mit ihnen handeln oder sie lagern.

Warum gibt es dafür eine Erlaubnis? Wer darf sie erteilen, wer hat sie erteilt? Man kennt ja das — in letzter Zeit immer häufiger benutzte — Argument der Unternehmer, diese und jene Sicherheitsvorschriften würden zuviel kosten, dann müßten sie eben dichtmachen und könnten „keine Arbeitsplätze mehr" anbieten. Eine verkappte Form von Erpressung, aber bei den Behörden finden sie dafür stets offenes Ohr.

Warum, so fragt man sich angesichts der Toten und Verletzten im Betrieb, darf so ein Unternehmer das: gewerkschaftliche Tätigkeit verbieten? Und dies ist ja gerade in kleinen und kleineren Betrieben keine Seltenheit: „Gewerkschaftsmitglieder stelle ich nicht ein."

Und das hat ja nicht nur mit solchen Sachen zu tun, wie dem Lohn, der Arbeitszeit und dem Akkord beispielsweise. Das hat auch zu tun mit dem Kampf um größere Sicherheit bei der Arbeit. Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle sei zurückgegangen, heißt es ständig. Aber fast viertausend Todesopfer im Jahr an den Arbeitsstellen sprechen eine andere Sprache. Und mit den schlimmen Nachrichten aus Bruchköbel, aus dem Unglück aus der Zeche Achenbach und zwei weiteren solchen Meldungen sind innerhalb von nur drei Tagen elf Todesopfer durch die Presse gegangen. Von den anderen Schäden dabei nicht zu sprechen und von den vielen nicht erwähnten Fällen.

Warum, so fragt man sich, jedesmal nach einem solchen Unglück dieselben Bilder: eifrige Behörden, Versprechungen über Entschädigung und Unternehmer mit blütenweißer Weste, auch wenn ihre vorherigen Praktiken noch so zweifelhaft waren?

Geschieht dies denn nicht alles, um den Menschen die Erkenntnis zu vernebeln, daß sie überhaupt nichts zählen, daß sie hinter allem schönen Sonntagsgerede von Gleichheit und so weiter nur dazu da sind, zu arbeiten, Profit zu bringen und dabei eben auch zu sterben, wenn es sich nicht verhindern läßt? Daß für die Unternehmer, vor die Frage gestellt, Geld oder die lieben Mitarbeiter, das Geld immer das wichtigere ist — und daß sie dabei in den Behörden stets treue Freunde finden?

Nein, ein Unglück wie eine Naturkatastrophe, wie ein Erdbeben oder eine Hochwasserflut, das sind solche Unglücke nicht. Sie sind das logische Ergebnis dieser „freien Marktwirtschaft" in der der Unternehmer frei ist, zu tun oder zu lassen, was er will.



Feuerwehr und freiwillige Helfer erfüllen ihre traurige Pflicht



Ein Haus in 300 Metern Entfernung

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 83 23 28, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 44 30 14.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611 / 55 29 03, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 55 49 56, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 52 39 66.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Skandal um Neue Heimat

Warum handelte die DGB-Führung erst jetzt?

Die Verfilzung des DGB-Apparates mit dem Kapitalismus ausmerzen!

HAMBURG/WESTBERLIN. — Die Enthüllungen im „Spiegel" zwangen die DGB-Führung in einer Sache zum Handeln, in der dies schon viel früher absolut notwendig gewesen wäre. Aber mit dem Sturz Vietors und der Absetzung der Konzernleitung ist es nicht getan. Für die Gewerkschaftsbewegung stellt sich die Frage nach den Lehren und Konsequenzen, die aus dem Skandal zu ziehen sind. Überdies sind durch neue Enthüllungen, die der „Spiegel" nachgeschoben hat, DGB-Führer wie Vetter, Loderer und Pfeiffer selbst noch stärker ins Zwielicht geraten.

In seiner neuen Ausgabe enthüllte der „Spiegel" weitere Geschäfte und üble Machenschaften, die die Neue Heimat auf Kosten der Mieter und auch der Steuerzahler sowohl zwecks persönlicher Bereicherung der durch Strohmänner vertretenen Neue-Heimat-Bosse als auch zwecks Profitmaximierung zugunsten des Konzerns selbst betrieben hat.

Da ist zu nennen die Firma „Union Baubedarfs-Gesellschaft mbH" ein „Tochterunternehmen" des berüchtigten Heizungsunternehmens tele-therm, das nach außen hin von jenem berüchtigten Komplizen und Strohmann Vietors namens Eberhardt repräsentiert wird. Diese Baubedarfsgesellschaft diente praktisch nur dazu, auf Kosten der Mieter und, sofern die Mieten subventioniert wurden, auch der Steuerzahler, Bestechungsgelder in die Taschen von „Vietor und Genossen" fließen zu lassen.

Die Schmiergelder erhielten durch die Firma Union Baubedarf den Anschein von Provisionen für die Vermittlung von angeblich „besonders preisgünstigen" Lieferungen von Baubedarf, Wohnungseinrichtungen, Heizöl usw. an die Neue Heimat. In Wirklichkeit waren die Lieferungen aber alles andere als preisgünstig. Die Provisionen, die dabei für die Hintermänner der Scheinfirma abfielen, summierten sich mit der Zeit zu Millionenbeträgen.

Eine weitere Enthüllung im „Spiegel" bezieht sich auf kriminelle Geschäfte der Neuen Heimat Berlin bei der Durchführung von Aufträgen des Berliner Senats zur sogenannten Stadtsanierung.

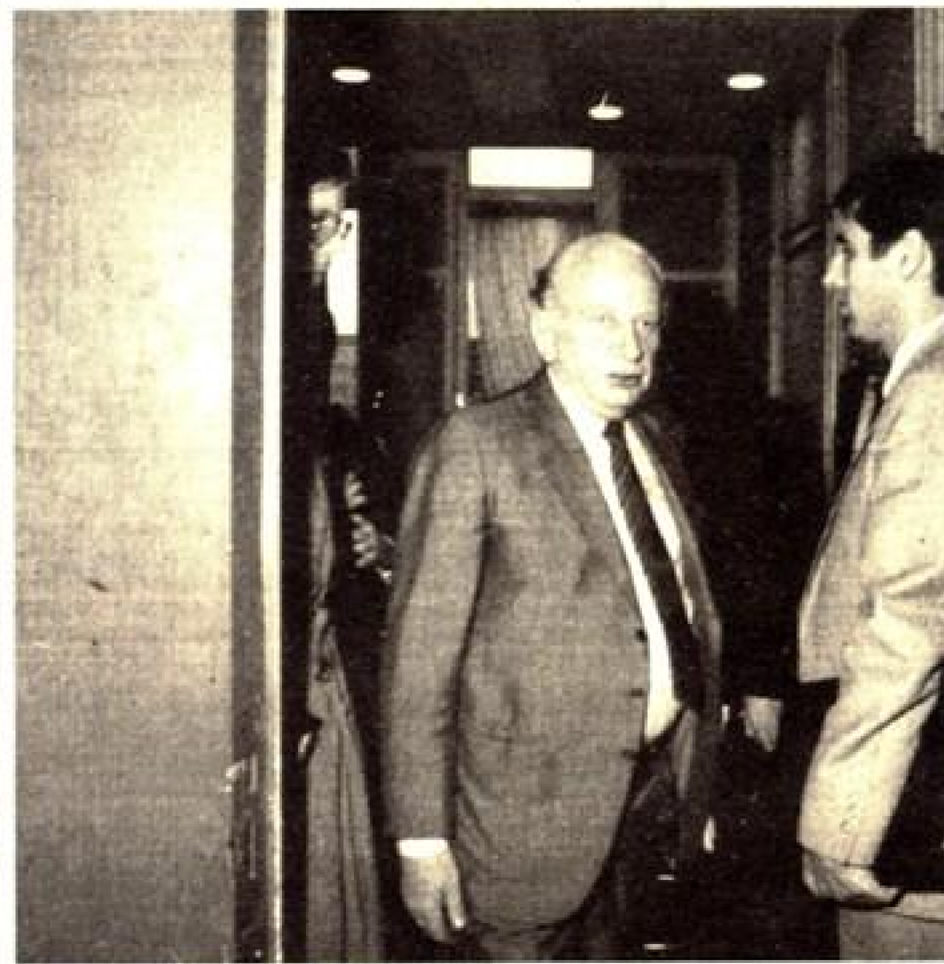
Bei diesen Sanierungsprojekten hat die Neue Heimat die Kosten für zahlreiche von ihr errichtete Sozialwohnungen, die staatlich subventioniert werden, manipuliert und sich dadurch öffentliche Gelder in Höhe von mindestens 8 Millionen Mark erschlichen.

Seit April 1980 läuft deshalb von der Staatsanwaltschaft in Westberlin aus ein Ermittlungsverfahren gegen Manager der Neuen Heimat / Berlin. Gegen vier NH-Manager wurde inzwischen Anklage erhoben. Sie werden des fortgesetzten vorsätzlichen Subventionsbetruges bzw. des fahrlässigen Subventionsbetruges beschuldigt.



Vetter in Nöten

Bei diesen Betrügereien spielt eine Rolle, daß die Grundstücke der Sanierungsgebiete auf dem Wege des Erbbaurechts privatisiert und an sogenannte BGB-Gesellschaften (Gesellschaften Bürgerlichen Rechts) verkauft wurden. Teilhaber dieser Gesellschaften waren größtenteils Manager der Neuen Heimat, darunter nicht zuletzt Vietor selbst, der nach eigenem Eingeständnis an 217 Wohnungen in Westberlin beteiligt ist.



Exchef der Neuen Heimat, Albert Vietor, genannt „King Albert"

Aber auch der Chef der Holding für die gewerkschaftseigenen Unternehmen und ehemalige Vorstandsvorsitzende der Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, ist mit 1,4 Milliarden Mark an solchen subventionierten Sozialwohnungen in Westberlin beteiligt. Ebenfalls Beteiligungen daran halten, wie der „Spiegel" ebenfalls aufdeckte, die DGB-Führer Vetter, Loderer und der designierte Nachfolger Vetters als DGB-Chef, Pfeiffer.

Die Beteiligung von DGB-Führern an diesen Sozialwohnungen in Westberlin ist auch von daher anrüchig, weil sie abschreibungsfähig sind, d.h. sie können von der Steuer abgesetzt werden.

Gewiß lassen sich die Geschäfte, die Vetter, Loderer und Pfeiffer auf diese Weise machten, allein schon von der Größenordnung her nicht mit denen von Vietor gleichsetzen. Vetter selbst hat den Unterschied so dargestellt: Er, Vetter, habe die Gelder in den sozialen Wohnungsbau Berlins gesteckt, um Steuern zu sparen; Vietor hingegen haben „aus einem ungehemmten Erwerbstrieb heraus" gehandelt.

Eine andere und im Grunde wesentlich wichtigere Frage in Bezug auf die Rolle der DGB-Führer in diesem ganzen Skandal ist die: Warum hat die DGB-Führung bis zu dem Zeitpunkt, da der „Spiegel" durch seine Veröffentlichungen diesen Skandal ins Rollen brachte, nichts unternommen, um den doch schon lange zum Himmel stinkenden Sumpf auszutrocknen?

Die neuesten Enthüllungen des „Spiegels" beweisen, daß die DGB-Führer ganz konkret über bestimmte Machenschaften Bescheid wußten. So zum Beispiel hat Vietor den Aufsichtsratsvorsitzenden Vetter im Frühjahr 1980 über das Eingreifen der Staatsanwaltschaft gegen die Neue Heimat / Berlin informiert.

Von der angeblichen Ahnungslosigkeit der DGB-Führung bezüglich der schmutzigen Geschäfte Vietors aber einmal abgesehen: daß die Neue Heimat rücksichtslos die Mieter ausnimmt, daß sie ihre Interessen niederbügelt, daß sie jeden Versuch, Mieterrechte durchzusetzen, zynisch unterdrückt hat, ist doch für niemanden ein Geheimnis.

DGB-Führer und NH-Aufsichtsräte wie Vetter, Loderer, Döding, Sperner usw. haben sich um die berechtigten Klagen von Mietern und Gewerkschaftsmitgliedern über diese Praktiken bisher immer einen feuchten Dreck gekümmert. Ja, sie ließen Kritiker der Politik der Neuen Heimat sogar wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" ausschließen. Wer sich aber tatsächlich gewerkschaftsschädigend verhalten hat, dürfte jetzt sehr deutlich geworden sein.

Natürlich haben Vertreter des Kapitalismus und der politischen Reaktion überhaupt keinen Grund und kein Recht, jetzt über den DGB zu höhnen. Korruption, skrupelloses, alle Schranken durchbrechendes Profitstreben, zynische Ausnutzung wirtschaftlicher Macht, kriminelle Machenschaften zwecks maßloser persönlicher Bereicherung — all dies sind typische und unvermeidliche Erscheinungsformen des heutigen Kapitalismus. Sie gehören zur sogenannten „freien Marktwirtschaft" wie der Deckel zum Topf. Sie kennzeichnen andere Bereiche des bundesdeutschen Wirtschaftslebens in noch viel ungeheuerlicherem Ausmaß, als dies nun bei der Neuen Heimat aufgedeckt wurde.

Für die Gewerkschafter, die jetzt die Lehren und Konsequenzen aus diesem Skandal ziehen müssen, ist es in diesem Zusammenhang wichtig, folgendes zu berücksichtigen: Dieser Skandal ist der Ausdruck einer Verfilzung der DGB-Führung und von Teilen des Gewerkschaftsapparates mit dem Kapitalismus. Und diese Verfilzung ist das unvermeidliche Produkt des Sozialpartnerschaftskurses, die Folge der Politik der Integration in das herrschende kapitalistische Gesellschaftssystem.

Es wird letztlich darauf ankommen, mit diesem bisherigen Kurs grundsätzlich zu brechen und eine klassenkämpferische Politik zur Linie des DGB zu machen. Es kommt darauf an, dafür zu kämpfen, daß unsere Gewerkschaften wirkliche Kampforganisationen der Arbeiterklasse gegen das Kapital, gegen Ausbeutung und Unterdrückung werden.

In wenigen Zeilen

Arbeiterfeindliches BAG-Urteil

Betriebsverfassungsgesetz gilt nicht für kirchlichen Dienst

Kassel. — In einem Urteil vom 10. Februar bestätigt und konkretisiert das Bundesarbeitsgericht in Kassel erneut seine gewerkschaftsfeindliche Rechtsprechung über die sogenannte „Autonomie" der Kirchen. Diese Rechtssprechung läuft darauf hinaus, daß den Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen jede gewerkschaftliche Betätigung und jede organisierte Vertretung ihrer Interessen gegenüber ihrem „Arbeitgeber" verboten wird: Die Kasseler Richter erklärten die Wahl eines Betriebsrates durch die Bediensteten der Johannitergesellschaft für Krankenpfleger in Nordrhein-Westfalen für richtig (AZ: 1 ABR 36/80). Gleichzeitig verneinte das Gericht ausdrücklich die Geltung des Betriebsverfassungsgesetzes für den kirchlichen Dienst.

Die Johannitergesellschaft hat als gemeinnützige Betriebsgesellschaft des Johanniterordens 1974 vom Rhein-Sieg-Kreis eine Kinderklinik und ein Altenkrankenhaus übernommen. Die bisherigen Bediensteten der beiden Einrichtungen wurden weiterbeschäftigt und wählten 1978 einen Betriebsrat. Diese Wahl wurde von der Johannitergesellschaft angefochten.

KWU/Westberlin

Betriebsratswahl muß wiederholt werden

Westberlin. — Bei der Kraftwerk Union AG (KWU) in Westberlin muß die Betriebsratswahl für die Gruppe der Arbeiter wiederholt werden. Am 8. Januar fällte das Landesarbeitsgericht ein entsprechendes Urteil. Wegen Manipulationen und Verstößen gegen die Wahlvorschriften seitens des Wahlvorstandes erklärte das Gericht die Wahl vom März 1981 für ungültig. Durch diese Manipulationen hatte der Wahlvorstand im Bunde mit der Clique rechter IGM-Betriebsräte eine Persönlichkeitswahl unmöglich gemacht und eine Situation geschaffen, in der vier Listen gegeneinander konkurrierten. Dies, obwohl der Vertrauenskörper der IG Metall einen Beschluß für Personenwahl gefaßt hatte. Schon vor der Wahl hatte die oppositionelle „Liste linker Gewerkschafter" mit dem RGO-Betriebsrat Uwe Jessen als Listenführer erklärt, sie werde unabhängig vom Ergebnis die Wahl anfechten. Die oppositionelle Liste hatte 20,3 Prozent der Stimmen erhalten und konnte damit zwei Betriebsratssitze erringen.

KPD-Veranstaltung in Hamburg

Kampf der Stillegung von HDW

Hamburg. — Am 6. Februar führte die KPD in Hamburg eine Veranstaltung gegen die Stillegungspläne der Werftherren von HDW in Hamburg durch. Es ist geplant, den Schiffsneubau auf HDW-Hamburg endgültig einzustellen. Damit wird letztlich die Stillegung von HDW-Hamburg insgesamt eingeleitet. Auf den Hamburger HDW-Betrieben sind gegenwärtig 5000 Menschen beschäftigt. Insgesamt wären durch eine Stillegung von HDW-Hamburg infolge der Auswirkungen auf die Zuliefererbetriebe weit mehr als 10000 Arbeitsplätze in Hamburg und im weiteren Umkreis gefährdet. Zu der Veranstaltung der KPD, die vor allem der Information Außenstehender über die Hintergründe der geplanten Arbeitsplatzvernichtung diente, waren 150 Besucher gekommen. Christian Matthiessen, RGO-Betriebsrat auf HDW und Kommunist, hielt ein längeres Referat. Im Anschluß daran kam es zu einer sehr lebhaften Diskussion, an der sich auch mehrere Werftarbeiter von HDW aktiv beteiligten. Schwerpunkt dabei war die Frage, wie Stillegungspläne verhindert werden können.

Lohnrunde öffentlicher Dienst

„Jetzt dürfen wir uns nicht übers Ohr hauen lassen"

DORTMUND. — Am 5. März sollen die Tarifverhandlungen über Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst beginnen. Bundesinnenminister Baum hat angekündigt, daß er eine „Verrechnung" der aus Furcht vor einem Streik von der Bundesregierung zunächst zurückgenommenen Einkommenskürzung um ein Prozent anstrebt.

In der vergangenen Woche wurde dazu in Dortmund ein Flugblatt der RGO, Bereich ÖTV, verbreitet. Darin heißt es:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, die 1-Prozent-Lohnkürzung ist vom Tisch. Damit ist der Angriff der öffentlichen Arbeitgeber zurückgeschlagen. Wir haben dies nur durch die konkreten Streikdrohungen der ÖTV erreicht. Dies zeigt, welche Kraft wir darstellen und wieviel Angst die öffentlichen Arbeitgeber vor dieser Kraft haben.

Jetzt dürfen wir uns nicht über's Ohr hauen lassen. Denn wie Baum schon ‚geschworen' hat, wollen sie die Lohnkürzungen über die Tarifrunde durchsetzen."

In dem RGO-Flugblatt wird dann dazu aufgerufen, den Plänen, die Reallöhne in diesem Jahr weiter zu senken, entschlossen entgegenzutreten. Es wird ferner berichtet, daß die Abteilung Sozialarbeit der ÖTV-Kreisverwaltung Dortmund folgende Tarifforderungen beschlossen hat:

- 200 Mark Festgeld
- Einheitliche Festsetzung der tariflichen Zulage auf 100 Mark und ihre Einbeziehung in die Grundvergütung!
- Mindestens 30 Tage Urlaub für alle!
- Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird nicht gekürzt!
- Festgeld für Auszubildende!
- Die Praktikantenvergütung wird wieder auf 75 Prozent der Anfangsgrundvergütung angehoben!

Zu der Forderung nach Festsetzung der tariflichen Zulage auf 100 Mark ist anzumerken, daß die Tarifverträge über die Zulage im Zusammenhang mit der ursprünglich von der Bundesregierung beschlossenen einprozentigen Lohnkürzung bereits gekündigt sind. Für die unteren und mittleren Einkommensgruppen liegen diese Zulagen zur Zeit zwischen 49 und 64 Mark.

Zur Forderung, keine Kürzung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, ist zu sagen, daß die Landesregierung NRW entsprechende Kürzungen angekündigt hat.

ÖTV/Hannover fordert 200 DM mehr

HANNOVER. — Die erweiterte Funktionärskonferenz der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr / Hannover hat die Große Tarifkommission der ÖTV aufgefordert, bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Festgeldbetrag von 200 Mark für alle als Einkommenserhöhung zu fordern.

Aus „Stählerne Faust", Betriebszeitung der KPD für die Dortmunder Hoesch-Betriebe:

Einmalige Zusammenarbeit

Aus der neuesten Ausgabe der „Stählernen Faust" haben wir den folgenden Beitrag entnommen, der den politischen Zweck der Subventionierung der Stahlindustrie mit Milliardenbeträgen beleuchtet.

Aufsichtsratsboß Kleffel von der Deutschen Bank lobte die Arbeitnehmervertreter bei Hoesch nach den einstimmigen Beschlüssen bezüglich der Fusion mit Krupp für ihre „einmalige Zusammenarbeit" mit dem Werksvorstand.

Fürwahr, wie wahr! — kann man da nur sagen.

• Nirgendwo geht der Abbau von Arbeitsplätzen so schnell voran wie bei Hoesch, und das mit Zustimmung der leidenschaftlichen „Mitbestimmer" aus der IGM-Führung und den Betriebsräten.

6000 Arbeitsplätze weniger in zwei Jahren und mehrere tausend sollen noch folgen — wo gab es das schon einmal ohne größere soziale Unruhen (wie unser Kampf von den Unternehmern immer genannt wird). Ein Riesenbetrieb wird praktisch halbiert!

• Nirgendwo sind die Unternehmer so „sozial" wie bei Hoesch. Eine solche Reduzierung ohne „harte Entlassungen" — ist das nicht Beweis genug für die einmalige „soziale Verpflichtung" des Unternehmens und für die einmalige Leistung der Montanmitbestimmung und ihrer Vertreter?

Wie „sozial" Hoesch wirklich ist, das sehen wir z.Z. bei Orenstein & Koppel und in anderen Hoesch-Betrieben. Um bis zu 300 DM wollen die Hoesch-Kapitalisten bei O&K den Lohn kürzen (siehe Bericht auf dieser Seite — RM) und mit Entlassungen geizen sie außerhalb der Hüttenwerke auch nicht.

• Der einzige Grund für die „einmalige soziale Haltung" bei den Hüttenwerken ist die einmalige Subventionierung von Hoesch durch den Staat. Jeder über den Sozialplan ausscheidende Kollege, jeder auf diese Weise wegrationalisierte Arbeitsplatz kostet den Steuerzahler inzwischen ca. 100000 DM, den Hoesch-Konzern dagegen lediglich noch 20000 bis 30000 Mark.

Und als Dank dafür fordert der Vorstand jetzt zusammen mit Krupp Milliarden an Subventionen, um die Arbeitslosenziffern im Revier noch weiter in die Höhe zu treiben.

Die Herren in den Konzernetagen spekulieren nicht umsonst darauf, daß es der SPD-Regierung sehr wichtig ist, in ihrer politischen Hochburg Unruhe zu vermeiden; daß deshalb die Bereitschaft groß ist, Gelder für den Konzern rauszurücken.

• Einmalig ist im übrigen auch die Wortbrüchigkeit der IGM-Führung und der BR-Spitzen. Stein und Bein schwor Kurt Schrade (Betriebsratsvorsitzender bei Hoesch — RM) noch auf der letzten großen Belegschaftsversammlung im November, daß das Mai-Konzept (Abbau der Belegschaft auf 13000) nicht noch weiter reduziert werden dürfe. Und wie gewöhnlich drosch er dabei radikale Phrasen, die ihn nichts kosten.

Vom Mai-Konzept kann keine Rede mehr sein ...

... denn nach wie vor sind die Zusagen für ein neues Stahlwerk auf der Westfalenhütte sehr vage, und durch die Reduzierung der geplanten Kapazität von 4,2 Millionen auf 3,5 Millionen Tonnen ist eine wichtige Vorentscheidung gegen einen langfristigen Verbleib der schweren Straße P1 in Dortmund gefallen. Außerdem wird die Hauptverwaltung wahrscheinlich nach Bochum kommen und das Hochofenwerk Phoenix ganz dichtgemacht. Bei der Hütte wird man schließlich statt 13000 höchstens 10000 bis 12000 Arbeitsplätze übrigbehalten (wenn überhaupt), und irgendwelche Garantien gibt es seitens des Vorstands auch nicht.

Bei solchen „Arbeitnehmervertretern" trifft tatsächlich zu, was Arbeitsdirektor Heese und Personalchef Kahmeyer jetzt lauthals in „Werk und Wir" (Werkszeitung von Hoesch — RM) und andernorts verkünden: man gebe sich sozial, investiere etwas in den Sozialplan, z.B. die Einkommenssicherung, und das Geld wird sich dreifach bezahlt machen, da der Widerstand gegen die massenhafte Vernichtung der Arbeitsplätze wirksam unterlaufen wird.

Auf diese Weise werden die Profite maximal durchgesetzt und saniert; dank der Montanmitbestimmung und der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Betriebsratsmehrheit.

Das Ergebnis ...

... für die Dortmunder werktätige Bevölkerung ist bekannt: die höchste Arbeitslosenquote in NRW, drastische Verschärfung der Jugendarbeitslosigkeit, miserable Perspektiven insbesondere für die Jugend.

Wir Kommunisten fordern: Schluß mit der sozialpartnerschaftlichen Politik der Vorleistungen an die Unternehmer!

• Not tut ein konsequenter kampf zur Erhaltung unserer Arbeitsplätze — kein Ausspielen der Belegschaften untereinander! Keine weitere Stillegung, kein Abbau weiterer Arbeitsplätze darf hingenommen werden, wenn nicht klipp und klar entsprechende Ersatzarbeitsplätze nachgewiesen werden können!

• Not tun gemeinsame Aktionen aller Stahlarbeiter gegen die Bank- und Stahlbarone!

• Die Verstaatlichung aller Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie, einschließlich ihrer profitablen Weiterverarbeitung, muß von uns erzwungen werden, mit einer Garantie für die vorhandene Zahl von Arbeitsplätzen.

• **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**

• **Mit 55 in Rente bei voller Rentenzahlung!**



Gegen die Stillegung des Hochofens beim Schalker Verein demonstrierten 7000 Menschen.

Gelsenkirchener Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung

„Verhindern wir, daß Gelsenkirchen soziales Notstandsgebiet wird!"

Wie der „Rote Morgen" in seiner vorletzten Ausgabe berichtete, hat sich am 13. Januar in Gelsenkirchen im Anschluß an die Großkundgebung auf dem Gelsenkirchener Hauptmarkt gegen die Schließung des Hochofens auf dem Hüttenwerk Schalker Verein die „Gelsenkirchener Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung" gegründet. In einer Pressemitteilung, die wir im folgenden abdrucken, stellt die neuentstandene Bürgerinitiative sich der Öffentlichkeit vor.

Hiermit teilen wir mit, daß sich am 13.1.82 nach der Großkundgebung am Hauptmarkt in der Gaststätte „Bulmker Treff" eine Bürgerinitiative gegründet hat mit dem Namen „Gelsenkirchener Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung" nichtung"

Unser Programm geht aus dem Namen hervor. Als vorrangige Aufgabe sehen wir die Unterstützung der Belegschaft des Schalker Vereins im Kampf um den Erhalt des Hochofens. Das Auslöschen des Hochofens könnte der Anfang vom Ende des gesamten Schalker Vereins sein.

Bekanntlich steht auch das Gußstahlwerk auf der Abschußliste, zahlreiche weitere Betriebe (Wildfang, Küppersbusch, Flachglas usw.) planen Entlassungen bzw. haben sie schon durchgeführt. Massenarbeitslosigkeit bedeutet soziale Verelendung, davon ist jeder hier in Gelsenkirchen betroffen!

Wir wollen nicht, daß Gelsenkirchen soziales Notstandsgebiet wird!

Von unseren Politikern haben wir bisher nur Worte gehört, die jedoch keinen einzigen Arbeitsplatz gerettet haben. Mit Appellen an die Vernunft von Thyssen ist uns nicht gedient. Diese Art Vernunft ist nicht die unsere!

Wir wollen durch unseren organisierten Protest Druck auf die Politiker ausüben, damit sie endlich die Möglichkeiten, die sie gesetz- und verfassungsmäßig haben, voll ausschöpfen für den Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung, z.B. Subventionen für Investitionen nur, wenn vom Unternehmen der Erhalt der Arbeitsplätze garantiert wird; keine müde Mark aus Steuergeldern für Thyssen, wenn der Hochofen in Gelsenkirchen dichtgemacht wird; steuerpolitische Maßnahmen gegen Konzerne, die Arbeitsplätze massenweise vernichten.

Allein in der Stahlindustrie sollen 50000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Wenn ein ganzer Industriezweig die Arbeitsplätze nicht mehr garantieren kann, dann muß der Staat hierfür die Garantie übernehmen; diese Möglichkeit ist in der Landesverfassung von NRW ausdrücklich vorgesehen!

Hier geht es nicht um irgendeine Ideologie, sondern einzig und allein um den Erhalt von Arbeitsplätzen und das Schicksal von Tausenden von Familien. Warum redet kein Politiker von diesen Möglichkeiten? Wir wollen sie gegebenenfalls dazu zwingen!

Unterstützen Sie unsere Initiative:

Anschrift der Initiative:
Frau Gerdi W. Patermann, Bochumer Str. 240, 4650 Gelsenkirchen.

Erste Versammlung der Initiative: 25.2.82, 19.30 Uhr, „Bulmker Treff", Wanner Str. Str. 156.

Teilerfolg für die Belegschaft bei Orenstein & Koppel

Nach Streiks Lohnsenkung vorerst ausgesetzt

DORTMUND. — Wie bereits im letzten „Roten Morgen" berichtet, kam es in den Werken des Baumaschinenherstellers Orenstein & Koppel vorletzte Woche zu Streiks, mit denen sich die Arbeiter gegen eine brutale Lohnsenkung zur Wehr setzten: die Akkordzeiten sollten um 20 Prozent gekürzt werden! Der prompte Widerstand der Belegschaften führte — wie wir inzwischen erfuhren — zu einem Teilerfolg. Die Lohnsenkung mußte vorerst ausgesetzt werden.

Die Kürzung der Vorgabezeiten um 20 Prozent, die von der Unternehmensleitung von O&K verfügt worden war, würde für die Arbeiter Lohsenkungen um sage und schreibe zwei bis drei Mark die Stunde bzw. monatlich bis zu 350 Mark bedeuten. Im Dortmunder Werk begründeten die Bosse des zum Hoesch-Konzern gehörenden Maschinen- und Anlagebau-Unternehmens diesen brutalen Angriff folgendermaßen:

„Wir sind davon überzeugt, daß dadurch die zum Fortbestand des Unternehmens unbedingt notwendige Produktivitätssteigerung auch im Werk Dortmund erreicht werden kann." — „Eine nach vorn gerichtete Strategie, um O&K international wettbewerbsfähig zumachen".

Lohnraub, unmenschliche Arbeitshetze und Arbeitsplatzvernichtung heißt das Rezept, nach dem die Kapitalisten von O&K bzw. von Hoesch auf den Knochen der Belegschaften im Konkurrenzkampf Vorteile herausholen wollen.

Würde die vorgesehene Akkordkürzung tatsächlich durchkommen, so wären die Arbeiter gezwungen, erheblich schneller zu arbeiten, um den Lohnverlust in Grenzen zu halten. Denn: zwei bis drei Mark weniger Stundenlohn — wer kann das denn verkraften?

Die Folge wäre, daß durch steigende Produktivität die Bosse in der Lage wären, weitere Arbeitsplätze „einzusparen". Ihre Ausbeuterrechnung lautet: Durch Lohnsenkung bei gleichzeitiger Verschärfung des Arbeitstempos und Verringerung der Belegschaften den Profit schlagartig in die Höhe treiben.

Aber die Kollegen von O&K ließen sich das nicht gefallen. In den Werken Dortmund, Hattingen, Hagen und Westberlin kam es in der vorletzten Woche zu spontanen Streiks.

In Dortmund streikten die Arbeiter zweimal. Zuerst am 2. Februar, dem Tag nach der Bekanntmachung der Lohnsenkung durch die Werksleitung. Die Kollegen legten die Arbeit für vier Stunden nieder. Am 4. Februar fand dann eine außerordentliche Belegschaftsversammlung statt. Und einen Tag später, am Freitag, dem 5. Februar, stand die Produktion erneut still. Diesmal von 9 Uhr morgens bis zum Schichtende um 14.30 Uhr. Gleichzeitig blockierten die Kollegen das Werkstor.

Am Montag machte die Geschäftsleitung dann einen Rückzieher: Die Akkordkürzung wurde vorerst ausgesetzt. Die Bosse erklärten sich bereit, mit den Werksbetriebsräten zu verhandeln. Auch über den Ausgleich der durch die Arbeitsniederlegung entstandenen Ausfallzeiten soll angeblich verhandelt werden.



Lohnkürzungen bis zu 350,-DM monatlich sollten die Arbeiter von Orenstein & Koppel hinnehmen. Durch spontane Streiks zwangen sie die Bosse zum Rückzug.

Die Streikaktionen haben den Bossen von O&K offensichtlich einen Schrecken eingejagt. Jetzt kommt es darauf an, die restlose Zurücknahme der Akkordkürzung zu erreichen. Das ist zweifellos drin, wenn jeder weitere Kürzungsversuch sofort mit neuen Streiks beantwortet wird.

Die Dortmunder Werksleitung von O&K hatte auf der außerordentlichen Belegschaftsversammlung erklärt, die Kürzung der Akkordzeiten geschehe „in Anpassung an die konjunkturelle Situation"; es handle sich um übertarifliche Zulagen, die das Unternehmen während der Hochkonjunktur gewährt habe, „um dadurch gute Facharbeiter zu bekommen".

Mit anderen Worten: Die Massenarbeitslosigkeit wird skrupellos ausgenutzt, um frühere Zugeständnisse rückgängig zu machen und gleichzeitig Lohnraub zu betreiben. Die prompte Reaktion der Belegschaften von O&K war genau richtig. So müssen die Kollegen auch in all den anderen Betrieben reagieren, wo die Kapitalisten ähnliche Angriffe durchführen.

Lebenshaltungskosten

Kartoffeln um 20 Prozent teurer

WIESBADEN. — Im Januar 1982 lagen die Preise für Konsumgüter in der Bundesrepublik nach den Angaben des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 6,3 Prozent höher. Schaut man sich jedoch die vom Bundesamt gemachten Angaben für einzelne Posten an, etwa wichtige Grundnahrungsmittel, so wird deutlich, daß die Lebenshaltungskosten für Arbeiterhaushalte erheblich stärker gestiegen sein müssen.

Die höchste Steigerungsrate gibt das Wiesbadener Bundesamt für Frischobst an. Der Verbraucher mußte für dieses Produkt im Januar '82 Preise bezahlen, die gegenüber dem Januar 1981 um fast ein Drittel, nämlich um 29,6 Prozent, höher lagen!

Ein für die Volksernährung so bedeutendes Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent. Fleisch- und Wurstwaren kosteten 8 Prozent mehr.

Ein weiterer Posten, der in Arbeiterhaushalten breiten Raum einnimmt, sind die Heiz- und Stromkosten. Elektrischer Strom kostete im Januar '82 immerhin 13,2 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Und für Gas und Heizöl mußten sogar 18,2 bzw. 19,2 Prozent mehr als zwölf Monate zuvor hingeblättert werden.

Schon allein diese wenigen Zahlen beweisen zur Genüge, daß der vom Statistischen Bundesamt zugrundegelegte „Warenkorb", auf dem die 6,3 Prozent Teuerungsrate berechnet wurde, anders zusammengestellt sein muß, als das, was ein typischer Arbeiter- oder Kleiner-Angestellten-Haushalt an Verbrauchsgütern benötigt.

Das gewerkschaftliche Ziel dieser Lohnrunde heißt Reallohnsicherung. Die bisher aufgestellten gewerkschaftlichen Lohnforderungen genügen selbst bei voller Durchsetzung nicht, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten für Arbeiter und kleine Angestellte voll und ganz abzudecken, zumal das Nettoergebnis einer Lohn- und Gehaltserhöhung auch noch durch die Lohnsteuerprogression, sowie die steigenden Sozialabgaben gedrückt wird.

Wenn also überhaupt mit einer gewissen Berechtigung von Reallohnsicherung gesprochen werden kann, dann sicherlich nur unter der Bedingung, daß die bisher vorliegenden gewerkschaftlichen Forderungen ohne Abstriche voll durchgesetzt werden. Man kann sagen, daß Tarifabschlüsse, die noch unter 7 Prozent liegen, bereits eindeutig einen Kaufkraftverlust bedeuten.

IG Druck Bremen

10 Prozent mehr Lohn gefordert

BREMEN. — Einstimmig hat die Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Ortsvereins Bremen der IG Druck und Papier folgende Forderungen für die Lohnrunde aufgestellt: 10 Prozent mehr Lohn und Gehalt; Vorweganhebung der unteren Lohngruppen um ein Prozent; 10 Prozent mehr für die Auszubildenden.

In der Begründung für die Forderungen verweisen die Kollegen darauf, daß eigentlich angesichts des in den vergangenen beiden Jahren erlittenen Reallohnverlustes die Lohnforderungen bei mindestens 15 Prozent liegen müßten. Auf jeden Fall aber müsse in dieser Lohnrunde ein Ausgleich für die Preissteigerungsrate zuzüglich der erhöhten Sozialabgaben durchgesetzt werden.

Auch die Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Bezirks Frankfurt der IG Druck und Papier sowie des Ortsvereins Hamburg hatten sich für 10 Prozent mehr Lohn und Gehalt ausgesprochen. Die Frankfurter Kollegen fordern zugleich einen Mindestbetrag von 220 Mark für alle Lohngruppen unterhalb des Facharbeiterecklohns.

Beschäftigungsprogramm für Roboter

„Das Bonner Beschäftigungsprogramm, so fürchten SPD und Gewerkschaften an Rhein und Ruhr, kann angesichts dieser Bedingungen allenfalls helfen, den weiteren Zuwachs der Arbeitslosigkeit ein wenig zu beschränken. NRW-Arbeits- und Sozialminister Prof. Friedhelm Farthmann fürchtet gar, die mit staatlicher Investitionshilfe angeschafften neuen ‚Roboter' in der Autoindustrie bewirkten, daß künftig fünf Arbeitsplätze zu einem zusammenschmelzen." dpa, vom 9. 2. 1982

Bergarbeiter fordern:

Tarifabschluß mit mindestens 8,5 Prozent

Dudweiler. — Die Generalversammlung der Ortsgruppe Dudweiler Nord der IG Bergbau und Energie (IGBE) forderte in einem Antrag den Haupt- und den Bezirksvorstand der Gewerkschaft auf, bei der bevorstehenden Lohnrunde keinen Tarifabschluß unter 8,5 bis 9 Prozent hinzunehmen. Als Begründung führten die Kollegen die hohe Preissteigerungsrate, die gestiegenen Sozialabgaben, sowie den Reallohnverlust der letzten beiden Jahre ins Feld.

Eigentumsbildung auf kaum glaubhafte Art

Die nebenstehend wiedergegebene Anzeige haben wir der Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" entnommen, wo sie eine halbe Seite einnimmt. Bezahlt wird die Anzeige aus Steuergeldern. Ihr Zweck ist es, Unternehmer darauf aufmerksam zu machen, daß ihnen in Schleswig-Holstein vom Staat Steuergelder geradezu hinterher geworfen werden. Wenn ein Unternehmer bereit ist, sich im Zonenrandgebiet eine Fabrik zu bauen, wird ihm ein Großteil der Investitionskosten von der Regierung als Subvention geschenkt: *„Muß es Sie als Unternehmer nicht faszinieren und Ihnen Anlaß zum Denken und Handeln geben, wenn man auf diese ungewöhnliche, ja kaum glaubhafte Art und Weise mit öffentlicher Hilfe Eigentum in solch erheblichen Umfang bilden kann?"* — So steht es wörtlich in dem Anzeigentext. Inserent ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH" (WfG). Die beschränkt haftenden Gesellschafter betreiben ihr sicherlich einträgliches Gewerbe nach eigenem Bekunden „im Auftrage des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein".

Sie sorgen (natürlich für entsprechend fette Provisionen, die wiederum aus unseren Steuergeldern bezahlt werden) dafür, *„daß die Unternehmer über die vielfältigen Standortangebote des gesamten Landes und die attraktiven Förderungsprogramme informiert werden."*

Wahrlich: Als Unternehmer hat man gut lachen! Den arbeitenden Massen aber predigen die Herren Minister täglich: Schluß mit dem Anspruchsdenken, Gürtel enger schnallen, alle müssen jetzt Opfer bringen usw. usf.



Detlef Hensche über das Bonner „Beschäftigungsprogramm"

„. . . im Grunde ein sozialer Skandal"

Im letzten „Roten Morgen" setzten wir uns auf Seite 2 ausführlich mit dem sogenannten Beschäftigungsprogramm der Bonner Regierungskoalition auseinander, das von seinen Schöpfern auch hochtrabend „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität" genannt wird. Weit davon entfernt, einen Beitrag zur Minderung oder Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu leisten, läuft dieses Programm faktisch auf eine Umverteilungsaktion hinaus, bei der den Kapitalisten auf Kosten der werktätigen Massen zusätzliche Profite zugeschanzt werden. Aber rechte Gewerkschaftsführer wie H.O. Vetter oder z.B. auch der IG-Bau-Vorsitzende Sperner scheuen sich nicht, uns diesen Betrug schmackhaft machen und als „Schritt in die richtige Richtung" verkaufen zu wollen. Vetter, der ja schon seit längerem eine „gemeinsame große Initiative gegen die Arbeitslosigkeit" predigt, wobei Unternehmer, Regierung, Parteien und Gewerkschaften sich zu einem „Sozialpakt" zusammenfinden sollen, sieht in diesem Programm offenbar einen Ansatz zur Verwirklichung seiner Vorstellungen. Unter den Gewerkschaftern der Basis hingegen und auf den unteren Funktionärsebenen überwiegt die Einsicht, daß hier mit dem Wort Beschäftigungsprogramm ein übler Etikettenschwindel betrieben wird, daß es sich dabei vielmehr um eine „Gemeinschaftsinitiative zur Verschaukelung der Arbeiter" handelt. Zu den wenigen Spitzenfunktionären in den Gewerkschaften, die dieser Realität Ausdruck verleihen und den Schwindel nicht mitmachen, gehört Detlef Hensche vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier. Er äußerte seine Kritik an dem „Beschäftigungsprogramm" ausführlich in einem Interview mit der „Deutschen Volkszeitung". Im folgenden dokumentieren wir einen Teil dieses Interviews:

DVZ: Herr Hensche, in diesen Tagen drohen die Arbeitslosenzahlen die Zwei-Millionen-Schallgrenze zu überschreiten. Ist nach dem in Bonn beschlossenen Programm nun zu erwarten, daß diese Entwicklung gestoppt wird?

Hensche: Es muß befürchtet werden,. daß von dem ins Auge gefaßten Programm keine entscheidenden Beschäftigungsimpulse ausgehen. Das Programm konzentriert sich wieder einmal auf Investitionshilfen für die Unternehmer nach dem altbekannten Strickmuster. Das heißt mit anderen Worten, es werden mit erheblichen Mitteln aus der Staatskasse Gewinne subventioniert. Dahinter steckt die Philosophie, daß Gewinnsteigerung den Unternehmen Anreiz gibt, zu investieren und die Hoffnung, daß diese Investitionen sich in Arbeitsplätzen niederschlagen. Diese Philosophie ist falsch und wird in Großbritannien und in den USA gerade wieder handfest widerlegt. Der Glaube, daß die mit öffentlichen Geldern geschmierten Unternehmer Arbeitsplätze schaffen, ist im Zeitalter der Rationalisierung ein wahrer Wunderglaube. Wir müssen davon ausgehen, daß die Mehrzahl der getätigten Investitionen eher vorhandene Arbeitsplätze vernichtet, als neue schafft.

DVZ: Die Gewerkschaften haben deshalb ja auch ein anderes Programm gefordert, weil die Bundesrepublik „kein Experimentierfeld für den Thatcherismus" werden soll...

Hensche: Da sind wir beim entscheidenden Punkt: Die Gewerkschaften haben gefordert, daß als Beschäftigungsprogramm nicht Investitionsspritzen vergeben werden, sondern öffentliche Aufträge, angefangen beim sozialen Wohnungsbau, dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Neubau und Ausbau von Gesamtschulen, Ganztags- und beruflichen Schulen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Berufsbildungsstätten, Dekkung des großen Nachhol- und Erneuerungsbedarfs an Klär- und Abfallbeseitigungsanalgen, Sanierung von Flüssen und Seen, sowie bessere Trinkwasserversorgung bis hin zu einer gezielten Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste eines qualitativen Wachstums.

Mit einem solchen öffentlich geförderten und kontrollierten Programm könnten in der Tat Arbeitsplätze geschaffen werden. Am Geld kann's nicht scheitern. Der DGB hat Vorschläge bis hin zu einer Ergänzungsabgabe für Gutverdienende gemacht. Sicher ließe sich auch an der Rüstung sparen. Mit einer Milliarde Mark für soziale Investitionen kann man im Jahresdurchschnitt 23000 Arbeitsplätze schaffen, mit zehn Milliarden 230000, was gleichzeitig bedeuten würde, daß die Arbeitslosenkosten um 4,6 Milliarden gesenkt werden könnten.

DVZ: Zwischen dem DGB-Programm und dem, was in Bonn herausgekommen ist, liegen offenkundig Welten. Gilt das nicht auch für das jetzt von der Koalition vorgeschlagene Finanzierungsmodell?

Hensche: Ja, der zweite Teil des Beschlusses ist im Grunde ein sozialer Skandal. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer wird die Masse der Bevölkerung zur Kasse gebeten. Im Rahmen einer großen Umverteilung wird die Mehrheit der Bevölkerung belastet, um auf der anderen Seite den Unternehmern Investitionsprämien zuzuschanzen. Nimmt man noch die vorgesehenen Belastungen für Rentner und Mieter hinzu, dann verdüstert sich das Bild noch mehr. Unter der abstrusen Behauptung, Beschäftigung sicherzustellen, sollen in Zukunft die Mieter in Neubauwohnungen eine Staffelmiete hinnehmen, mit der turnusmäßig Mieterhöhungen programmiert werden. Preiserhöhungen nach Plan, das ist in der Tat eine Perversion von Planwirtschaft.

DVZ: Die Bonner Wirtschaftspolitik segelt unter der These, daß wir im Innern den Gürtel enger schnallen müssen, um nach außen im zunehmenden Konkurrenzkampf wettbewerbsfähig zu sein...

Hensche: Man verschweigt dabei allerdings, daß wir heute schon mehr als nur wettbewerbsfähig sind, daß der Export geradezu aggressive Züge angenommen hat und uns mit großen Risiken belastet.

Wenn wir hier den Gürtel enger schnallen, Reallöhne senken, Sozialleistungen abbauen, auf Deubel komm raus rationalisieren, hervorragende Erfolge im Export zuwege bringen, dann ist das sicher gut für Firmen wie Siemens und ihre Aktionäre, die dabei einen goldenen Schnitt machen. Aber wir, das heißt die Masse der Bevölkerung, bezahlen den Preis dafür. Es ist doch nicht zu übersehen, daß bei einem rapid wachsenden Export die Beschäftigungskrise und die Arbeitslosigkeit ebenfalls gewachsen sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Stärkung des Binnenmarktes, also Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung.

DVZ: Welche Konsequenzen ziehen Sie aus all dem für die Gewerkschaften?

Hensche: Wir müssen in der Öffentlichkeit ein Bewußtsein dafür schaffen, daß die gegenwärtige Politik auf eine Spirale zuführt, die von Mal zu Mal abwärts weist. Wir brauchen Akte der Gegenwehr, weil wir sonst einfach überrollt werden. Demonstrationen und Kundgebungen wie in Stuttgart dürfen keine Eintagsfliegen sein.

Konsequenzen sind auch in der Tarifpolitik zu ziehen. Wir haben schon im abgelaufenen Jahr Reallohnverluste erlitten. Ginge es nach den Unternehmerverbänden, dann sähe es in diesem Jahr noch schlimmer aus. Und sie haben ja auch kräftige Fürsprecher bis hinein ins Regierungslager. Die Gewerkschaften müssen sich also auf harte Auseinandersetzungen gefaßt machen, wenn sie ihr Ziel der Reallohnsicherung durchsetzen wollen.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gewinnt gleichzeitig das Thema Arbeitszeitverkürzung besonderes Gewicht. In dem Maße, in dem rationalisiert und schneller produziert wird, in dem Maße muß die Arbeitszeit verkürzt werden — vornehmlich etwa als mittelfristiges Ziel die 35-Stunden-Woche für alle.

Antifaschisten fordern:

NPD-Volksbegehren verbieten!

„Wollen auch Sie verhindern, daß wir weiter mit Ausländern überschwemmt werden?" Mit dieser und anderen rassistischen Hetzparolen warb die „Bürgerinitiative Ausländerstopp" im Jahre 1980 in NRW um Unterstützung für ein Volksbegehren, mit dem unter dem Schlagwort „Ausländerstopp" die vollständige Entrechtung unserer ausländischen Mitbürger durchgesetzt, Rassenhaß und faschistisches Gedankengut zur Grundlage offizieller bundesdeutscher Ausländerpolitik gemacht werden sollte.

Dieses Volksbegehren wurde lediglich aus formalen Gründen nicht zugelassen.

Im Januar 1982 startete die faschistische Initiative einen neuen Anlauf für ein ausländerfeindliches, rassistisches Volksbegehren.

Diesmal fangen es die Nazis geschickter an. Jedenfalls vom Text ihres Volksbegehrens her, nicht in der Tarnung der wahren Hintermänner dieses Projekts. Denn die Kontaktadresse der „Bürgerinitiative", die Günningfelder Straße 101a in Bochum 6, das ist die Kontaktadresse der NPD in Wattenscheid. Und der „Vertrauensmann" der Initiative, Professor Hagen Prehl, Schalksmühle — tätig in der Fachhochschule in Hagen — ist Kreisvorsitzender und Wahlkandidat dieser faschistischen Partei.

Das Volksbegehren zielt auf den **„Erlaß eines Gesetzes über die Einführung muttersprachlicher Regelklassen für ausländische Schüler" in NRW.** Und bei der Werbung dafür spekulieren die Nazis mit Ängsten, die viele deutsche Eltern angesichts der miserablen Situation an den Schulen hinsichtlich der fachgerechten und effektiven Ausbildung ihrer Kinder plagen.

Für die Nazis ist es klar: Wo deutsche und ausländische Kinder in einer Klasse sitzen, da lernen die Deutschen nicht mehr richtig. Schließlich muß der Lehrer auf die Ausländer Rücksicht nehmen, und die hätten immer so große Sprachschwierigkeiten und verstünden alles nicht so richtig und man käme in der Bewältigung des vorgesehenen Unterrichtsstoffes nicht voran.

„Beide Grupen leiden darunter", behaupten demagogisch die Nazis, und deshalb müßten die Klassen in aller Interesse streng nach Herkunft der Kinder getrennt werden.

Verbunden mit diesem konkreten Anliegen wird die allgemeine Hetze gegen „Integration" ausländischer Bürger, gegen die „Überfremdung" des deutschen Volkes, das sich endlich zur Wehr setzen müsse, aufgewärmt.

Es ist bekannt, daß eine derartige Propaganda, der ja auch von Schulpolitikern Vorschub geleistet wird, durchaus Zustimmung bei deutschen Eltern findet.



Im Widerstand gegen die ausländerfeindliche Regierungspolitik und die rassistische Hetze der Neonazis finden sich deutsche und ausländische Antifaschisten zusammen. Unser Bild zeigt die Demonstration vom 30.1. in Hamburg.

Es gibt bereits Gegenwehr in der Bevölkerung gegen den Versuch der Faschisten, auf diese Weise an Boden zu gewinnen und den Haß gegen die Ausländer zu schüren. In Bochum hat sich eine „Deutsch-Ausländische Freundschaftsbewegung" gebildet, die dem Volksbegehren entgegenarbeitet. Sie hat vor einigen Tagen einen offenen Brief an NRW-Innenminister Schnoor (SPD) und die Landesregierung geschrieben, in dem sie die „Argumente" der Faschisten widerlegt und aufzeigt, daß das Volksbegehren unsere ausländischen Mitbürger endgültig und per Gesetz zu Menschen zweiter Klasse degradieren soll. Sie kennzeichnet den Gesetzentwurf treffend als „Süd-Afrika-Modell".

Weil dieser Brief ein gutes Beispiel dafür ist, wie man auf breiter Basis Menschen gegen derartige Vorstöße der Faschisten zusammenschließen kann, veröffentlichen wir auf dieser Seite wichtige Auszüge daraus (siehe Kasten).

Die Politiker im Landtag tun sich schwer mit dem Volksbegehren. Am 11.2. war es Gegenstand einer Sitzung, nach deren Abschluß alle Zeitungen sinngemäß meldeten: „Einmütige Ablehnung durch alle Fraktionen". In der Tat polemisierten Politiker aller Parteien gegen das angestrebte Volksbegehren. Aber es blieb bisher bei markigen Worten!

Denn wenn es hoch kam, dann äußerten die Abgeordneten ihre „Befürchtung", daß diesmal keine Rechtsmittel gegen die Aktion zur Verfügung stünden. Das ist, wie auch schon aus dem Brief der Freundschaftsbewegung hervorgeht, eine Lüge.

Die Damen und Herren in Düsseldorf scheuen sich, wirksame Maßnahmen gegen die Faschisten zu ergreifen. Denn wenn sie tatsächlich das Volksbegehren als verfassungsfeindlich verbieten, wenn sie die volksverhetzenden Aktivitäten der Nazis beim Namen nennen, bringen sie ihre eigene Politik arg ins Zwielicht. Sind doch auch sie bemüht, den Ausländern die Gleichberechtigung vorzuenthalten und ihre Rechte noch weiter abzubauen, die Ausländer als einen Grund für die Massenarbeitslosigkeit hinzustellen usw. Besonders die von der CDU in ihrer Hetze gegen die „Integrationspolitik" angeschlagenen Töne weisen eine fatale Ähnlichkeit mit dem faschistischen Konzert auf.

Andererseits scheuen noch viele davor zurück, ohne weiteres für eine reibungslose Abwicklung des Volksbegehrens zu sorgen, was die NPD als einen ihrer größten politischen Siege überhaupt verbuchen könnte.

Noch ist nicht genau klar, wie sich die Parteien endgültig dazu stellen werden. Klar ist aber, daß die bisherigen Verlautbarungen das Schlimmste befürchten lassen. Und wenn da besonders SPD-Leute großartig die Bevölkerung aufrufen, dem Ansinnen der Faschisten zu „widerstehen" und das Volksbegehren zu „boykottieren", dann ist das absolut ungenügend und soll auch den Widerstand in die falsche Richtung lenken.

Noch absurder ist es, wenn Worms von der CDU/Rheinland dazu aufruft, die Initiative einfach totzuschweigen, um sie nicht „aufzuwerten" und erst „bekanntzumachen".

Nein, weder der Versuch, sie totzuschweigen und damit ungestört gewähren zu lassen, noch hilflose Proteste sind die Antwort, die die faschistischen Hetzer verdienen. Man muß ihnen das Handwerk legen, dafür sollten sich alle Demokraten stark machen. Dazu ist offensive Aufklärungsarbeit notwendig.

Das Volksbegehren muß verboten werden! Das durchzusetzen, würde nicht nur bedeuten, eine von vielen Aktionen der Nazis zu vereiteln, sondern würde ihrer gesamten Tätigkeit einen Schlag versetzen, weil deren Grundlagen öffentlich als verbrecherisch und gegen alle irgendwie demokratisch zu nennenden Bestimmungen der Verfassung verstoßend bloßgestellt würden.

Ein Erfolg in diesem Punkt würde auch das Bewußtsein dafür schärfen, daß die Partei, die hinter dem Volksbegehren steht, selbst verboten werden muß.

Dies versuchen bisher alle Politiker total aus der Diskussion zu halten. Noch keiner der so „empörten" Landtagsabgeordneten hat die Forderung nach einem NPD-Verbot in den Mund genommen. Das muß man aber, wenn man es ernst meint mit der Ablehnung solcher Vorstöße wie des Volksbegehrens. Wenn die politische Betätigung auf der Grundlage eines faschistischen Programms wie dem der NPD verboten wäre, hätten wir mit derartigen Volksbegehren und „Bürgerinitiatven" keine Probleme.

Die Politiker müssen zum Handeln gezwungen werden. Darum müssen wir, müssen die Antifaschisten und Demokraten selbst aktiv werden.

Das Volksbegehren muß vom Tisch!

Die NPD und alle anderen faschistischen Organisationen müssen verboten werden!

Deutsch-Ausländische Freundschaftsbewegung:

Offener Brief

an Innenminister Schnoor und die Landesregierung NRW

(...) Wir (...) fordern Sie als Innenminister und die Landesregierung auf, den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens mit dem oben genannten Ziel aus folgenden Gründen zurückzuweisen:

Sollten die ausländischen Kinder „in der Regel in muttersprachliche Klassen" aufgenommen, d. h. auf Dauer von ihren deutschen Mitschülern getrennt werden, würde das auf lange Sicht eine Abschiebung in Ghettoschulen bedeuten, was wiederum folgende Auswirkungen hätte:

- **einen zweitklassigen Schulabschluß im Vergleich mit ihren deutschen Mitschülern;**
- **einen Schulabschluß, der auch in den Heimatländern nicht anerkannt würde;**
- **die schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung würde eingeschränkt, wenn nicht sogar unmöglich gemacht;**
- **aus „Schülern zweiter Klasse" werden „Arbeitnehmer zweiter Klasse".**

Weiterhin besteht die Gefahr, daß „ausländische Schulen in privater Trägerschaft" nach den bisherigen Erfahrungen z. B. mit den „Koranschulen" von extremistischen Kreisen für ihre politischen Ziele ausgenützt werden könnten. Wir befürchten, daß sich diese Schulen der deutschen Schulaufsicht zumindest teilweise entziehen könnten.

Ausländische Kinder ohne Sprachschwierigkeiten beeinträchtigen die Bildungschancen deutscher Kinder in keiner Weise. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß die Mehrzahl der ausländischen Kinder und Jugendlichen hier geboren bzw. aufgewachsen sind. Ausländische Kinder mit Sprachschwierigkeiten können diese erst recht nicht in den von der Bürgerinitiative angestrebten „Nationalklassen" überwinden, sondern nur in den Regelklassen — im Kontakt mit deutschen Schülern und Lehrern, bei verstärkter Förderung, in kleineren Klassen, bei zusätzlicher Einstellung von ausländischen Lehrern, zumindest deren Beibehaltung.

Ziel aller pädagogischer — und nicht nur dieser — Bemühungen kann nicht die „Rückkehrmöglichkeit" in die Heimatländer sein, Ziel ist die Integrationsmöglichkeit der ausländischen Schüler — unter Beibehaltung der kulturellen Identität (insbesondere der Muttersprache). Integration heißt nicht Assimilation oder gar Zwangsgermanisierung. Eine eventuelle Rückkehr in die Heimat kann und darf nur auf einem wirklich freien Entschluß der einzelnen Ausländer beruhen.

Die bestehenden Schwierigkeiten im bisherigen Konzept der Integration, die wir auf keinen Fall bestreiten oder verharmlosen wollen, sind nicht durch den Versuch einer tatsächlichen Integration verursacht worden, sondern durch Nachlässigkeiten und Halbherzigkeiten bei der Durchführung dieses Versuchs. Die Bemühungen um die Integration müssen deshalb verstärkt werden.

Erfahrungen deutscher und ausländischer Lehrer in Klassen mit Schülern verschiedener Nationalität zeigen, daß die Regelklasse — bei allen bisherigen Problemen — die einzige reale Möglichkeit zur Integration bietet und daß hier weitere Schritte zur Integration möglich sind (z. B. durch Vorschulklassen).

Aufgrund der vorgenannten Tatsachen ist außerdem davon auszugehen, daß der von der Bürgerinitiative vorgelegte Gesetzentwurf verfassungswidrig ist.

Nach Artikel 4 der Verfassung von Nordrhein-Westfalen sind die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte Bestandteil auch der nordrhein-westfälischen Verfassung. Gemäß Artikel 3 Grundgesetz darf niemand wegen seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden.

Der von der Bürgerinitiative vorgelegte Gesetzesentwurf würde bei einer praktischen Anwendung zu einer eindeutigen Benachteiligung ausländischer Kinder führen. Daß dies sogar bezweckt ist, wird u. a. aus der Begründung des Gesetzesentwurfes deutlich, wo „Benachteiligung und Bildungsdefizite" der ausländischen Kinder als bestehend akzeptiert werden, diese Benachteiligungen aber nicht abgebaut, sondern durch Einführung sog. „muttersprachlicher Klassen" fortgeführt werden sollen.

Ein Antrag auf Zulassung der Listenauslegung für ein Volksbegehren ist deshalb mit Rücksicht auf die Verfassungswidrigkeit des Gesetzesentwurfs zurückzuweisen.

In NRW blieb die VSBD unbehelligt

Antifaschisten werden aktiv

Im Zuge der Verbotsverfügung gegen die faschistische Terrorbande VSBD lösten die Behörden den Bundesverband und die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Westberlin dieser Organisation auf. In den anderen Bundesländern wurden sie nicht aktiv, weil, wie über die Presse verbreitet wurde, dort keine Organisationen bestünden.

Das trifft zumindest für Nordrhein-Westfalen nicht zu!

Darauf machte zuerst das antifaschistische Nachrichtenblatt „Alarm!" am 2. Februar aufmerksam. Inzwischen konnten die von den Düsseldorfer Antifaschisten verbreiteten Informationen erhärtet und ergänzt werden.

In NRW gibt es seit mehreren Jahren einen Landesverband der VSBD. Im letzten vorliegenden Verfassungsschutzbericht (1980) ist dieser auch erwähnt. Darin heißt es zur VSBD u. a.:

„In Nordrhein-Westfalen verfügt sie über etwa zehn Mitglieder. Nachdem neun von ihnen vom Amtsgericht Düsseldorf im April 1979 u. a. wegen Verwendens von NS-Emblemen zu Geldstrafen bzw. in einem Fall zu einer Haftstrafe verurteilt wurden, sind nennenswerte Aktivitäten der nordrhein-westfälischen VSBD nicht mehr zu verzeichnen."

Daß der Staatsschutz seit 1979 „nichts mehr gemerkt" hat, ist vielleicht einer der Gründe, warum die bekannten VSBD-Aktivisten in NRW trotz Verbot bis heute unbehelligt blieben.

Bekannt wurde die VSBD-Gruppe 1977, als etwa 30 dieser Faschisten in der Gaststätte „Zur Post" in Düsseldorf-Hubbelrath Hitlers Geburtstag feierten. In Zuge der Ermittlungen fanden auch Hausdurchsuchungen statt, bei denen Propaganda-Material und Waffen gefunden wurden. Die Nazis kamen, wie das bei uns so üblich ist, glimpflich davon: Nur neun wurden angeklagt, nur einer erhielt eine, allerdings zur Bewährung ausgesetzte, Freiheitsstrafe von ganzen vier Monaten, die übrigen kamen mit Geldstrafen davon.

Bis ins Jahr 1980 hinein fungierte das VSBD-Bundesvorstandsmitglied **Dieter Sturm** offiziell als Landesvorsitzender NRW, seine Wohnung in Düsseldorf, Metzer Str. 33, wurde als Kontaktadresse des Bezirks Mittelrhein angegeben. Sturm ist verzogen, seine neue Adresse ist uns bisher nicht bekannt.

Nach wie vor am selben Ort wohnt aber der VSBD-Aktivist **Wolfgang Boettcher,** der nach Flugblättern der VSBD die Kontaktadresse des Landesverbandes NRW: in der **Drachenfelsstr. 1 in Köln.**

Ebenfalls in **Köln,** im **Höninger Weg 167 (Köln 51)** wohnt **Haakon Dietrich Fölbach.** Er gehört zu den VSBDlern, denen damals der Prozeß gemacht wurde.

Weitere Mitglieder sind namentlich bekannt. Der Verfassungsschutzbericht 1980 selbst erwähnt noch eine **„23jährige Sekretärin aus Siegen"** — ihren Namen wissen wir nicht — von der am gleichen Ort festgestellt wird, daß sie aktives Mitglied der VSBD ist, zugleich deren Jugendorganisation Junge Front angehört und außerdem **persönlichen Kontakt zu dem Doppelmörder Frank Schubert** aus Frankfurt unterhielt.

Damit ist ein weiterer Beweis dafür erbracht, daß die Behörden beileibe nicht alles in ihren Möglichkeiten stehende getan haben, um diese Terroristenorganisation tatsächlich zu zerschlagen. Auch in den Bundesländern, wo die bekannten Verbände offiziell aufgelöst wurden, blieben ja die meisten VSBD-Aktivisten unbehelligt und in Freiheit. Und da, wo nicht spektakuläre Aktionen der Faschisten wenigstens ein formales Eingreifen notwendig machten, als die Organisation endlich für verboten erklärt wurde, geschah überhaupt nichts.

Das dürfen wir nicht hinnehmen!

Der Landesverband NRW der VSBD muß aufgelöst, seine Mitglieder zur Verantwortung gezogen werden!

Die „Alarm"-Redaktion hat Strafantrag gegen die VSBDler wegen der Gründung einer Ersatzorganisation der verbotenen NSDAP gestellt.

Das Gesundheitswesen in Albanien

Die Arbeiter- und Bauernkontrolle im Krankenhaus

Volkskorrespondenz aus Köln

Im September 1981 besuchte ich mit einer Reisegruppe der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft (DAFG) die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Wir — 14 Krankenschwestern, Krankenpfleger, Medizinstudenten und Ärzte — wollten Albanien kennenlernen und insbesondere das Gesundheitswesen. Ich glaube, ich kann für alle sprechen, wenn ich sage, daß wir einen sehr schönen Aufenthalt hatten und einen hervorragenden Eindruck gewonnen haben.

Erstaunt waren wir vor allem, daß in einzelnen Krankenhäusern schon der technische Standart der Bundesrepublik Deutschland erreicht worden ist. So z. B. in der cardiologischen Abteilung des Krankenhauses Nr. 2 in Tirana. Dort stand eine moderne Intensivstation kurz vor der Eröffnung. Alle Möglichkeiten der Diagnostik (z. B. Sonographie), der Überwachung und Versorgung sind dann vorhanden. Die modernen Geräte können die Albaner natürlich noch nicht selbst herstellen. Sie wurden im Ausland gekauft.

Ich möchte aber jetzt von etwas berichten, was mir momentan bei uns in der BRD unmöglich erscheint. Nämlich, daß die Patientenversorgung und das Arbeitsklima eines Krankenhauses von Arbeitern aus anderen Betrieben überprüft werden. Und sollten Mißstände aufgedeckt werden — und wieviele gibt es davon bei uns — werden diese nicht vertuscht, sondern Änderungen durchgesetzt.

Diese Aufgabe hat in Albanien die Arbeiter- und Bauernkontrolle. Betriebe, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Ministerien und natürlich auch Krankenhäuser werden kontrolliert. Jedes Krankenhaus zum Beispiel ist einer solchen Kontrollkommission zugeteilt. Nun gibt es aber keine Berufskontrolleure, sondern diese Kommissionen bestehen aus dort hineingewählten Arbeitern und Bauern.

Wie wird nun eine solche Kontrolle durchgeführt? Im Krankenhaus Nr. 1 in Tirana verlief dies folgendermaßen:

Eine vierköpfige Kontrollgruppe nimmt sich eine Station vor. Sie „tarnen" sich zunächst als Besucher, um schon mal von den Patienten zu hören, wie sie sich versorgt fühlen.

Dann geben sie sich als Kontrollgruppe zu erkennen und ihre Tätigkeit geht erst richtig los. Wie steht's mit der Sauberkeit, in welchem Zustand ist das Material? Wird richtig sterilisiert? Die Materialbücher werden kontrolliert. Besonders wichtig sind natürlich die Patientenversorgung, aber auch das Arbeitsklima. Wie verhält sich die Stationsschwester zu ihren Kolleginnen? — Stationsschwestern sowie überhaupt die Leitung des Krankenhauses sind von der Belegschaft gewählt und jederzeit absetzbar. Wie verhalten sich die Ärzte?

Über die Fehler und Mißstände, natürlich auch über die Vorzüge der Station wird dann ein Bericht geschrieben. Das Kontrollergebnis des gesamten Krankenhauses wird auch in der Zeitung veröffentlicht.

Doch beim Bericht bleibt es nicht. Mit der gesamten Station werden die Probleme diskutiert und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Dann werden Fristen zur Beseitigung der Fehler festgelegt. Der Einfluß der Arbeiterkontrolle geht so weit, daß sie personelle Konsequenzen, sprich Absetzung einer Stationsleitung oder sogar Absetzung des Direktors, fordern kann. Die Entscheidung darüber trifft letztendlich die Abteilung oder die gesamte Belegschaft.

So wird sich in Albanien ständig darum bemüht, das Gesundheitswesen weiter zu verbessern. Und Leute, die nur Karriere machen oder absahnen wollen, haben keinen Platz darin. Im übrigen wage ich mir kaum vorzustellen, wie es wäre, wenn die Station kontrolliert würde, wo ich arbeite; viele Beschwerden, Mißstände und Unzufriedenheit, und ändern würde sich nichts. In unserer Gesellschaft steht ja auch der Profit im Mittelpunkt und nicht der Mensch. Auch im Gesundheitswesen zeigen sich die Auswirkungen leider zur genüge!

Heinz L.



Rettungseinsatz mit Hubschrauber: bezahlen tut der sozialistische Staat

Betr.: Grundschulung

Leserbrief aus Lübeck

Lieber RM,

obwohl ich täglich mit Politik konfrontiert werde, fehlt es mir oftmals in Diskussionen an Argumenten.

Eine Woche intensive Schulung hat Wunder gewirkt.

Grundlagen, die ich mir schwer aus Marx, Engels, Lenin hätte herauslesen müssen, wurden anschaulich in lockerer Form geschult.

Ein Lob hier dem Schulungsleiter, der es verstand, die Themen so zu gestalten, daß keine Langeweile aufkam.

Ich hoffe, daß noch viele zu der Überzeugung gelangen, daß neben der täglichen Arbeit Schulung unerläßlich ist, und sich auf diese Weise fortbilden.

Eine gute Sache.

Bernd

„Spiegel"-Scherben

Fritjof Meyer
Redaktion „Der Spiegel"
Brandstwiete 19
2 Hamburg 11, den 2.2.1982

An die Redaktion „Roter Morgen", Postfach 300526,
46 Dortmund 30

Betr.: „Roter Morgen" Nr. 50/ 1981, S. 12

Geehrte Genossen,

herzlichen Dank für die lustige und listige Polemik, die Eure Leser gewiß ermuntert, auch die nicht zitierten Passagen meines Textes zu lesen. Traut man nämlich Eurem ersten Absatz, dann gehört alles Folgende nicht mehr zur „wahrheitsgemäßen Berichterstattung", also auch nicht das Fehlen von Käuferschlangen, die satten Menschen, die wohlbestellten Felder, der Garten Eden — war ja auch nur aus dem vorbeifahrenden Auto besehen.

Offenkundig habe ich mich noch über die drakonische Diktatur geirrt, heißt „revolutionäre Wachsamkeit" etwas anderes als jene Massenspitzelei, der Stalin einst so schöne Denkmäler errichten ließ (für ein Kind, das seine Eltern angezeigt hatte). Demnach herrscht in Albanien wirklich ein äußerst schlaffer Stalinismus, und da Euch das gefällt, begrüße ich Euch im Verein der Anti-Stalin-Hetzer.

Da sogar Enver Hoxha, der nur mit einer Stimme — vermutlich seiner eigenen — nicht gewählte Führer, auf dem letzten Parteitag die regionale Arbeitslosigkeit kritisiert hat, verstehe ich schon, daß Ihr Euch da wie zu Hause fühlt, zumal nur das Fehlen eines Parteibuches vom Beruf (statt vom wohlversorgten Berufsbeamtentum) ausschließt und kahlgeschorene Zwangsarbeiter „nicht gerade überzeugend sind", jedenfalls nicht so wie die armen, niedergeknüppelten Molotow-Cocktail-Schmeißer in der Bundesrepublik.

Eine Berichtigung: „Äußerste Feindseligkeit" habe ich in Tiranas Altstadtstraßen nicht erlebt und nicht beschrieben, sondern „äußerste Neugier".

Gruß [Unterschrift]

Geehrter Genosse Fritjof,

was bist Du doch für ein scharfsinniger und listiger Analytiker und Wortjonglierer, daß Du unserer lustigen Polemik den Beweis dafür entnimmst, daß die Albaner doch hungern — jedenfalls die, die Du nicht aus dem Auto sehen konntest — und uns gar des Anti-Stalinismus überführst. Jetzt sind wir aber mächtig erschrocken und möchten uns nie, nie mehr mit Dir anlegen. Wir wären deshalb dankbar, wenn Du uns in Zukunft ähnliche Artikel ersparen könntest, die uns zu derart unüberlegten Entgegnungen hinreißen.

Es bleibt uns nur eine Hoffnung, die allerdings durch langjährige Erfahrung genährt wird: Der normale RM-Leser, der an Intelligenz Dir das Wasser natürlich nicht reichen kann, dürfte unseren Artikel anders, in dem von uns arglistig beabsichtigten Sinne, verstanden haben. Und auch bei denen, die Deinen Reisebericht tatsächlich selber und vollständig durchgelesen haben, ist der RM unseres Wissens eher auf Zustimmung gestoßen. Verschiedene Äußerungen, die in diesem Zusammenhang über Deine Qualität als Journalist gefallen sind, möchten wir Dir lieber ersparen.

Die zarte Regung eines letzten Restes von Gewissen — die bei so bösen Kommunisten sicher nicht vorauszusetzen ist — hat uns nun bewogen, Deinen Brief unserer Leserschaft nicht vorzuenthalten.

Daß Du uns nun durch einen Brief beehrt hast, ermutigt uns zu einer Bitte. Viel wichtiger als Dein überraschender Brief — nimm das bitte nicht persönlich, geehrter Genosse — wäre uns eine Entgegnung zu einem anderen „Spiegel"-feindlichen Artikel im „Roten Morgen", der sich mit Eurer bemerkenswerten Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der faschistisch-terroristischen Vereinigung VSBD befaßt („Neonazi: ‚Der Spiegel bot mir 20000 Mark!'", RM 52/ 1981, Seite 7). Könntest Du nicht bei dem zuständigen Kollegen ein gutes Wort für uns einlegen?

Gruß
Die Redaktion
„Roter Morgen"

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Sammelband 1981

Wie in jedem Jahr ist auch jetzt wieder der letzte Jahrgang des „Roten Morgens" als gebundener Sammelband erhältlich.

Dieser Band erleichtert nicht nur die Arbeit mit dem „Roten Morgen" — er ist auch ein gutes Nachschlagwerk zur aktuellen Zeitgeschichte.

35,—

RM
Zu bestellen bei
Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1800,— DM im Jahr, Ehepaare 3600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Am 5. Februar wurden die ermordeten albanischen Genossen zu Grabe getragen

Ihr Tod verpflichtet uns zum Kampf

Am 5. Februar gaben ca. 300 Freunde, Kollegen und Genossen aus Kosova und den anderen albanischen Gebieten in Jugoslawien, sowie aus der Bundesrepublik, der Schweiz und anderen Ländern den drei vom jugoslawischen Geheimdienst am 17. Januar ermordeten Genossen Iusuf Gervalla, Bardosh Gervalla und Kadri Zeka auf dem Hauptfriedhof in Stuttgart-Bad Cannstatt das letzte Geleit.

Eigentlich wollten die Angehörigen und Freunde die gefallenen Genossen in ihrer Heimat bestatten. Doch die jugoslawischen Behörden erlaubten nicht die Überführung der Leichen — wohl aus Angst, die Beerdigungszeremonie könnte zu einer machtvollen politischen Demonstration gegen die Drahtzieher des feigen Mordanschlages, das revisionistische Belgrader Regime, werden. Doch auch die Stuttgarter Behörden kamen nicht dem Wunsch der Angehörigen nach, die Beerdigung — wie in Kosova üblich — am Wochenende stattfinden zu lassen, so daß mehr Landsleute hätten teilnehmen können.

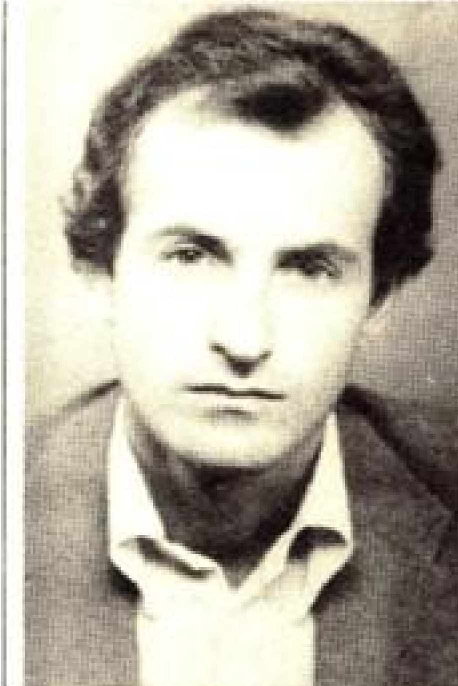
Dem beeindruckenden Zug mit den drei Särgen, die mit der albanischen Nationalfahne mit dem Doppeladler und gelben Stern bedeckt waren, gingen ein Arbeiter aus Kosova, der die albanische Fahne trug, und drei Kinder mit den Bildern der Ermordeten voran. Still folgten den Särgen die Angehörigen. Aus Kosova waren die Mutter der Brüder Gervalla und der Vater von Kadri Zeka angereist.

Nicht nur Trauer war es, was die Stimmung auf dem Friedhof kennzeichnete, sondern auch Erbitterung über den feigen Mord und seine Hintermänner. So hieß es zum Schluß in der Trauerrede u.a.:

„Die Ablehnung Eurer Überführung nach Kosova durch die großserbische Regierung wird Euren Ruhm noch vergrößern. Das befreite Kosova wird Eure Rückkehr großartig mit der albanischen Nationalhymne feiern; auf Lafetten gebahrt werden Eure Gebeine durch die Straßen Pristinas rollen. Durch die Lautsprecher der Stadt werden an jenem Tag Eure Genossen Euch rühmen und herrliche Lieder über Euch singen. Man wird berichten, wie Ihr unerschrocken den nationalen und Klassenfeind gleichermaßen bekämpft habt. Bei uns Arbeitern im Ausland vergrößert diese Bluttat nicht nur unseren Haß, sondern wir müssen daraus auch eine sehr große Lehre ziehen. Wir müssen weiterkämpfen wie bisher, doch die organisierten Kräfte müssen sich zusammenschließen. Das ist eine wichtige, zwingende Aufgabe..."

Als dann die Särge versenkt wurden, erwiesen die Anwesenden mit erhobener geballter Faust die letzte Ehre. Ewiger Ruhm ihrem Andenken!


Die Beerdigung der albanischen Genossen

Vom jugoslawischen Geheimdienst ermordet: Bardosh Gervella, Iusuf Gervella und Kadri Zeka.

Mit dieser Rede wandten sich die Angehörigen und Freunde der Ermordeten an ihre deutschen Freunde:

Liebe deutsche Trauergäste,

wir möchten uns bei all denen bedanken, die unseren Schmerz über die Ermordung unserer Landsleute teilen und ihre Anteilnahme ausgesprochen haben. Besonders gilt das für die Nachbarn der Familie Gervalla aus Untergruppenbach, die heute hierher gekommen sind, um uns ihr Beileid auszudrücken. Dies gilt ebenso für alle fortschrittlichen und demokratischen Menschen, die deutschen Gewerkschafter, mit denen Bardosh Gervalla sehr aktiv zusammenarbeitete. Es gilt für seine engsten Freunde und Kollegen, für all jene, die gekommen sind und die die nicht kommen konnten, aber mit uns trauern. Ihnen allen sprechen wir unsere aufrichtige Dankbarkeit aus.

Iusuf Gervalla wurde am 1. Oktober 1945 im Ort Dubovik in Kosova geboren. Also ein Jahr nach dem Ende des 2. Weltkriegs. Damals hatte das albanische Volk, hatte seine Partisanenarmee seinen Beitrag zur Befreiung der Völker vom Faschismus geleistet, sein Land befreit und auch zur vollständigen Befreiung Jugoslawiens beigetragen. Den Albanern in Jugoslawien aber wurde ungerechterweise das Recht auf Selbstbestimmung über seine Zukunft vorenthalten. Stattdessen bezahlten sie einen hohen Blutzoll: 40000 Menschen fielen den Verfolgungen der jugoslawischen Regierung zum Opfer. Unter ihnen war auch Bardhe Gervalla, der Vater der beiden Brüder Gervalla. Er ließ den sechsjährigen Iusuf und den noch ungeborenen Bardosh zurück.

Die Jugend, die Iusuf und sein Bruder wie so viele albanische Kinder in Jugoslawien zu verleben hatten, war bitter. Der Staat nahm der Familie das das Land und gab es einer Familie aus Montenegro, die die Regierung aus kolonialistischen Zielen umgesiedelt hatte — wie wir es aus der Politik Israels gegenüber den Palästinensern kennen.

Armut und Not zwangen die Familie Gervalla, nach Slowenien auszuwandern. Für sie sorgte nun der älteste Bruder Hussein Gervalla, der sich nun schon seit zwei Jahren in jugoslawischen Konzentrationslagern befindet. Der kleine Bardosh ging damals mit der Familie, während Iusuf bei Verwandten in Peja blieb, wo er auch die Schule besuchte. Er schloß ein Studium der albanischen Literatur und Sprache ab, und wurde danach Journalist. Schon früh begann er auch schriftstellerisch tätig zu werden, trat hervor als ausgezeichneter Lyriker und später auch als Übersetzer.

Die Schule des Lebens wies ihm den richtigen Weg. Er wurde zum Kämpfer gegen das Unrecht, das dem albanischen Volk in Jugoslawien von seiten der Belgrader Regierung widerfährt. Von Verhaftung bedroht, emigrierte er 1979 in die Bundesrepublik. Oft hat er seine Dankbarkeit über das Asyl und die Hilfe, die er hier erhielt, zum Ausdruck gebracht. Über die zwei Jahre seines Lebens und seiner Tätigkeit hier in Deutschland gibt es nur Gutes zu berichten.

Er wurde — wie wir alle wissen — von Verbrechern ermordet, deren allseits bekannte Auftraggeber wir hier nicht nennen wollen.

Bardosh Gervalla wurde 1951 geboren und übersiedelte — wie schon gesagt — mit seiner Familie nach Slowenien, wo er die höhere Schule abschloß. Nur zwei Jahre verbrachte er in seiner Heimat, als Student der Anglistik in Pristina.

Wirtschaftliche Not zwang ihn zur Emigration nach Deutschland. Acht Jahre lang half er dort seinen Landsleuten aus Jugoslawien als Sozialarbeiter bei der Arbeiterwohlfahrt. Er scheute keine Opfer, um ihnen das Leben zu erleichtern, sie selbst wissen davon am besten zu berichten. Seine Kollegen wählten ihn zum Betriebsrat. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit, seine Hinwendung zu demokratischen und revolutionären Kräften zeugen von seinem Selbstverständnis: Er hatte begriffen, daß auch er im Leben viel zu tun hatte, damit die Menschheit vorwärts schreiten kann. Seinem Bruder war er eine große Hilfe. Sein hilfsbereites und aufgeschlossenes Wesen schuf ihm viele Freunde. Wir zweifeln nicht daran, daß sein Tod die Kollegen, Freunde und Nachbarn genausosehr schmerzt, wie die eigene Familie. Für uns alle ist es schwer, von ihm Abschied zu nehmen.

Kadri Zeka wurde 1953 im Dorf Policka in Kosova geboren. Sein Leben gleicht dem der Brüder Gervalla und aller Albaner aus Kosova. Er wuchs auf unter Leiden, unter der politischen und wirtschaftlichen Diskriminierung Belgrads.

Kadri studierte Jura. Danach wurde er Journalist bei Radio Pristina, der Hauptstadt von Kosova. Seine revolutionäre Haltung, sein Eintreten für die Rechte der Albaner ließ ihn der Belgrader Regierung unbequem werden. So mußte er in die Schweiz ins Exil gehen. Während der vier Jahre, die er in der Schweiz lebte, bewies er Energie und Unbeugsamkeit als Kämpfer gegen die Ungerechtigkeit. Gerechtigkeitsliebe war seine hervorstechende Eigenschaft, dafür gab er schließlich auch sein Leben.

Er wurde während eines Besuchs bei den Gebrüdern Gervalla ermordet.

Was die drei Ermodeten verband, waren ihre Ideale, war ihr Patriotismus und war ihr Beruf.

Liebe Trauergäste,

ohne Zeifel verurteilen alle die Mörder, die den Informationen nach noch nicht gefaßt sind. Die Ermittlungen der Behörden werden zeigen, woher die Täter kamen. Aber wer die Geschichte des albanischen Volkes in Jugoslawien kennt, weiß es auch heute schon. Erinnern wir uns alle an die letzten Worte des tödlich verletzten Iusuf Gervalla gegenüber der Polizei in Heilbronn: Verantwortlich für unsere Ermordung ist der jugoslawische Geheimdienst.

Wie sehr unser Volk der Mord an diesen drei Söhnen des Volkes getroffen hat, läßt sich nicht in Worte fassen. Halten wir uns vor Augen, wie schwer das deutsche Volk, seine Literatur und Kultur getroffen wurde, als Hitlers SA die Antifaschisten ermordete, in Konzentrationslager sperrte, aus dem Land vertrieb.

Euch Deutschen, euch Vertretern anderer Völker, die hierher aus der Schweiz und aus Belgien gekommen sind, euch, ihnen, den Lehrern der neunjährigen Dornika, der Tochter von Iusuf, euch Kollegen von Bardosh, euch schweizer, spanischen und türkischen Mitkämpfern und Genossen von Kadri, Iusuf und Bardosh — wir danken euch von ganzem Herzen für die letzte Ehre, die ihr unseren Landsleuten, unseren Brüdern, unseren Söhnen und Männern erweist. Euch danken die Mutter und die Frauen der Brüder Gervalla, der Vater und Bruder und die Frau von Kadri, die Kinder Premtoni, Dornika, Ergoni, Mirijeta und Visani und das noch ungeborene Kind von Bardosh, alle Familienangehörigen der Genossen.

Ruhm sei ihnen!

Redebeitrag der KPD (Auszüge)

Liebe Angehörige, Freunde, Genossinen und Genossen.

Wir nehmen heute Abschied von unseren Genossen Iusuf Gervalla, Kadri Zeka und Bardosh Gervalla. Sie waren wirkliche Kommunisten und Patrioten.

Trotz ständiger Gefahr für ihr Leib und Leben haben sie unermüdlich für die legitimen Rechte ihres Volkes gekämpft. Sie wurden nicht müde, ihren Landsleuten hier und in Jugoslawien den Weg aus wirtschaftlichem Elend und politischer Unterdrückung zu weisen.

Ihr Kampf war so erfolgreich, daß sich das Belgrader Regime gezwungen sah, seine Henker zu schicken. (...)

Doch nicht nur das Belgrader Regime klagen wir heute an.

Wir fragen die Regierung der BRD, wir fragen die Behörden: Was habt ihr denn eigentlich getan, um die Morde des jugoslawischen Geheimdienstes zu verhindern? Was habt ihr getan, um die Opfer zu unterstützen?

Wir werfen euch vor, daß ihr weder in der Vergangenheit noch heute wirksame Schritte unternommen habt, um den Terror des jugoslawischen Geheimdienstes in der BRD zu unterbinden. Im Gegenteil. Es ist sogar so, daß die Politik, die von euch betrieben wird, insbesondere die Politik der Landesregierung, dem Belgrader Regime nützt. (...)

Deshalb stellen wir heute vor den Gräbern unserer Genossen nochmals dringend unsere Forderungen:

1. Die Bundes- und Landesregierung muß endlich öffentlich und unmißverständlich gegen die Tätigkeit des jugoslawischen Geheimdienstes protestieren und weitere diplomatische Schritte einleiten.
2. Die Bundes- und Landesregierung muß endlich ihre Solidarität mit den Menschen erklären, die bei uns Asyl gefunden haben, und wirklich alles zu deren Schutz unternehmen.
3. Die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Geheimdiensten, der Polizei mit den entsprechenden jugoslawischen Stellen muß sofort eingestellt werden.
4. Die Ermittlungen der „Sonderkommission Untergruppenbach" der Polizei müssen sich auf die Suche nach den Mördern konzentrieren, und es muß alles getan werden, um die Mordtat aufzuklären.

Genosse Iusuf, Genosse Kadri, Genosse Bardosh, wir werden alles in unserer Macht stehende tun, diese Forderungen durchzusetzen. Fester denn je stehen wir an der Seite eurer Angehörigen und eures Volkes. Denn euer Kampf war und ist auch unser Kampf: für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, eine Welt der Freundschaft und Solidarität zwischen allen Völkern.

Rot Front!

Spendenaufruf

für die Hinterbliebenen der ermordeten albanischen Genossen

Wir bitten unsere Leser um Spenden für die Frauen und Kinder der albanischen Genossen. Die Frau von Iusuf Gervalla bleibt mit drei Kindern zurück ohne Anspruch auf irgendeine Rente, da Iusuf als Asylant keine Arbeit in der BRD hatte. Die Frau von Kadri ist erst vor drei Monaten aus Kosova gekommen, um zu heiraten. Allein die Frau von Bardosh — sie erwartet ihr drittes Kind — hat Anspruch auf Witwen- und Waisenrente, die bei den wenigen Berufsjahren sicher gering sein wird.

Der plötzliche Tod ihrer Männer hat sie in große finanzielle Bedrängnis gestürzt. Nur die Beerdigungskosten betragen — laut Aussagen des Rechtsanwalts — schon 15000 Mark.

Lassen wir sie nicht allein. Zeigen wir ihnen die Kraft der Solidarität. Spendet auf folgende Konten:
KPD, Wellinghofer Str. 103
PSchKto.: 6420 - 467 PSchA Dtmd
Kto.: 321004547, Stadtsparkasse Dortmund
Kennwort: Hinterbliebenenhilfe



Streikende amerikanische Arbeiter: die Zahl der Widerstandsaktionen mehrt sich schnell, die Lähmung angesichts von Reagans hohem Wahlsieg ist gewichen und hat der Empörung über seine arbeiterfeindliche Politik Platz gemacht.

Reagans neuer Haushaltsentwurf

Die Roßkur stößt auf Widerstand

In diesen Tagen legt Ronald Reagan dem amerikanischen Kongreß seinen Entwurf für den nächsten Bundeshaushalt der USA vor. Im Finanzjahr 1983, das ab 1. Oktober dieses Jahres beginnt, stehen zahlreiche Neuerungen ins Haus: denn dies ist der erste Bundeshaushalt, der alleine von den Reagan-Leuten vorbereitet wurde. Ohne Erbschaften aus der Carter-Zeit, wie sie der gegenwärtige Haushalt noch aufweist. Und just beim ersten völlig „alleine gezeugten Kind" treten auch zum ersten Mal offensichtliche und bereits sehr deutliche Differenzen im Regierungslager auf — viel schneller als dies etwa bei „Kollegin" Thatcher in England war.

Der Entwurf stellt in jeder Hinsicht ein Rekordwerk dar. Es ist der größte Staatshaushalt der Geschichte: 758 Milliarden Dollar, fast 1 800 Milliarden Mark soll er umfassen. Bald ein Drittel davon, 508 Milliarden Mark werden davon in die Rüstung fließen. Eine Steigerung von beinahe einem Fünftel gegenüber dem diesjährigen Rekordrüstungshaushalt. 200 Milliarden Mark fließen den Banken zu, zur Tilgung der bisherigen Staatsschulden.

Der Haushalt Reagans hat aber nicht nur Größenrekorde, was Gesamtumfang und Rüstungsausgaben betrifft. Er weist auf der anderen Seite die geringste Steigerungsrate gegenüber dem jeweiligen Vorjahr seit Mitte der sechziger Jahre auf: ganze 4,5 Prozent. Also müssen in anderen Bereichen Rekordkürzungen stattfinden. So zum Beispiel um 60 Milliarden Mark im Sozialhaushalt, was gegenüber den diesjährigen Kürzungen tatsächlich einen weiteren, traurigen Rekord darstellt. So um fünf Milliarden Mark in der Unterstützung der Arbeitslosen, um drei Milliarden bei den Lebensmittelhilfen. Und auch die Kürzungen in den Ämtern treffen natürlich nicht etwa das Pentagon, sondern die Sozialbehörden.

Neben den direkten Kürzungen wird dabei zusätzlich noch mit dem Mittel der Verlagerungen der Ausgaben gearbeitet. Auf die Bundesstaaten und die Stadthaushalte, ganz so, wie man es auch aus der Bundesrepublik kennt.

So nannte denn auch der Bürgermeister von New York, Ed Koch, den Entwurf des neuen Reagan-Haushalts eine „Kriegserklärung an die Städte", die einerseits weniger Steuern bekämen, andererseits immer mehr von dem kümmerlichen Rest der Sozialpolitik, den Reagan noch übrig läßt, tragen müßten.

Aber auch ein rundes halbes Dutzend Gouverneure von verschiedenen Bundesstaaten der USA legten bereits — offiziell und öffentlich — Protest ein. Wobei zu unterstreichen ist, daß mehr als die Hälfte von ihnen derselben Republikanischen Partei angehören wie Reagan und seine Leute.

Und nicht umsonst sind es Gouverneure aus solchen Staaten, in denen die Zahl der Arbeitslosen und der verarmten Sozialhilfeempfänger überdurchschnittlich groß ist. Denn Reagans Wahlkampfbehauptungen von der „Carter-Wirtschaftskrise" haben sich inzwischen für jeden sichtbar als Lügenmärchen entpuppt. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs seit seinem Amtsantritt nahezu ununterbrochen, die Inflation blieb fast so hoch, wie sie war. Gab es zu Carters Zeiten rund 8 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose, so sind es heute anderthalb Millionen Menschen mehr, die als arbeitssuchend registriert sind. Die Zahl der nicht registrierten — vor allem Farbigen — ist riesig.

Aber auch im Kern seiner wirtschaftlichen Ziele, seiner großspurigen Behauptung, mit seiner Politik der Stützung des Investitionswillens der Unternehmer und des Kahlschlags im „Moloch" Sozialstaat könne man ganz rasch die Staatsverschuldung beseitigen, ist Reagan bereits im zweiten Jahr seiner Amtszeit gescheitert. Ähnlich wie die Konservative Partei in Großbritannien oder die CSU in der Bundesrepublik sollte der Kurs, die Aufrüstung voranzutreiben, die sozialen Errungenschaften abzubauen so rigoros durchgeführt werden, um die Staatsverschuldung schnell, nämlich bis zum darauffolgenden Haushalt für das Rechnungsjahr 1984 zu stoppen.

Davon ist nun nicht mehr die Rede. Reagan selbst plant für 1983 die Neuverschuldung des Bundes um 92 Milliarden Dollar, das sind rund 216 Milliarden Mark. Und dabei geht jetzt der massive Streit in den eigenen Reihen der Reagan-Wirtschaftler los — niemand glaubt eigentlich daran, daß es bei dieser Steigerung bleiben wird. Reagans eigener Budgetdirektor Stockman beispielsweise schätzt die Verschuldung für den jetzigen Entwurf um 60 Milliarden Dollar höher ein, auf 152 Milliarden, ungefähr 360 Milliarden Mark. Die Haushaltsbehörde des Kongresses legt in ihrer Schätzung nochmals fünf Milliarden Dollar zu. Die beiden größten Wall-Street-Banken liegen mit ihren Berechnungen — mit denen sie bisher stets Reagan unterstützt hatten — gleichfalls in dieser Höhe. Und ebenfalls einig ist man sich — außerhalb des Präsidentenzimmers — darüber, daß im angeblich ausgeglichenen Haushaltsjahr 1984 diese Neuverschuldung niemals nur die — von Reagan inzwischen eingestandenen — 83 Milliarden Dollar betragen wird, sondern ungefähr das Doppelte. Blieb für ein Fachblatt der amerikanischen Finanzbosse die eindeutige Schlußfolgerung: entweder Reagan hat sich um 160 Milliarden Dollar verrechnet oder mit seiner Politik stimmt etwas nicht.

Und vor diesem Hintergrund ist es dann auch zu verstehen, warum nicht nur innerhalb der Regierungsmannschaft selbst offen über Differenzen gesprochen wird, sondern warum zum ersten Mal die Wahrscheinlichkeit groß ist, daß Reagan mit einer solchen Vorlage im Kongreß nicht durchkommen wird. Warum auch aus seiner eigenen Partei massiver Widerstand angekündigt wird.

Die extremen Reaktionäre, vor allem jene Südstaatenabgeordneten, die von Beginn an zu Reagans härtesten Parteigängern gehörten, sie fordern eine noch brutalere Gangart. Andere wiederum, vor allem aus Industriezentren, wollen sich angesichts großer Protestbewegungen in ihrem Bereich nicht völlig isolieren. Bestimmte Kapitalgruppen fordern eine stärkere Berücksichtigung ihrer Sonderinteressen.

So ist Reagans Position, sowohl in den eigenen Reihen, als auch in den Augen der breitesten Kreise der amerikanischen Bevölkerung heute ein deutliches Stück schlechter, als sie es bei seinem Amtsantritt, aber auch noch vor Bekanntwerden dieses neuen Haushaltsentwurfs war. Wie bereits in England zeigt es sich auch hier, daß die heutige konservativ-bürgerliche Wirtschaftspolitik die kapitalistische Krise nicht beseitigt, nicht mildert oder hinauszögert, sondern sich negativ für die arbeitenden Menschen auswirkt und lediglich die stärksten Finanzgruppen favorisiert. So verlieren diese Politiker auch zunehmend ihre Basis im Kleinbürgertum.

In aller Stille

Weinberger schließt Abkommen über neue US-Stützpunkte

Saudi-Arabien und Oman bewilligen Basen

Ohne große Aufmerksamkeit zu erregen, ging die Reise des US-Kriegsministers Weinberger zur arabischen Halbinsel über die Bühne. Dabei wäre solche Aufmerksamkeit ohne weiteres angebracht gewesen. Endete doch diese Reise mit dem offiziellen Abschluß eines neuen Stützpunktabkommens mit dem Sultan von Oman und mit einem heimlichen über ein ähnliches Projekt in Saudi-Arabien.

Ohne Zweifel stellt dies einen gewissen Erfolg für die Taktik der USA dar, einen großen Rummel um die Vergehen der anderen, der sowjetischen Seite zu machen und währenddessen selbst munter die Reihen zu schließen bzw. auszubauen.

Dabei ist der Vertrag mit dem Oman der weniger wichtige. Zum einen gibt es dort bereits nicht nur zahlreiche britische Basen, die auch von den USA genutzt werden, sondern auch seit längerem stationierte US-Einheiten — dies wurde jetzt besiegelt und erweitert. Damit hat Sultan Qabus den letzten Schritt getan, sein Land in einen irdischen Flugzeugträger der westlichen imperialistischen Staaten zu verwandeln. Je offener er diesen Kurs betreibt, desto mehr regt sich auch wieder der Widerstand der nationalen Kräfte, die vor rund zehn Jahren vom Schah des Irans als Retter des Sultans geschlagen worden waren.

Bedeutsamer sind die erneuten Vereinbarungen mit Saudi-Arabien, dessen herrschende



Aufmarsch der USA im Nahen und Mittleren Osten

feudal-reaktionäre Saud-Clique aufgrund ihres Ölreichtums einen ganz entscheidenden Einfluß auf alle reaktionären Kräfte Arabiens besitzt.

Dabei ist die Lieferung der AWACS-Flugzeuge natürlich nur die Spitze des Eisbergs und auch sie werden ja von US-Piloten geflogen werden. Mehrere Abkommen seien geschlossen worden, so verlautete es im Anschluß an die Verhandlungen, die alle zur Erhöhung der Sicherheit am Golf dienen würden.

Offensichtlich haben die Sauds, nach ihrem Scheitern in der arabischen Gipfelkonferenz von Fez, als sie sich als die Führungskraft der Araber etablieren wollten, ihre Taktik geändert. Die bisher offiziell geübte Zurückhaltung gegenüber den USA, die wegen deren Unterstützung für Israel für nötig erachtet wurde, ist nun weitgehend aufgegeben.

Ein eindeutiger Fall

Die Reagan-Gewinnler

Wer verdient nun wirklich und wer besonders am wirtschaftspolitischen Kurs des Ronald Reagans? Jenes Kleinbürgertum aus den Südstaaten und dem mittleren Westen jedenfalls, das ihn vor allem wählte, nicht.

Man kann dies, wie mit einem Vergrößerungsglas an dem neuen Haushaltsentwurf sehen. Da sind zum einen die Großbanken, acht an der Zahl. Sie sind die Hauptgläubiger des Staates und streichen die Zinsen und Tilgungsraten fast in der Höhe des Haushalts der Bundesrepublik ein. Bank Of America, New York City Bank, Morgan Guarantee vornedran: die Hausbanken der größten Kapitalistenfamilien der USA.

Gefolgt von den Rüstungsbetrieben, die dafür sorgen, daß auch bei den sogenannten NATO-Partnern nichts eingekauft wird (was diese sehr erregt), und die, ähnlich wie auch in der Bundesrepublik, noch während der Lieferzeit die Preise erhöhen dürfen. Wobei man nicht vergessen darf, daß auch die Rüstungsproduktion zu einem guten Teil direkt von jenem runden halben Dutzend Finanzgruppen beherrscht wird, die man die Superreichen nennt, die ihre privaten Vermögen nach Dutzenden von Dollarmilliarden berechnen.

Ihnen gehören auch die größten Teile der Energiemultis, die Gewinner Nummer drei der Reaganschen Wirtschaftspolitik sind. Die Freigabe des Preises für das im Inland geförderte Öl — das inzwischen pro Barrel zwei Dollar teurer ist als das OPEC-Öl — löste hier einen regelrechten Boom aus, der kurzerhand das lange gehegte Märchen vom zu Ende gehenden Ölvorrat der USA wegfegte. Denn diese Aufhebung war seit Eisenhower der Herzenswunsch der geplagten Männer von EXXON und Konsorten gewesen. Und sie sind es auch, die entscheidend an den AKW-Programmen (78 sind im Bau) verdienen. AKWs, die gebaut werden trotz sinkendem Verbrauch, trotz durch sie — offiziell eingestanden — verdreifachtem Strompreis. Fast 20 Milliarden Mark macht Reagan für die AKW-Betreiber im Finanzjahr 1983 locker.

Dagegen hat übrigens die Zahl der Pleiten bei den Kleinunternehmen in Reagans Zeit bisher um fast 20 Prozent zugenommen...

Unterstaatssekretär Enders:

Eine politische Lösung kommt nicht in Frage

„Das wäre die Auslieferung Salvadors an die Aufständischen"

In seltener Offenheit hat jetzt der für Mittelamerika zuständige Unterstaatssekretär Thomas Enders vom US-Außenministerium eingestanden, daß für die USA nur der Weg bleibt, die Herrschaft der Junta in El Salvador mit Militärgewalt zu erhalten.

Nachdem schon in der letzten Woche sein Vorgesetzter Alexander Haig eine direkte amerikanische Intervention in El Salvador nicht ausschließen wollte, aber noch behauptete, die Mehrheit der Bevölkerung stehe hinter der reaktionären Junta Duartes, hat ihn jetzt sein „Unter" widerlegt.

Erzbischof John Roach, Präsident der katholischen Bischofskonferenz der USA, hatte die Regierung seines Landes aufgefordert, dem Blutvergießen in El Salvador ein Ende zu machen und sich für eine Lösung auf dem Verhandlungsweg einzusetzen.

Aber der Bischof schätzte offensichtlich die Christlichkeit seiner Regierung ganz falsch ein. Er erhielt eine äußerst undiplomatische, schroffe Absage.

Diesen Vorschlag des Bischofs zu verwirklichen, meinte der zuständige Herr Enders, der sich in Begleitung von CIA-Agenten und US-Offizieren schon des öfteren „vor Ort" aufgehalten hatte, das käme einer Auslieferung El Salvadors an die Aufständischen gleich.

Ein gewisser Widerspruch scheint sich da aufzutun: entweder, die Aufständischen sind, wie Herr Haig sagt, eine kleine radikale, von Kuba und Castro gesteuerte Minderheit. Dann müßten sie ja aber bei solchen Verhandlungen nicht nur die Mehrheit, sondern auch die anderen politischen Kräfte des Landes gegen sich haben. Dann wären ja wohl Verhandlungen keinerlei Gefahr für Duarte und seine Washingtoner Hintermänner. Andernfalls aber müßte man ja direkt zur Meinung kommen, der überall als äußerst integer bekannte Ali Haig habe gar gelogen. Welch Bestürzung bei seinen sozialdemokratischen Bonner Freunden.

Und Duarte hat dann wohl doch — außer Washington und die von ihm ausgehaltenen Killergarden — nicht viel im Rücken. Vielleicht sollte einer der beiden mal bei Bischof Roach beichten?

Der eintägige Generalstreik war erst der Beginn

Die belgischen Arbeiter kämpfen gegen das „Ermächtigungsgesetz"

Am Montag, dem 8. Februar, hatten etwa 1,2 Millionen belgische Werktätige den Aufruf des sozialistischen Gewerkschaftsbundes (FTGB bz. . ABVV) zum Generalstreik an diesem Tag befolgt. Wie sehen Ursachen und Begleitumstände dieser neuen belgischen Massenstreikbewegung aus?

Tatsache ist, daß die Teilnehmerzahl bereits einen Erfolg darstellt. Der sozialistische Gewerkschaftsbund ABVV hat nämlich insgesamt rund 1 Million Mitglieder, der katholische Gewerkschaftsbund ACV ist mit 1,3 Millionen Mitgliedern der größere. Der ACV hatte sich aber geweigert, Streikaktionen gegen die Regierungsbeschlüsse zu tragen oder auch nur zu unterstützen. Wenn nun 200000 seiner Mitglieder trotzdem mitgestreikt haben, so stellt dies einen wichtigen Erfolg im Kampf um die Einheit in der Aktion der beiden großen Gewerkschaftsorganisationen dar. Sie haben zusammen immerhin 2,3 Millionen der 2,9 Millionen Werktätigen Belgiens als Mitglieder.

Und alles spricht dafür, daß es der katholischen, eng mit der gegenwärtigen Regierung verbundenen Gewerkschaftsführung nicht lange mehr gelingen wird, ihre Mitglieder vom Widerstand abzuhalten, denn zu einschneidend sind die Maßnahmen gegen die Arbeiter, die die belgische Regierung ergriffen hat.

Am 18. Januar passierte ein Gesetz das belgische Parlament, das vom sozialistischen Gewerkschaftsbund nicht zu Unrecht in Anspielungen auf die deutsche Vergangenheit ein „wirtschaftliches Ermächtigungsgesetz" genannt wurde.

Offiziell heißt dieses Gesetz denn auch „Vollmachtengesetz". Und es stellt tatsächlich alles in den Schatten, was in den letzten Jahrzehnten in Europa passiert ist, was eine konservative Regierung gegen die Arbeiter ihres Landes unternimmt, auch die Maßnahmen etwa der Thatcher-Regierung oder Ronald Reagans im Sozialbereich.

Dieses Gesetz gibt der Regierung freie Hand, im Jahr 1982 alles zu tun, was für eine „Sanierung der belgischen Wirtschaft" notwendig sei. Sie benötigt dazu keine weitere Zustimmung des Parlaments, sondern es werden von der Regierung in Zusammenarbeit mit dem belgischen König „königliche Erlasse" herausgegeben, die alles weitere regeln.

Das Parlament hat also für dieses Jahr abgedankt, die Regierung kann ohne jegliche Kontrolle vorgehen.

Und die Maßnahmen sind eindeutig und von einer wirklich lange nicht mehr dagewesenen Brutalität.

So wurden in einem ersten Erlaß die belgischen Kapitalisten von der Bezahlung von rund 5,5 Milliarden Mark an Sozialversicherungsbeiträgen befreit. Und da die Verschuldung der belgischen Sozialversicherung bereits im letzten Jahr beinahe 40 Milliarden Mark betragen hatte, bedeutet dies die faktische Vernichtung des bisherigen Sozialversicherungssystems. Woraus die Regierung auch kein Hehl macht: Die USA mit ihren Beistandsversicherungen und die private Versicherung der Werktätigen solle die Regel in Belgien werden, ließ man öffentlich verlauten. Was bedeutet, daß beispielsweise Arbeitslose, die in Familien sind, wo noch arbeitende Familienmitglieder sind, kein Arbeitslosengeld bekommen. Und in Belgien ist heute jeder Neunte ohne Arbeit, das ist die Rekordmarke in der Europäischen Gemeinschaft. Ausdrücklich erklärte die Regierung auch ihren zweiten Angriffspunkt: die Löhne. Nur durch die Senkung der Lohnkosten seien die Exporte zu steigern und die Auslandsverschuldung (rund 25 Milliarden Mark) zu beseitigen.

Nun besteht in Belgien die Lohnindexierung, das heißt, die Löhne werden der Inflation angepaßt. Die Regierung will nun eine Lohn-„erhöhung" durchsetzen, die um drei Prozent unter der Inflationsrate liegt, also eine Lohnkürzung. Und noch weiter geht man dabei für die sogenannten Krisenbranchen wie Stahl oder Textil, wo je nach Lage direkte Lohnkürzungen, ohne irgendwelche Anpassung, vorgenommen werden sollen. Für die belgischen Stahlarbeiter beispielsweise, die sich geschlossen am Generalstreik beteiligten, würden diese Maßnahmen zusammen einen um sage und schreibe 15 Prozent geringeren Reallohn als im letzten Jahr bedeuten!

Hat dieses Ermächtigungsgesetz nun zum Frontalangriff auf die Sozialversicherung und die Löhne der belgischen Arbeiter geführt, so gibt es auch Nutznießer: die Kapitalisten.

Nicht nur die 5,5 Milliarden Mark (etwa 90 Milliarden belgische Franken) sollen ihnen geschenkt werden: die Mehrwertsteuer bei Bauprojekten wird um zwei Drittel gesenkt, die Gewinne an der Börse werden kaum noch besteuert, Gold kann zum Steuersatz von 1(!) Prozent statt bisher zu 6 Prozent gehandelt werden, die Körperschaftssteuer der Unternehmen soll abgeschafft werden.

Dieses Programm ist eine dermaßen offene Kriegserklärung an die belgischen Arbeiter, ein dermaßen offenes Klassenprogramm im Dienste des Kapitals, daß man sogleich dazu überging, alles in Bewegung zu setzen, um die belgischen Arbeiter vom Widerstand abzuhalten. Nicht nur daß pausenlos mit der Führung des katholischen Gewerkschaftsbundes konferiert wurde, damit diese den Streikwillen, der bei ihrer Mitgliedschaft ohne Zweifel vorhanden war, abbremst.

Die belgische Polizei hat sich auch in dieser dritten großen Generalstreikbewegung in Belgien nach dem Kriege mit Blut befleckt, sie schritt in zahlreichen Orten mit berittenen Abteilungen gegen fliegende Streikposten ein, versuchte, gewerkschaftliche Kundgebungen auseinanderzutreiben und ließ den Knüppel und Hunderte gepanzerter Fahrzeuge los.

Die — verfassungsmäßig mögliche — Absicherung des „Vollmachtengesetzes" durch königliche Erlasse bedeutet, daß diese Erlasse, die Dekrete des Königs also, sofort Gesetze sind. Das heißt: Wer gegen die königlich vergönnte Lohnkürzung streikt, beteiligt sich an einem politischen Streik, stellt sich gegen das Gesetz, ist ein Krimineller, der mit der Polizei verfolgt wird.

Die Verabschiedung dieses Gesetzes, das Regieren mit königlichen Dekreten, die faktische Aufhebung des Parlamentarismus in der Wirtschaftspolitik und die damit verbundene Beseitigung der Gewerkschaftsfreiheit und der Tarifautonomie, das sind die Maßnahmen, die die belgischen Kapitalisten schon lange fordern.

Denn im letzten Jahr waren verschiedene Versuche der Regierung, ähnliche Maßnahmen wie die jetzt beschlossenen über den normalen Weg, übers Parlament zu verabschieden, an der sozialistischen Partei gescheitert, deren Abgeordnete nicht dermaßen offen gegen die Arbeiterschaft Stellung nehmen konnten oder wollten.

Zahlreiche Streikaktionen der belgischen Arbeiter — aus beiden Gewerkschaftsblöcken, aber vor allem des ABVV — hatten solche Maßnahmen erst einmal zu Fall gebracht. Jetzt ist man offensichtlich zum Äußersten entschlossen. Ganz im Sinne des Kapitals. Schon vor über einem Jahr erklärten die Kapitalisten im Landesteil Flamen: „Die soziale Partnerschaft hat keine Zukunft mehr. Wir sind in einer Periode des Zwangs und Befehls angekommen, in der das Parlament über besondere Vollmachten entscheiden muß, um Streiks und Besetzungen, die sich gegen Sanierungsmaßnahmen wenden, zu brechen." Nun, dieser Wunsch wurde den Kapitalisten — wortgetreu — erfüllt.

Und es ist klar, daß weder Regierung noch Kapital nachgeben werden wegen eines eintägigen Generalstreiks. Und so wurde auch dieser Tag von den belgischen Arbeitern und Angestellten vor allem als ein Auftakt, als ein Signal des Kampfes verstanden, der auch die anderen zum Widerstand aufrütteln soll.

„Gegen das Diktat von rechts!", „Keine Lohnsenkung — kein Sozialabbau!", „Weg mit dem Vollmachtengesetz!" unter diesen Losungen kämpften die belgischen Gewerkschafter und setzten ihre Aktionen trotz zahlloser Polizeiübergriffe fort. Und es ist nicht nur für die belgische Arbeiterschaft zu hoffen, daß der Widerstand sich ausbreitet und erfolgreich sein wird. Denn das belgische Modell könnte den Kapitalisten der anderen EG-Staaten, nicht zuletzt jenen der Bundesrepublik gefallen — zumal sie ja selbst massiv an der Ausbeutung der belgischen Arbeiter beteiligt sind. Sowohl als Hauptgeldgeber als auch über zahlreiche westdeutsche Multis, die in Belgien angesiedelt sind, und die natürlich zu den eifrigsten Befürwortern dieses Angriffs auf die Arbeiter gehören.



Belgische Stahlarbeiter: offen wird ihnen vorgerechnet, sie müßten auf 15 Prozent ihres Lohns verzichten, damit „die Wirtschaft" saniert werden kann.



Heruntergefallen ist am Tag des Generalstreiks in Belgien nicht nur dieser eine uniformierte Schläger. 15 Verletzte „beklagte" die Polizeidirektion. Die Arbeiter, insbesondere in den Stahlstädten, hatten sich zur Wehr gesetzt.

Britische SDP auf der Seite der Gewerkschaftsfeinde

„Wir waren schon immer für eine Gewerkschaftsreform"

LONDON. — Die britischen Sozialdemokraten, aus einer Abspaltung der Labour-Party hervorgegangen und gegenwärtig im Wahlbündnis mit der liberalen Partei, haben beschlossen, im Unterhaus für die Gesetzesvorlage der Thatcher-Regierung zum Abbau der Gewerkschaftsrechte zu stimmen. Damit bezieht diese neue Partei, die nicht zuletzt auch die Unterstützung der westdeutschen SPD genießt, zum ersten Mal offen Stellung gegen die britische Arbeiterklasse.

Zum zweiten Mal will die Konservative Partei mit ihrer Thatcher-Regierung die Rechte der britischen Gewerkschaftsbewegung beschneiden. Die jetzige Vorlage zielt vor allem darauf ab, die Gewerkschaften bei spontanen Streiks zu Schadensersatzzahlungen an die Unternehmer zu verurteilen und allgemein die gewerkschaftlichen Rechte bei Streiks zu vermindern.

Denn es ist ja seit langem das Klagelied der britischen Monopole, daß die Gewerkschaften in ihrem Land die größten Rechte hätten — was auch stimmt, vergleicht man es mit anderen Staaten der EG. Und dieses ist den Herren natürlich ein Dorn im Auge. Schon viele Angriffe auf diese Rechte sind am einheitlichen Widerstand der Arbeiter gescheitert.

Jetzt erhoffte man sich eine größere Erfolgsaussicht: denn der zweite Anlauf Thatchers geschieht zu einer Zeit, da einige rechte Gewerkschaftsführer intensive Beziehungen zu der neuen sozialdemokratischen Partei pflegen. Man hofft, durch eine solche Stellungnahme der SDP für dieses neue Gesetz den Widerstand der Gewerkschaften so weit schwächen zu können, daß es diesmal durchsetzbar wird.

Die SDP-Abgeordneten und Führer gaben dann auch langatmige Erklärungen ab, in denen sie versuchten, ihre Parteinahme für das Kapital etwas zu beschönigen. Die britischen Arbeiter müßten endlich von ihrem einseitigen Klassendenken abgehen, meinte die SDP-Gallionsfigur Shirley Williams.

Die Gewerkschaften hätten nun eben doch zu viele Rechte, man sollte diese beschneiden und stattdessen eine Mitbestimmung nach deutscher Art einführen, meinte der SDP-Vorstand.

Währenddessen hat die Leitung des Gewerkschaftsbundes TUC erklärt, sie werde zum heftigsten Widerstand aufrufen, da dieses Gesetz sich nicht nur allgemein gegen die Gewerkschaftsbewegung wende, sondern gerade in dieser Zeit, bei jetzt über drei Millionen Arbeitslosen ein Mittel sei, um die Arbeiter ins Elend zu schleudern.

Was in „Bild" als Witz erscheint

„Unternehmen Camembert"

„Ganz Frankreich lacht über die Käsegeschichte aus Isigny in der Normandie" — so steht es in „Bild am Sonntag". Was von der hetzerischen Springer-Journaille als Witz betrachtet wird, ist in Wirklichkeit nicht nur ein handfester Skandal, sondern auch ein weiterer Hinweis darauf, wie sich in den verschiedenen europäischen Staaten der „politische Umgangston" verschärft.

Die Belegschaft der Käse- und Butterfabrik in Isigny war in den Streik getreten und hatte seit mehreren Tagen das Werk besetzt, wobei auch rund 75000 Stück des berühmten dortigen Camemberts beschlagnahmt worden waren.

Der Grund für diese Aktionen war ein doppelter: zum einen hatte sich die Unternehmensleitung geweigert, die gesetzliche Anordnung zur Einführung der 39-Stunden-Woche zu befolgen und hatte darüber hinaus beträchtliche Rückstände in der Lohnzahlung aufzuweisen.

Dagegen setzte sich die Belegschaft durch Streik und Betriebsbesetzung zur Wehr. Der Unternehmer ließ die Belegschaft durch ein Gericht dazu verurteilen, diese Aktion als gesetzwidrig abzubrechen. Sie tat es nicht und der örtliche Bürgermeister (Sozialistische Partei) verweigerte seine Zustimmung zu einem angeforderten Polizeieinsatz zur Räumung des Betriebs.

Der Unternehmensleiter, ein ehemaliger Fallschirmjäger, erinnerte sich daraufhin an einen alten Kameraden, der in Paris eine private Wachtruppe kommandiert, nach der Art der berüchtigten „Schwarzen Sheriffs" in München. Dieser mobilisierte — gegen gute Bezahlung — rund 150 Söldner, darunter als Kern etwa 40 ehemalige Fallschirmkameraden, die den ganzen Ort Isigny in der Nacht zum 12. Februar abriegelten und die besetzte Firma mit scharfen Hunden, Tränengasgranaten und Knüppeln stürmten — wobei es über 30 Verletzte unter den Arbeitern gab. Fünfeinhalb Stunden dauerte der Kampf um die Fabrik, bei dem die Polizei zuschaute. Dann verschwand die private Terrortruppe mit des Unternehmers Käse.

Bei Springer-Leuten sind solche Verbrecher offenbar Clowns.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





Baustelle am Rhein -Main-Donau-Kanal.

Bierernst contra Satire

Wir haben den Kanal voll

Die Auseinandersetzungen um die satirische Sendung „Scheibenwischer" (ARD) schlagen erneute Wellen und Schaum. So fiel als Folge dieser Sendung jetzt sogar der traditionelle „Triumphator"-Starkbieranstich der Münchener Löwenbrauerei buchstäblich in den Seidel. In der Vergangenheit wurde daraus ein regelrechter Prominentensuff, da dieser Anstich in Anwesenheit bekannter Größen aus Politik und Kleinkunst würdig begangen wurde. In diesem Jahr nun sollte der für seine Grotesken bekannte Kabarettist Gerhard Polt, der auch in der genannten ARD-Satiresendung der Nation die Scheiben putzte, als Unterhalter engagiert werden. Die CSU wollte aber ihr Starkbier nicht durch die Anwesenheit Polts trüben lassen, und lehnte ihr Erscheinen ab, und eben darüber gab es Krach. Um sich bei diesem Streit aus der Affäre zu ziehen, sagten die Löwen den Umtrunk kurzerhand ab. Sturm im Wasserglas bzw. im Seidel? Mitnichten!

Im Januar unterzogen Polt und Dieter Hildebrandt in ihrer Sendung „Scheibenwischer" den Bau des umstrittenen „Rhein-Main-Donau-Kanals" einer gepfeffertren Kritik. Anhand ihrer Satiren deckten sie verschiedene Dinge auf, die den Bau des von ihnen „Alfons-Goppel-Prestige-Tümpel" genannten Lieblingsprojekts von Strauß umspülen.

So führt diese, von namhaften Personen völlig überflüssig genannte Wasserstraße unter anderem durch naturgeschützte Gebiete und dadurch, so die „Scheibenwischer", würde den „Kanalratten" (liebevolle Bezeichnung für die Befürworter des Baus) ausgezeichneter Lebensraum geboten und Tierpräparatoren wären ihrer Arbeitsplätze sicher.

Sie deckten auf, daß der Strauß-Freund und -vorgänger Goppel und drei weitere Kabinettsmitglieder sowohl als Politiker wie auch als Aufsichtsratsmitglieder der „Rhein-Main-Donau-AG" tätig waren und zum Teil noch sind.

Sie stellten fest, daß die „internen Zahlen" so „wahnsinnig" seien, daß „weder ein Normalpolitiker wie Strauß, Schmidt oder Goppel" sie veröffentlichen könne, dies wäre nur durch einen „professionellen Spaßvogel" (Polt zu Hildebrandt) möglich, weil der „kleine Mann" sonst glauben würde, daß die Politiker jetzt „spinnen" oder ihn sogar „verarschen" wollen.

Bayerns FDP würdigte diese Satire auf den Kanal als „bissigste und brillanteste Glosse, die seit langem über den Bildschirm flimmerte". Die „Süddeutsche Zeitung" schrieb, daß diese „mark- und seelenerschütternde Satire" in der ganzen Republik als „hohnlachendes Furioso" empfunden wurde. Der Hamburger „Spiegel" stellte heraus, „dieser Kanal-Sketch schlug erheblich mehr Wellen als das ebenfalls in jener Woche stattfindende mehrtägige Hearing im bayrischen Landtag über Nutzen oder Nachteile des umstrittenen Kanals". Selbst die Springer „Hör zu", der man bestimmt keine Distanz zu Strauß vorwerfen kann, fand, daß durch diesen Beitrag der „Rhein-Main-Donau-Kanal in seinem ganzen Widersinn, das Lobbygeschrei drumherum (...) herrlich aufgespießt" wurde.



ARD-Sendung „Scheibenwischer" (mit den Kabarettisten Schneeberger, Polt und Hildebrandt).

Nicht so Herr Strauß und seine Mannen. Sie mochten über das „satirische Glanzstück" („Hör zu") nicht einmal schmunzeln, sondern beschlossen auf einer CSU-Vorstandssitzung „kräftig nachzufassen" (Strauß). Sie verlangten völligen Ernstes, nicht etwa im Suff, da „unter dem Deckmantel der Satire eine wahre Fülle von falschen Tatsachenbehauptungen in die Welt gesetzt" worden sei und der „Kanalbau als Idiotie des Jahrhunderts" dargestellt wurde, das Recht, an gleicher Stelle (zur besten Sendezeit der ARD) durch einen Sprecher der verantwortlichen Anstalt eine Richtigstellung (?) der Satire zu senden. Den Rundfunkrat des Bayrischen Rundfunks (und den aller Anstalten der ARD) wollte Strauß ebenfalls eingeschaltet wissen und Strauß-General Stoiber wollte sogar den Staatsanwalt anrufen. BR-Intendant Vöth drohte damit, sich künftig aus den gemeinsamen „Scheibenwischer"-Sendungen auszuschalten.

Dies alles sei natürlich keine Zensur von Satire, sondern die Satire selbst habe hier über die Stränge geschlagen, „Verdrehungen" und „Unwahrheiten" gebracht und deshalb darf man mit Recht Genugtuung verlangen — so denkt und läßt denken: Franz Josef Strauß!

Daß selbst Bundesverkehrsminister Volker Hauff den Kanal des Bayern als das „dümmste Projekt seit dem Turmbau zu Babel" bezeichnete, verwirrt einen Strauß nicht im geringsten. Er schießt sich weiter auf die Kabarettisten Hildebrandt und besonders Polt ein. Selbst bei Gefahr des totalen Starkbierentzugs.

Er machte sein Erscheinen bei der Sause im Brauhaus der Löwen davon abhängig, ob Polt sein Engagement behält oder nicht. Strauß oder Polt ist seine Devise. Und jetzt gerät der Anstich zum Stich ins Wespennest. Die Bayrische Opposition, vertreten durch SPD und FDP, wollen nämlich ihrerseits nicht mittrinken, sollte der Satiriker von der Brauerei ausgeladen werden, nachdem die CSU-Führung ihren Druck ausgeübt hat.

Mutige Schritte: Politik unter Abstinenz! Alle beteiligten Fraktionen setzten sich vorsätzlich der Gefahr des Alkoholentzuges aus und die Brauerei war die Belämmerte. Aber sie zog sich in wahrhaft salomonischer Weise aus der Schußlinie: Sie sagte, das Treffen kurzerhand ab. Vorher hatten Polt und seine Mitarbeiter, Martin Morlock und Klaus Peter Schreiner, nach der Festlegung einer Frist, die von dem Brauerei-Vorstand nicht eingehalten wurde, ihren Vertrag gekündigt.

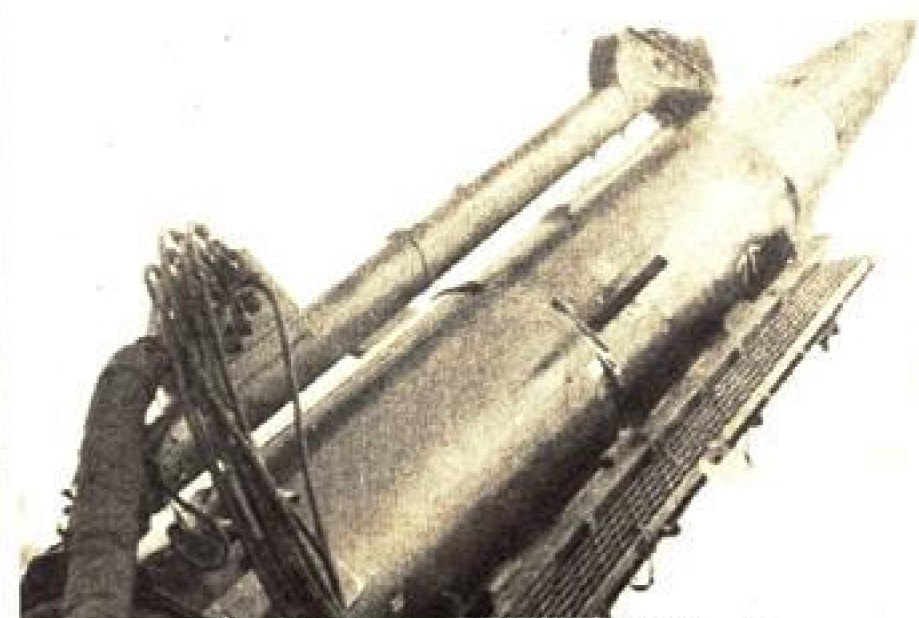
Wie man sieht, haben einige der Beteiligten auch ohne den Konsum des Starkbiers den Kanal gestrichen voll. Aber die Brauerei hätte ja auch Herrn Strauß in das satirische Rahmenprogramm heben können, als Imitator historischer Persönlichkeiten, oder der bayrische Wirtschaftsminister könnte in einer Laudation den Autobahnbau und den Kanalbau würdigen und danach — ein leiser Abtrunk auf das Wohl des Franz-Josef-Strauß-Zensur-Kanals!

US-Film über Atommanöver

„Dort könnte der dritte Weltkrieg beginnen"

Anfang Februar berichtete die „Hessenschau", ein Regionalprogramm der ARD, über eine ungewöhnliche Filmvorführung in dem hessischen Ort Hattenbach, der dreißig Kilometer von der DDR-Grenze entfernt im Landkreis Hersfeld-Rotenburg liegt. Gezeigt wurde ein Dokumentarfilm der US-Fernsehgesellschaft CBS mit dem Titel „The defense of the United States" („ Die Verteidigung der Vereinigten Staaten").

Hattenbach spielt in diesem Streifen die Hauptrolle. Daß die Bürger des Ortes nun am Fernsehschirm miterleben konnten, wie in Hattenbach die Vereinigten Staaten „verteidigt" werden, beruht auf einem Zufall. Der US-Film über ein amerikanisches Atommanöver ist in der Bundesrepublik sonst nie gezeigt worden. Im Urlaub in Österreich erfuhr ein Hattenbacher von der Existenz dieses Streifens und besorgte eine Videoaufzeichnung. Im folgenden bringen wir einige Auszüge aus dem Drehbuch, die deutlich machen, welche präzisen Vorstellungen die Strategen des Pentagon von einem Atomkrieg auf deutschem Boden haben.



Amerikanische Pershing-Atomrakete.

Sprecher: Dies ist die traditionelle Einfallstraße zwischen Ost- und Westdeutschland. Sie heißt Fuldatal. Dort, so glaubt die Army, könnte die dritte Weltkreig beginnen...

Die Vereinigten Staaten haben mehr als 1 000 nukleare Gefechtswaffen wie diese. Die Sowjets haben das auch. Die meisten haben Sprengköpfe größer als die Hiroshima-Bombe. Sie zielen auf Truppenverbände, auf Panzer und auf Abschußrampen weit hinter den Frontlinien. Ihre Reichweite liegt irgendwo zwischen neun und vierhundert Meilen. Wenige Amerikaner oder Europäer wissen Genaueres über diese Waffen, aber sie könnten die gefährlichsten Waffen der Welt sein. Sie wären die ersten, die benützt würden beim Übergang von einem konventionellen zu einem nuklearen Krieg. Und das würde Europa zum nuklearen Schlachtfeld machen...

Dies ist eine Pershing-Rakete, Reichweite 400 Meilen. Ihr größter Sprengkopf ist 30mal so groß wie die Hiroshima-Bombe. Es ist eine Waffe, die international beeindruckt.

Brigadegeneral Niles J. Fulwyler: Ich glaube fest daran, daß Atomwaffen auf dem Schlachtfeld einem nützlichen Zweck dienen.

Sprecher: Brigadegeneral Niles J. Fulwyler ist der kommandierende General der US Army Nuclear and Chemical Agency...

Fulwyler: Nun, die Waffen, die wir drüben haben, können eingesetzt werden, um bei einem überwältigenden Angriff zu helfen, zum Beispiel. Und sie können auch eingesetzt werden, um eine starke Verteidigung zu brechen. Und natürlich sind sie — ihr Hauptzweck der Abschreckung ist, daß sie uns ermöglichen, einen gegnerischen Einsatz nuklearer Waffen zu beantworten...

Sprecher: Weil unsere Truppen in ein nukleares Kreuzfeuer geraten könnten, werden sie jetzt routinemäßig zum Überleben auf dem integrierten Schlachtfeld ausgebildet... Während einer bewaffneten Divisionsübung in Deutschland im letzten Winter wurden diese Truppen zum ersten Mal unter Atomkriegsbedingungen ausgebildet. Das Experiment war ein großer Erfolg. Sir, welchen Prozentsatz von Verlusten erwarten Sie auf dem atomaren Schlachtfeld?

Fulwyler: Alles, was ich sagen möchte, ist, daß wir bedeutende Verluste erwarten können. Zum Beispiel, eine der Realitäten des integrierten Schlachtfelds ist, wissen Sie, ganze Einheiten könnten in einem Augenblick verschwinden. Deshalb werden die Verluste bedeutend sein.

Sprecher: Was die Europäer überraschen und wahrscheinlich erschrecken würde, ist, daß in den Vereinigten Staaten Army-Offiziere zum ersten Mal die Taktik entwickeln und lehren, die man für einen Atomkrieg auf einem Schlachtfeld braucht, das Europa heißt... Ein Nuklear-Stratege klagte, daß deutsche Städte nur zwei Kilotonnen auseinander liegen. Ein nuklearer Sprengkopf einer kleinen Rakete könnte eine Reihe von Städten gleichzeitig vernichten...



US-Fernsehfilm über Atommanöver.

In einer politischen Debatte wird der Atomkrieg abstrakt. Und dieser Sandkasten, dieses Lehrmittel sieht so unschuldig aus, bis man begreift, daß dieses Modell der US-Army das Gegenstück eines wirklichen Dorfes ist. Im Laufe des Kriegsspiels der Army wurde dieses Dorf namens Hattenbach zerstört. Wir haben dieses Dorf gefunden. Hattenbach liegt ungefähr 20 Meilen vor der ostdeutschen Grenze. Es überlebte zwei Weltkriege. Aber es würde nicht den nächsten überleben... Auf der Landkarte der Army ist Hattenbach Ground Zero.

Tips

Samstag, 20. Februar
22.15 Uhr, WDR III
El Bruto, der Starke. Luis Bunuel hat diesen Film 1952 im mexikanischen Exil gedreht. Im Mittelpunkt steht Pedro, genannt El Bruto, der sich zum Werkzeug eines skrupellosen Hausbesitzers machen läßt und den Führer einer Mieterbewegung umbringt. Mit Pedro Armendariz und Katy Jurado.

***

Sonntag, 21. Februar
22.40 Uhr, ARD
Frauen der Welt. Ein „Pamphlet gegen die Männerherrschaft" nennen Gordian Troeller und Claude Defarge ihren Beitrag zu der Serie „Frauen der Welt".

***

Sonntag, 21. Februar
20.15 Uhr, WDR III
Aus der Geschichte der Arbeit. In dieser Folge der WDR-Serie werden die Lebensbedingungen und die Kämpfe der Werktätigen zu Beginn des 16. Jahrhunderts — in der Zeit des großen Bauernkrieges — dargestellt.

***

Mittwoch, 24. Februar
22.15 Uhr WDR III
Die Marseillaise. Am Beispiel dreier Jakobiner hat Jean Renoir in diesem 1938 entstandenen Film die Geschichte der französischen Revolution und die Geschichte der „Marseillaise", die das Kampflied dieser Revolution wurde, dargestellt. Mit Louis Jouvet, Lise Dalamare und Pierre Renoir.

***

Freitag, 26. Februar
22.30 Uhr, ZDF
Aspekte. Das Kulturmagazin bringt einen Bericht über die Bochumer Uraufführung des Stücks „Johann Georg Elser" über den gleichnamigen Hitler-Attentäter von Peter Paul Zahl.

***

Freitag, 26. Februar
23.00 Uhr, ARD
Phantasten. Zweiter Teil des Fernsehfilms von Dieter Wellershoff über einen Bauspekulanten und korrupte Politiker. Mit Manfred Krug.

***

Freitag, 26. Februar
20.15 Uhr, NDR III
Wird Solidarność überleben? Interviews und Diskussionen mit Angehörigen der polnischen Gewerkschaft, die zur Zeit im Ausland leben.

***

Freitag, 26. Februar
21.50 Uhr, NDR III
Leutersbronner Geschichten. Wolfgang Mühlbauers Fernsehfilm über die Folgen der faschistischen Machtergreifung in einer deutschen Kleinstadt und über die Auseinandersetzungen in der damaligen Arbeiterbewegung, wird nun schon zum dritten Mal innerhalb eines Monats gezeigt. Der NDR bringt den Film in der Reihe „Fernsehspiel des Zuschauers": Die vom Sender befragten Kollegen der Vereins- und Westbank haben den Film zum besten Beitrag des Monats gewählt.

Bochum: Autonomes Kulturzentrum abgerissen

SPD-Kulturpolitik mit dem Bagger

Ein Polizeiaufmarsch von 1000 Mann, zusammengezogen aus dem gesamten östlichen Ruhrgebiet, leitete am vergangenen Donnerstag das Ende der BO-Fabrik ein, einer ehemaligen Fabrikhalle, die im letzten Dezember von Jugendlichen besetzt und von ihnen in ein autonomes Kulturzentrum umgewandelt worden war.

Angesichts dieser gewaltigen Übermacht leisteten die Besetzer, die sich in der Halle aufhielten, nur passiven Widerstand. Unmittelbar nach dem Truppenaufmarsch der Polizei erschienen die Abrißkolonnen und zerstörten die BO-Fabrik weitgehend. Hunderte von Bochumern, die sich am Ort des Geschehens einfanden, verfolgten dieses Werk der Zerstörung mit Wut und Empörung. Unter ihnen war auch Claus Peymann, Intendant des Schauspielhauses, der in der Auseinandersetzung um die BO-Fabrik endgültig zum Intimfeind Nummer eins der regierenden SPD-Bonzen geworden ist.

Peymann hielt in Diskussionen mit den Polizeibeamten mit seiner Meinung über den Sturm auf die besetzte Fabrik nicht zurück. Und für die SPD-Stadtfürsten war das offenbar ein begierig aufgenommener Anlaß, dem ungeliebten Intendanten wieder einmal etwas anzuhängen. Denn Polizeipräsident Berndt erklärte hinterher der Presse, Peymann habe gegenüber den Polizisten „wenig Schmeichelhaftes von sich gegeben. Ich warte den schriftlichen Bericht meiner Leute ab und werde danach entscheiden, ob ich Strafantrag wegen Beamtenbeleidigung gegen Herrn Peymann stelle.

Der Kampf um die BO-Fabrik erinnert an die über die Grenzen Kölns hinaus beachteten Auseinandersetzungen um das Stollwerck-Gelände in der Domstadt. Auch in Bochum war einem Unternhemen, der Firma Heintzmann und Co., mit großzügig bemessenen Finanzhilfen aus Steuergeldern der Umzug aus der Innenstadt in die Randbezirke ermöglicht worden. Das alte Fabrikgelände in der City wurde 1974 von der Stadt für 7,2 Millionen Mark gekauft und gammelte danach vor sich hin. Pläne über eine künftige Nutzung gab es jedenfalls nicht. Erst später entschloß sich die Stadt, aus der leerstehenden Fabrik ein Jugendzentrum unter städtischer Regie zu machen. Aber obwohl es tatsächlich an Freizeiteinrichtungen für Jugendliche im gesamten Stadtkern mangelt und obwohl schon erhebliche Summen in das Zentrum investiert worden waren, wurde es schon 1976 wieder dichtgemacht. Die offizielle Begründung: Lärmbelästigung der Nachbarn; für eine einzubauende Schallisolierung wäre kein Geld da.

Nachdem also die Jugendlichen vertrieben waren, stellte die Stadt die BO-Fabrik dem Bochumer Schauspielhaus als zusätzlichen Spielort zur Verfügung. Die Truppe von Claus Peymann führte hier in zwei Spielzeiten vier Stücke auf, darunter eine Inszenierung von Brechts „Heiliger Johanna", die internationale Anerkennung fand.

Zum Ende des vergangenen Jahres aber wurde auch dem Schauspielhaus gekündigt; die BO-Fabrik sollte abgerissen werden. Was an ihre Stelle treten, was mit dem Gelände geschehen soll, ist jedoch bis heute unklar. Es wird jetzt zwar demagogisch von Sozialwohnungen geredet. Demgegenüber stellte aber die Bochumger KJD in einem nach der Räumung der Fabrik verteilten Flugblatt fest: „Auffallend ist, daß die Fassade der BO-Fabrik stehen bleiben wird, während vom Innenhof her alles plattgewalzt ist. Mit gutem Grund! Denn bis heute gibt es keinen Bebauungsplan für das Gelände, bis heute gibt es keinen Finanzierungsplan! Und erst Anfang der Woche meldete die WAZ: ‚Dem Revier drohen Sanierungsruinen. Das Land kürzt die Mittel für alle Sanierungsobjekte um 50 Prozent.' Und so ist jetzt schon abzusehen: Die BO-Fabrik wird über Jahre noch als Ruine herumstehen. Hier wird in absehbarer Zeit nichts Neues aufgebaut, genauso wie auf dem Gelände der ehemaligen Heintzmann-Fabrik in der Hermannshöhe."

Die immer wieder gerne angeführten berühmten Sachzwänge sind es also nicht, von denen sich die SPD-Bonzen beim Abriß der Fabrik so sehr zur Eile antreiben ließen. Auch ihr am häufigsten vorgebrachtes Argument hat sich inzwischen in Rauch aufgelöst. Da war nämlich immer wieder behauptet worden, man müsse abreißen, weil sonst ein vom Land gewährter Zuschuß von 9,9 Millionen Mark für die Sanierung des Geländes wieder zurückgezahlt werden müßte. Es war der NRW-Städtebauminister Zöpel persönlich, der dieses Argument als Schutzbehauptung, als plumpe Lüge entlarvte. Er erklärte nämlich, daß „auf entsprechende Initiativen der Stadt Bochum" über eine Änderung des Sanierungsziels in Bezug auf das Heintzmann-Gelände gesprochen werden könnte. Und ausdrücklich nannte Zöpel als eine mögliche Perspektive der Sanierung „auch den Erhalt der BO-Fabrik."

Genau das aber wollen die Herren im Bochumer Stadtrat nicht. Ihnen ging es im wesentlichen darum, zu verhindern, daß hier in der BO-Fabrik nun tatsächlich das von den Jugendlichen in der Stadt so lange geforderte Autonome Kulturzentrum entstand. SPD-Fraktionsführer Hossiep, der starke Mann in Bochum, brachte das denn auch ganz unmißverständlich zum Ausdruck: „Ein solches Jugend- und Kulturzentrum wollen wir nicht. Der Begriff ‚autonom' wird zu unredlichen Zwecken mißbraucht. Die uns gezeigte ‚autonome' Art der Jugendarbeit lehnen wir ab."


Demonstration gegen den Abriß.

Ablehnung — das ist allerdings eine sehr untertreibende Darstellung der Haltung, mit der sich die Stadt Bochum den Forderungen der Jugendlichen entgegenstellt. Dreimal ist im letzten Jahr eine leerstehende Fabrik in der Stadt besetzt worden, um endlich Möglichkeiten für eine unabhängige Freizeitgestaltung zu schaffen. Und jedesmal haben die örtlichen Politiker darauf mit brutalen Polizeieinsätzen und mit dem Abriß der besetzten Gebäude reagiert.

Was autonome Jugendarbeit heißen kann, haben schließlich diejenigen gezeigt, die seit dem 11. Dezember die BO-Fabrik besetzt hielten. Sie haben ein ansprechendes Kulturprogramm organisiert, das Tausende von Bochumer Jugendlichen (und auch Erwachsenen) in die Fabrik holte. Das war den SPD-Bonzen und ihren Freunden von der CDU im Stadtrat anrüchig. Diese Leute, die nie etwas für die Jugend tun, werden immer dann sehr aktiv, wenn die Jugendlichen nun ihrerseits Initiativen ergreifen, um ihre Freizeit nach eigenen Bedürfnissen zu organisieren.

Anrüchig war den Ratsherren aber auch die „Koalition" zwischen den Fabrikbesetzern und den Mitgliedern des Schauspielhauses, die sich — Intendant Peymann voran — vorbehaltlos auf die Seite der Besetzer gestellt und deren Initiative für ein Autonomes Kulturzentrum unterstützt hatten. So hatte man sich das nicht gedacht, als man vor wenigen Jahren die Peymann-Truppe nach Bochum holte. Zwar sonnt man sich gerne in dem Ruf, den das Schauspielhaus heute zu recht als eines der besten Theater in Deutschland hat. Aber man möchte doch — bitte schön — ein anständiges unpolitisches Theater haben.

Was dagegen am Bochumer Schauspielhaus abläuft, schilderte der Ratsherr Gert Leipski in einem Leserbrief an die örtliche Presse so: „Mein Eindruck jetzt geht dahin, daß Agitation und Propaganda getrieben wird, Agitprop". Und die Peymann-Truppe hat sich ja nicht nur auf der Bühne — etwa mit Projekten wie „Unsere Republik" und „Unsere Welt" — kritisch mit den gegenwärtigen Zuständen auseinandergesetzt. Sie hat auch über die Bühne hinaus in Auseinandersetzungen eingegriffen, beispielsweise einen Friedensappell verbreitet, sich mit den RGO-Betriebsräten von Hoesch solidarisiert oder eben jetzt Stellung für die Fabrikbesetzer bezogen.

Klar, daß da die CDU in Bochum jetzt nach der Entlassung von Peymann schreit. Mit solchen Typen hat der Schauspielhausdirektor schon Erfahrungen. Denn die CDU-Politiker Filbinger und Späth waren es, die ihn aus Stuttgart vertrieben haben. Aber auch die SPD-Bonzen setzen Peymann und seine Mitarbeiter massiv unter Druck und drohen versteckt mit dem Rausschmiß. Und da dürfen dann auch die Kumpane in der örtlichen DGB-Führung nicht fehlen. Sie forderten schon Ende Januar den sofortigen Abriß der BO-Fabrik und legten darüber hinaus ihre Ansichten zu Fragen der Bochumer Kultur wie folgt dar: „Die BO-Fabrik halten wir als Kulturzentrum für ungeeignet, genauso wie sie es als Jugendzentrum war. Wer unbedingt in einer Fabrik Kultur produzieren will, kann in einen Betrieb gehen, wo noch gearbeitet wird. Dort bekommt Kultur einen besonderen Stellenwert."

Auf Peymann ist die DGB-Spitze ohnehin nicht gut zu sprechen. Nach der erwähnten Solidarisierung mit den RGO-Betriebsräten wurde der Versuch unternommen, Gewerkschaftsmitglieder zum Boykott des Schauspielhauses zu bewegen — was allerdings scheiterte. Und als Peymann vor zwei Jahren das kulturelle Aushängeschild des DGB, die Ruhrfestspiele, kritisierte, wurde er als „angeblicher Gewerkschaftsfreund" diffamiert, der keine Ahnung von den Problemen der Arbeiter habe, und DGB-Geschäftsführer Dr. Fred Eckhard warf sich sogar in Klassenkämpferpose, als er ausgerechnet Peymann vorschlug, er solle doch „ruhig weiter Theater für die bürgerliche Klasse machen, der er sich ja zugehörig fühlt."

Der Bochumer Intendant hat inzwischen schon eine theatergemäße Antwort auf die Anwürfe gegen ihn gefunden. Beim Dramatiker Rolf Hochhuth gab er ein Stück über den Filz von SPD und DGB in Auftrag. Darüber wird sich die „bürgerliche Klasse" sicher ebensowenig freuen wie ihre Handlanger in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaftsspitzen.


Kulturzentrum in der BO-Fabrik.


Die BO-Fabrik wird zerstört.

Keine Heine-Uni in Düsseldorf

Seit 17 Jahren geht der Streit — nun fand er ein unrühmliches Ende: Die Düsseldorfer Universität wird nicht nach dem Dichter Heinrich Heine, dem größten Sohn der Stadt, benannt.


Heinrich Heine

1965 hatte zum ersten Mal ein örtlicher Politiker, der damalige SPD-Oberstadtdirektor Gilbert, den Vorschlag einer neuen Namensgebung für die Uni gemacht. Er nahm damit eine Forderung auf, die bis heute von den Studenten, aber auch von vielen Bürgern der Stadt erhoben wird.

17 Jahre lang wurde diese Forderung immer wieder abgewehrt; die unglaublichsten Begründungen dafür wurden herbeigebracht, etwa daß Heine kein Naturwissenschaftler gewesen sei (wo doch die Düsseldorfer Universität vorwiegend auf die Naturwissenschaften ausgerichtet ist) oder daß die Namensgebung ein Ausdruck von Personenkult sei. Am vergangenen Mittwoch nun nahm sich der Konvent der Universität zum ersten Mal offiziell der Namensfrage an. Und er lehnte mit 44 gegen 41 Stimmen den Antrag ab, die Uni nach Heinrich Heine zu benennen.

An Begründungen gegen den Antrag brachte die Allianz von reaktionären Professoren und Mitgliedern des CDU-Studentenverbands RCDS nun neben den früher schon gelieferten „Argumenten" vor, daß die Umbenennung Folgekosten von etwa 200000 Mark nach sich ziehen würde. Denn die Professoren hätten dann ja beispielsweise ihre Türschilder neu fertigen und ihre Visitenkarten neu drucken lassen müssen. Man blieb also auf der Linie, den Widerstand gegen eine Heinrich-Heine-Universität ganz und gar unpolitisch zu begründen. Nur dem RCDS-Sprecher schlüpfte während der Konvents-Debatte einmal das Eingeständnis heraus, er sehe in der angestrebten Umbenennung das Werk einer „radikalen Minderheit".

Worum es wirklich geht beim Streit um den Namen, das hatte der Schriftsteller Rainer Wolf schon vor der Sitzung vom letzten Mittwoch in die Verse gefaßt: „Der Universitätskonvent zu Düsseldorf am Rheine / beschloß, daß, wenn er sich benennt / auf keinen Fall nach Heine.

Weil Heine a) als Demokrat / und b) als Sozialist / den Spießern auf die Füße trat / was typisch jüdisch ist."

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 7, 19 Şubat 1982 Yıl: 16 1 DM



Metal işçileri mücadeleye atıldı! Metal sektöründe ikinci toplu sözleşme turlarının başlamasından dolayı Ballingen'de (Baden Württemberg) mücadeleci metal işçileri görüşmelerin sürdüğü lokalin önünde yüzde üç ve beraberinde 100 DM net olan ücret artışı taleplerinin kabul edilmesi gerektiğini vurgulamak için bir eylem düzenlediler. Ancak metal patronları bu görüşmede de bir ücret artışı teklifini yapmayı reddettiler. Onlar gerçek ücretlerin düşürülmesini istiyorlar! İşçilerin gerçek ücretlerini garanti altına almaları gerekmektedir. Şubat ayı sonunda toplu sözleşmelerdeki barış süresi sona ermektedir. Bunun için işyerlerinde mücadeleci eylemler örgütlenmelidir.

İşgal etme hazırlıkları yapılmaktadır!

CIA, ABD'nin El Salvador'a savaş ilan etmesini istiyor!

Nikaragua'da darbe girişimleri talep edilmektedir

WAŞİNGTON. — Geçen hafta sonunda ABD'de yayınlanan çeşitli gazetelerin ve televizyon haberlerinde, ABD'nin Orta Amerika ülkelerinde açık bir askeri saldırıya geçeceği tehlikesi tüm açıklığıyla ortaya konmaktadır. Kirli planları ile tanınmış olan CİA gizli ajan örgütü, hem ABD piyade birliklerinin El Salvador'u işgal etmesini, hem Küba ile Nikaragua arasında irtibat hattına yoğun askeri saldırının düzenlenmesini hem de Nikaragua'da planlanmış bir darbe girişiminin finanse edilmesini talep etmektedir.

Her geçen gün daha açık ve belirgin bir şekilde El Salvador faşist cuntasının saltanatını sadece ve sadece Washingto'un yardımı ile sürdürebileceğini göstermektedir. ABD'nin "askeri yardımı" olmaksızın hakimiyetlerini sürdüremeyeceklerini şimdi El Salvador Savunma Bakanı da açıkladı. Amerikan dipomatı Enders'in ülke için alınacak siyasi bir çözüm ile, onun isyancılara teslim edilmesi eş anlamlıdır itirafı, ABD'nin şu an izlediği politikının en açık kanıtıdır. Ve CİA bundan şu sonucu çıkarmaktadır: Düzenli Amerikan birlikleri ülkeyi işgal etmelidir!

Ama ne varki CİA bu kadarını yeterli görmemekte. O işgalin başarıya ulaşması için devrimci ordunun yardımcı güç gönderebileceği tüm hatların bağlantılarının koparılması gerektiğini belirtiyor. Ayrıca Nikaragua ile Küba arasındaki irtibat hatlarına karşı da askeri tedbirlerin alınmak istenmesiyle, aynı zamanda Nikaragua devrimci hükümetinin devrilmesi öngörülmektedir. Bunun içinde Nikaragua'nın İşverenler Odası için bir hamlede yuvarlak olarak 40 milyon DM'lık yardım ayırdedildi.

Geçen hafta El Salvador faşist cuntasına yapılan silah yardımının yükseltileceğinin açıklanmasından sonra, şimdi de Guatemala'daki katil cuntaya da yapılan silah yardımlarının yükseltileceği belirtildi.

Tün bunlar Reagan Hükümeti'nin Orta Amerika'yı sadece ikinci bir Vietnam yapmak girişimlerine işaret etmemekte, aynı zamanda orayı bir Hindi Çini'ne dönüştürmek istediğini tüm açıklığı ile gözler önüne sermektedir. Bunlar onun kendi hakimiyetini teminat altına almak için tüm bölgeyi saşava çekmeye hazır olduklarının en açık kanıtıdır. Bu ülkelerin halklarının ezici çoğunluğunun, ulusal bağımsızlık, siyasi özgürlük ve sosyal şartlarının düzeltilmesi istemlerini elde etme çabaları, gerek ABD emperyalizmini gerekse onların bu ülkelerdeki uşaklarına hakettikleri şamarı yüzüne indirecektir.

Reagan'ın bu savaş rotasının ve CİA'nın savaş taleplerinin televizyon haberlerinde açıklanmasının aynı akşamı ABD'nin çeşitli şehirlerinde kendiliğinden protesto gösterileri düzenlendi. Bunlardan en kalabalık olanı Boston'da yapıldı. 4000 insanın katıldığı bu yürüyüşte "ikinci bir Vietnam oluşturma girişimine, ve Orta Amerika'ya saldırıya hayır" şiarları haykırıldı. ABD'nin, Hindi Çin'ine düzenlediği saldırılarda yenilgiye uğratılmasında önemli bir katkı sağlayan Amerikan barış hareketinin önünde şimdi de önemli bir görev durmaktadır.

(„CIA will US-Kriegserklärung gegen El Salvador")

NRW'de metal toplu sözleşme turlarında

Gene bir anlasmaya varılamadı

DÜSSELDORF. — 1 Milyona yakın metal işçisinin çalıştığı ve böylece en büyük toplu sözleşme sektörü olan Kuzey Ren Vestfalye'de metal toplu sözleşme turlarında metal kapitalistleri görüşmeyi pazartesi günü sürdürmekten vazgeçtiler. Onlar görüşmelerin yapılamayacağını ilan ederek uzlaşma komisyonuna başvurmayı istemekteler .

Kapitalistlerin adına görüşmeleri sürdüren sözcüleri Pleiger, görüşmelere ara verilmesinin nedenini, IG Metall'ın talebinden geri adım atması ile gerekçelendirmeye yöneldi.

Patronlar üç ay ücretlerin dondurulmasını talep etmekte ve onun ardından ancak yüzde üç ücret artışı anlaşmasını kabul edebileceklerini belirtmekte ki, bununda toplu sözleşme süresinin şimdiye kadar olduğu gibi 12 ay olması yerine 13 ay olması temelinde mümkün olabileceğini söylemekteler. Böyle bir durumda yüzde üç ücret artışı sadece kağıt üzerinde olan bir ücret artışından başka bir anlam taşımamaktadır. Çünkü gerçek olarak ücretler düşürülmüş olacaktır. Ve bu da ücretlerin talan edilmesi demektir.

Buna karşılık IG Metall'ın en az 120 DM olmak üzere yüzde 7,5 ücret artışı talebi bulunmaktadır. Ve bu talep savunulmalıdır!

Kapitalistler hiç bir uzlaşmaya yaklaşmamaktalar. IG Metal bölge Başkanı Braeuer hafta başında henüz uzlaşma komisyonuna başvurmayı yeğlemediğini açıkladı. O henüz biranlaşmaya varılması için tüm imkanlara başvurulmadığını belirtti.

Patronlar katı çizgilerini izlemekte kararlılar. Basında bol bol lafazanlık yapılarak, patronların en küçük bir taviz vermelerinin, diğer bölgelerdeki sendika temsilcilerinin NRW'dekilerine ücret taleplerini düşürmek için zorlamaya itebilecekleri açıklanmaktadır.

IG Metall talebinin tam olarak gerçekleşmesi ancak gerçek ücretlerin daha da düşürülmesini önleyebilir. Bunun için sendikanın, patronların katı çizgilerine vermesi gereken cevap, etkileyici eylemler örgütleyerek talebin tamamen gerçekleştirilmesini sağlamak olmalıdır. Ve bunun için hemen önlem alınmalıdır, asla cephenin gevşemesine imkan tanınmamalıdır. Bu şimdi grev hazırlığının yapılması demektir! Çünkü greve gitmeksizin kapitalistler geri adım atmayacaklardır!

84 petrol işçisi katledildi

Bu kez de Kanada'nın Yeni Funland bölgesinde petrol arama gemisinin devrilmesi, 84 petrol işçisinin ve teknik elemanın hayatına mal oldu. Bu kazadan daha önce de Kuzey Denizi'nde aynı şekilde bir kaza meydana gelmişti. Bu kazada mürettebatın hepsi hayatını yitirmişti.

Yayınlanan basın haberleri bile bu kazada da çeşitli emniyet önlemlerinin alınmadığını göstermektedir. Petrol işçileri sendikası uzun zamandan beri kazaların önlenmesi için sıkı emniyet tedbirlerin alınmasını talep etmesine rağmen, bugüne dek petrol tröstü patronları bu yönde hiç bir adım atmadılar. Petrol tröstlerinin arasında üçüncü büyük tekel olan "Mobil Oil" işçilerin hayati tehlikelere düşmesi üzerine zerre kadar düşünmemektedir. Çünkü emniyet önlemlerinin alınması, kendilerinin belirli masrafları yapmalarını beraberinde getirecektir. Ne varki işçilerin sırtından milyarlarca kâr eden tröstler için onların hayatta kalması önemli değildir, önemli olan kâr elde edebilmeleridir.

(„84 Opfer von Mobil Oil")

NATO'nun 19. savunma oturumu yapıldı

ABD silahlanmanın daha da hızlandırılmasını talep ediyor

MÜNİH. — Bu yıl içerisinde 19. kez yapılan uluslararası savunma oturumu, NATO'nun 1979'un Aralık ayında aldığı ek silahlanma kararından bu yana kamuoyunun dikkatlerini üzerine toplayan ilk şey oldu. Her sene yapılan ve ordunun, silah sanayisi kapitalistlerinin, özellikle bunlara bağlı olan politikacıların katıldığı bu toplantı militaristlerin önemli bir propaganda forumudur.

Her sefer olduğu gibi, bu kez de ABD'nin temsilcileri "ortaklarına" silahlanmayı daha da artırmak için çağrı yaptı. Bu toplantıda Savunma Bakanı Weinberger'in yanı sıra Amerikalı NATO Başkumandanı General Roger de konuştu.

O, "1983 yılından 1988 yılına kadar savunma giderleri her yıl somut olarak yüzde 4 artırılmalıdır" sözleri ile Weinberger'in talebini netleştirdi.

ABD temsilcileri, keskin bir şekilde herkes silahlanmayı artırmaya hazır olursa, o zaman kendilerinin de bunu uygulayacaklarını belirttiler. Oldukça açık bir vaad! Ne varki onlar utanmadan bir de böyle davranabiliyorlar, zaten bunları söylemeden de silahlanmayı daha da artırmaktalar.

Ayrıca bu toplantıda Reagan'ın yakın arkadaşı Senatör Tovers, şimdiye dek oturumda bu kadar sertliliğe rastlanmamış bir tarzda Federal Almanya'nın politikasını da eleştirdi. Almanlar yumuşama politikası üzerine besledikleri hayalleri bir tarafa atmalı ve ne istediklerini açıkca ifade etmelidirler diyordu. O'nun konuşmasının ardından Savunma Bakanı Apel, Avrupa'da hiç bir NATO ülkesinin Federal Almanya kadar silahlanmadığına işaret etti.

(„USA fordern weiter beschleunigte Aufrüstung")

Dresden'de barış forumu

DDR'de barış için kitlesel muhalefet toplantısı

DRESDEN. — Doğu Almanya'nın Dresden şehrinin ikinci dünya savaşında tahrip edilmesinin 37. yıldönümü dolayısıyla Alman Demokratik Cumhuriyeti'nde (DDR) SED Hükümeti'nin açıkladığı barış sözlerine güvenmeyen ve düşüncelerini açıkca dile getirmek isteyen çeşitli kesimler tarafından eylemlerin düzenleneceği açıklandı.

Bu yönde Dresden'de bir toplantı düzenlendi. 4 ile 6 bin arasında insanın katıldığı toplantı üzerine olan haberlerin yanı sıra, ayrıca açıklamalarda toplantıda konuşan bölge piskoposu Hempel ile tartışmalara katılan diğerlerinin tutumu arasındaki farklılıklar belirgin bir şekilde göze çarpmaktadır.

Hükümetin politikasını eleştirdiğinde; örneğin okullarda milli savunma derslerinin yapılması veya DDR'deki silahlanma üzerin görüş belirttiğinde piskopos alkışlandı.

Piskopos ayrıca çeşitli kilise çevreleri tarafından oluşturulan "Berlin Barış Çağrısı"nın barışın korunmasına hizmet etmediğini ve barış üzerine sürdürülen görüşmelerde olumlu yönde etki yapmadığını belirtti.

O bu sözleri ile neyi kastettiğini konuşmasının sonunda açıkladı. Sadece burada bir araya gelen bizler değil, aynı zamanda DDR hükümeti ve Sovyetler Birliği de barışın korunmasından yanadır dedi. Ne yazık ki, o bu sözleri için büyük alkış toplayamadı. Toplantıya katılanlardan bir kaç yüz kişinin Devlet Güvenlik Teşkilatı (Stasi) tarafından izlenen sessiz bir yürüyüş yapmalarının ardından toplantı sona erdi.



Milli Halk Ordusu'nun (NVA) askerleri yoğun bir eğitime tabii tutulmakta. DDR Hükümetinin, bunun barışa hizmet ettiği propaganda sözlerine inanların sayısı giderek azalmaktadır.

Faşist NPD'nin referandum talebi yasaklanmalıdır!

Tüm faşist örgütler dağıtılmalı, faaliyetleri yasaklanmalıdır!

BOCHUM. — Faşist NPD 1980 yılındaki parlamento seçimleri döneminde "Yabancıları durdurun" adlı Halk İnsiyatifi ile Kuzey Ren Vesfalye Eyaletinde (NRW) bir referandumu yapmaya çalışarak Almanya'ya yeni yabancıların gelmesini engellemek ve buradakilerin ise sınırdışı edilmesini sağlamaya çalıştı. Ancak o zaman bir halk oylaması yapılmasını sağlayamadı. Fakat NPD'li faşistler bununla yetinmediler. Onlar Ocak 1982'de yeni bir Halk İnsiyatifi oluşturarak, ırkçı ve faşist düşüncelerinin propagandasını yapmakta, yabancı düşmanlığını kışkırtmakta ve ırkçı bir halk oylamasının yapılması için faaliyet sürdürmekteler.

NPD'li faşistler, 1980 yılında yabancılara karşı başlattıkları kampanyada bir başarı elde edemeyince, şimdi yeni başlattıkları kampanyalarında ise yabancı düşmanlığını daha usta ve sinsi bir şekilde yapmaktalar. Gerçi halk insiyatifinin arkasında bulunan destekçilerinin kimler olduğu bilinmesine rağmen, yabancılara karşı faşist ve ırkçı düşüncelerini ustaca ortaya koymaktalar. Kuzey Ren Vestfalya Eyaleti'nde sürdürülen kampanyanın ilişki adresi olarak faşist NPD'nin Bochum-Wattenscheid'teki Günningfelder Strasse 101/a'da olan adresi verilmiştir. Ve ayrıca kampanyanın sorumlusu Hagen Üniversitesinde görevli bulunan profesör Hagen Prehl'dir. O, aynı zamanda 1980 yılındaki parlemento seçimlerinde faşist NPD adayıydı ve halende bu partinin kaza başkanıdır.

NPD'li faşistler yeni başlattıkları bu kampanya ile "yabancı çocuklar için sadece kendi ana dillerinde eğitim yapan sınıfların oluşturulması yönünde bir kanunun çıkarılmasını" sağlamak amacıyla NRW'de referandumun yapılmasını talep etmekteler. Faşistler, Alman ebeveynlerin, çocuklarının okullarda kötü bir eğitim gördükleri şikayetlerini kullanarak, bunun sorumlularının yabancı çocukların olduğunu göstermeye çalışmaktalar. Gerçekten ise bugün gerek yerli gerekse yabancı çocukların okullarda iyi bir eğitim görmemelerinin sorumluları; okullarda ders veren öğretmenlerin sayısını azaltan ve çeşitli eğitim araç ve gereç giderlerini kısıtlayan, hükümet ve eyalet yönetimleridir. Birincisi, öğretmenlerin sayıları azaltıldığından dolayı, okullarda sınıflardaki öğrenci sayısı alabildiğince kabarık, ikincisi öğretmen olmadığından dolayı dersler yapılamamaktadır. Bu da öğrencilerin oldukça kötü bir eğitim görmelerine neden olmaktadır.

İşte "yabancıları durdurun-Halk İnsiyatifi" Alman ebeveynlerin bir taraftan bu gerçekleri görmelerini engellemek isterken, öte yandan ise çocuklarının kötü bir eğitim görmelerinin sorumlusu olarak yabancı çocukları göstererek Alman halkında ırkçı ve faşist düşünceleri geliştirmeye çalışmakta, onların kinini yabancılar üzerine toplamaktadır.

Faşistler bir de adice "her iki grubunda", yani yerli ve yabancıların aynı sınıflarda "ders görmekten etkilendikleri" yalanına başvurmakta ve bundan ötürü sınıfların milliyetlere göre bölünmesini talep etmekteler. Onlar Bonn Hükümeti'nin, gerek SPD-FDP koalisyonu tarafından, gerekse de CDU/CSU'nun yabancılara karşı aldıkları kararlardan (ki, bunlar yabancı düşmanlığının körüklenmesinden başka bir anlam taşımamaktadır) daha da cesaret alarak yabancılara karşı harekete geçmekteler.

Faşist İnsiyatif kampanyasında ayrıca yabancıların Alman halkıyla kaynaşmasına da karşı çıkmaktalar. **Burada yeri gelmişken şunu açıkca belirtmekte yarar vardır: Biz kesinlikle Alman ve yabancı halkın birbiriyle dostça kaynaşmasına (entegrasyonuna) karşı değiliz. Biz sorunların tümüne sınıfsal açıdan yaklaştığımızdan dolayı, aynı zamanda halkların birbiriyle kaynaşmasına da böyle bakmaktayız. Biz bir taraftan halkların kendi kültürlerini ve geleneklerini karşılıklı saygı temelinde özgürce geliştirme ve birbirlerinin kültürlerini yakından tanıma yönünde yapılacak her türlü kaynaşma girişimini kararlı bir şekilde desteklerken, öte yandan da burjuvazinin biz yabancıları zorla asimile etme (zorla Almanlaştırma) girişimlerinin en kararlı karşıtlarıyız. Şunu da belirtelim ki, bugün çeşitli eyaletlerde kurulan faşist insiyatiflerin, partilerin (ki, bunu savunan yabancı faşist ya da gerici örgütleri de kastediyoruz) halkların kardeşçe kaynaşmasının önüne set çeken ve onları milliyetlerine göre bölerek aralarına nifak tohumları ekmeye çalışan girişmlerini en kararlı bir şekilde reddetmekteyiz.**

Bochum'da kurulan faşist insiyatif, çocuklardan başlayarak yerli ve yabancıların arasında bir ayrımın yapılmasını talep etmektedir. O yerli ve yabancıların milliyetlere göre özel sınıflarda bölünmesini istemektedir. Yerli ve yabancı öğrencilerin milliyetlerine göre sınıflara bölünmeleri demek, onların ikinci sınıf bir eğitim görmeleri demektir. Ayrıca bu onların gelecekte okul ve mesleki öğrenimlerinin önüne bir set çekmek demektir. Kısacası; daha şimdiden yerli ve yabancı çocukların birliği bölünmek istenmekte, onların birbirine düşmanlıkları da körüklenmeye çalışılmaktadır. Ayrıca onların geleceğin ikinci sınıf gençlerini oluşturmaları amaçlanmakdır. Çünkü bugün okul çağındaki yabancı çocukların milliyetlere göre bölünmelerinin; onların Almanlardan daha düşük bir eğitim görmelerinden başka bir anlamı olamaz.

Öte yandan faşistelerin bu girişimlerine karşı anti-faşistlerde sessiz kalmamamaktalar. Faşistlerin halkta ve yabancılara karşı düşmanlık körüklemelerinin ve böylece Alman halkı arasında kendilerine bir etki alanı yaratabilmelerini önlemek için Bochum'da "Alman-Yabancı Dostluk Hareketi" adlı bir komite kuruldu. Bu komite NRW Eyaleti İçişleri Bakanlığına ve Eyalet Yönetimine açık bir mektup yazarak faşistlerin tezlerini çürütmekte ve onların yapmak istediği referandumun kanuna aykırı olduğunu ve bu nedenlede reddedilmesi gerektiğini belirtmektedir.

Eyalet meclisinde tüm partiler faşist NPD'nin yapmayı amaçladığı halk oylamasına karşı çıkmalarına rağmen, bu yönde hiç bir adım atılmadı. Bütün söylenenler yuvarlak sözlerden öteye gitmemektedir.

Eyalet Bakanları alçakça, faşistlerin yapmak istediği bu halk oylamasının yasaklanması için hiç bir kanuni imkanın olmadığını belirtmekten de geri kalmadılar. Eyalet Bakanlarının bu sözleri adice bir düzenbazlıktan başka bir şey değildir. Çünkü faşist insiyatifin sürdüğü kampanya, ırkçılığı körüklemektedir. Ve Alman Anayasasına göre ırkçılık propagandası yapmak yasaktır.

Burada esas sorunu, onların faşistlere karşı etkili önlemler almak istememeleri oluşturmaktadır. Çünkü gerçekten faşistlerin ırkçı ve yabancılara karşı olan bir halk oylamasını yasaklamak demek, onların kendi siyasetlerini de geri plana itmeleri demektir. Neden? Çünkü biz yabancıların zaten var olan kısmi demokratik haklarını kısıtlayan insanlık dışı kararlar alan ve bizi artan işsizliğin sorumluları bile göstermeye yeltenenler kendileridir. Özellikle de CDU/CSU yabancılara karşı başlattıkları kışkırtma kampanyasında faşistlerle aynı koroda yer almaktadır.

Eyalet yönetiminin faşist insiyatifin referandum yapma girişimi üzerine bilinen şu ki, SPD'li olan eyalet yönetimi kesin bir tavır takınmakta ve somut önlemler almak yerine, halkı faşistlerin amaçlarına "karşı durmaya" ve referandum "boykot etmeye" çağırmaktadır. Buna karşılık CDU'lu Worms ise eylemi daha fazla "meşrulaştırmamak" için insiyatifin referandumunu "önemsememeyi" istemektedir.

Ancak gerek SPD'nın takındığı tavır, gerekse de CDU'nun; her ikisi de faşistlerin ırkçı düşüncelerini gönül rahatlığı içerisinde, özgürce propagandasını sürdürmelerine ve referandumun yapılmasına imkan sağlamaktadır.

Şimdi faşistlere verilmesi gereken cevap, **bu halk oylamasının önlenmesi ve kanuni olarak yasaklanmasıdır.** Çünkü Alman Anayasasına göre ırkçılığı körüklemek yasaktır. Ve bu anlamdada da kampanyanın yasaklanmasını gerekli kılmaktadır.

Ama bunu NRW Eyalet Yöneticileri kendiliğinden yapmayacaktır. İşte bundan ötürü de tüm yerli ve yabancı anti-faşistler ve demokratlar, faşistlerin referandumunun yasaklanması için hemen harekete geçmelililer. Bugün geniş yığınları bu faşist insiyatife karşı harekete geçirmek için sürdüreceğimiz propaganda ile aynı zamanda kitlelerin bilincini de yükseltmiş oluruz.

Politikacıları faşistlerin bu referandumunu yasaklamaya zorlamalıyız. Ancak bunu başarabilmek bizimde aktivleşmemizle mümkündür. Faşistlerin yabancılara karşı daha fazla panzehirlerini dökmelerine izin verilmemelidir!

NPD ve tüm faşist örgütler yasaklanmalıdır!

(„NPD-Volksbegehren verbieter'')



Üç yoldaşın cenaze törenine 300'e yakın insan katıldı.

Katledilen Kosovalı yoldaşların cenazeleri toprağa verildi

Onların ölümü bizi mücadeleye teşvik etmektedir

5 Şubat'ta Almanya, İsviçre ve diğer ülkelerden gelen 300'e yakın Kosovalı ve Yugoslavya'nın diğer bölgelerinde oturan Arnavutlar, 17 Ocak'ta Yugoslav ajan örgütü tarafından alçakca katledilen Jusuf Gervalla, Bardosh Gervalla ve Kadri Zeka yoldaşlar için Stuttgart-Bad Cannstadt mezarlığında cenazelerinin toprağa verilmesinde hazır bulundu.

Katledilen yoldaşların yakınları ve arkadaşları aslında onları ülkeleri olan Kosova'da toprağa vermek istiyorlardı. Ama Yugoslav revizyonistleri onların hayatta olmalarından korktukları gibi, ölülerinden bile korkmaktalar. Çünkü ülkelerinde yapılacak bir cenaze töreni kendilerine karşı güçlü bir siyasi gösteriye dönüşebilirdi. Ayrıca Stuttgart makamları da katledilenlerin ailelerinin isteklerini yerine getirmedi. Aileleri Kosova'da geleneksel olduğu gibi cenazeleri hafta sonu toprağa vermek ve böylece daha fazla vatandaşlarının katılmasını sağlamak istiyorlardı.

İnsanı duygulandırıcı cenaze kortejinin önünde Kosovalı bir işçi Arnavutluk bayrağını ve üç çocukta katledilen yoldaşların resimlerini taşımakta idi. Onları üzerilerinde çift kartal resmi çizili ve sarı yıldız bulunan Arnavutluk milli bayrağı ile örtülü üç tabut izlemekteydi. Tabutların arkasında aileleri yürüyordu. Kosova'dan Gervella kardeşlerin annesi ve Kadri Zeka'nın ise babası ve kardeşi gelmişti.

Mezarlıkta sessizliği sadece yas değil, aynı zamanda alçakca katliama ve bunun arkasında bulunan güçlere karşı olan kin ve nefret karekterize ediyordu. Örneğin, cenaze töreninde yapılan konuşmanın sonunda diğer şeylerin yanı sıra şunlar belirtildi; "Büyük Sırp Hükümeti'nin cenazelerinizin Kosova'ya götürülmesini reddetmesi, sizlerin şanını daha yüceltmekte. Kosova kurtuluşunda sizlerin geriye dönüşünüzü Arnavutluk Ulusal Marşı ile kutlayacak ve kemikleriniz tabuta konularak, Prista'nın caddelerinde dolaştırılacaktır. Şehrin hoparlörlerinde o gün yoldaşlarınız sizleri yüceltecek ve üzerinize Türküler söyleyeceklerdir. O zaman ulusal ve sınıfsal düşmana karşı sizlerin korkmadan nasıl mücadele ettiğinizi anlatacaklardır. Bu kanlı katliam biz yurtdışında bulunan işçilerde sadece kinizimizi açmamakta daha da bilenmesine yol açmakta, aynı zamanda biz bundan büyük dersler çıkarmalıyız. Biz şimdiye kadar olduğu gibi gelecekte de mücadelemizi sürdürmeye devam etmeliyiz. Ama bunun için örgütlü güçler birleşmelidirler. Bu kaçınılmaz ve önemli bir görevdir..."

Taputlar toprağa indirildiğinde, cenaze törenine katılanlar yumruklarını kaldırarak onlara son şerefi bahşettiler. Anıları mücadelemizde yaşayacak!

Cenaze töreninde yoldaşların hayatı ve mücadeleleri üzerine yapılan konuşmaların yanı sıra, KPD de bir konuşma yaparak üç yoldaşın yorulmadan ve yılmadan Kosova halkının haklı davası için südürdükleri mücadeleye değindi. Onların başarılı mücadelelerinden ötürü yurtdışında bile Yugoslav revizyonistlerinin etine batan birer diken olduğunu vurguladı. Yugoslav revizyonistlerinin bu alçakca katliam girişimini mahkum etti. Ayrıca Alman makamlarının sessizliğine, Yugoslav ajanlarının burada elini kolunu sallayarak katliamlara girişmelerine karşı hiç bir önlem almamalarına işaret etti ve bu kanlı katliamın sorumlularına karşı çeşitli önlemlerin alınmasını istedi.

Kosovalı yoldaşların hayatta kalanları için açılan bağış kampanyasına katılalım!

Kızıl Şafak okuyucularını, katledilen Kosovalı yoldaşların eş ve çocukları için bağış vermeye çağırıyoruz. Jusuf Gervalla yoldaşın geride kalan eşi ve üç çocuğunun hiç bir geçim kaynağı yoktur. Çünkü o Almanya'da iltica idi ve henüz hiç bir işi yoktu. Kadri'nin eşi ise üç ay önce Kosova'dan buraya evlenmek için gelmişti. Bardoşh'nun eşi yakında üçüncü çocuğunu dünyaya getirecek ki, o'nunda Bardoşh'nun kısa çalışma hayatından dolayı alacağı dulluk ve yetimlik maaşı ise oldukça az olacaktır.

Eşlerinin aniden ölümleri onları büyük bir maddi zorluğa itti. Sadece cenaze masrafları avukatın yaptığı açıklamaya göre 15 000 DM'yi tutmaktadır.

Onların şimdi bizim dayanışmamıza daha çok ihtiyaçları var. Bunun için onlara yanlız olmadıklarını ve dayanışmanın gücünü gösterelim! Bağışlarınızı şu hesap numarasına yatırın.

KPD, Wellinghofer Str. 103
Postscheckkonto: 6420-467, Postscheckamt Dortmund
veya
Konto Nr: 321 004 547, Stadtsparkasse Dortmund
Bağışmakbuzlarına, "Hinterbliebenenhilfe" rumuzunu yazmayı unutmayın!

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Kızıl Şafak'ın 1981 yılı sayıları cilt olarak çıktı

Her yıl olduğu gibi bu yılda Kızıl Şafak'ın geçen yıl içerisinde yayınlanan tüm sayıları toparlanarak tek ciltte yayınlandı. Böylece geçen yıl yayınlanan tüm sayılar cilt olarak temin edilebilir.

Geçen yıl içerisinde yayınlanan tüm sayıların tek ciltte toparlanmış olması bir taraftan Kızıl Şafak'la ilintili yapılacak olan araştırmaları kolaylaştırırken, öte yandan aynı zamanda güncel, tarih üzerine olan her türlü incelemeler için de başvurulacak iyi bir kitaptır.

Ciltin fiyatı: 35 DM'dir
İsteme adresi:
Verlag Roter Morgen
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30



Orenstein-Koppel işçileri işi bırakarak ücretlerinin düşürülmesine karşı çıktılar.

Orenstein-Koppel emekçileri

Greve giderek ücretlerinin düşürülmesini önlediler

DORTMUND. — "Kızıl Şafak"ın geçen sayısında da belirttiğimiz gibi inşaat makinası üretimi yapan Orenstein-Koppel işletmesi patronları akort ücretleri yüzde 20 düşürmek istemesinden dolayı, evvelki hafta işçiler greve gittiler. Onlar sürdürdükleri direnişlerinin sonucu kısmi bir başarı elde ettiler. Patronlar ücretlerin düşürülmesinden şimdilik vazgeçmek zorunda kaldılar.

Orenstein-Koppel patronlarının akort ücretleri yüzde 20 düşürmeleri demek, işçi arkadaşların saat başına 2 ile 3 DM arasında az ücret almaları demektir. Hoesch tröstüne bağlı olan Dortmund'taki Orenstein-Koppel patronları bu adımlarını şöyle gerekçelendirmekteydiler: *"Biz şundan eminiz ki işletmenin üretimini gelecekte de sürdürebilmesi için Dortmund'daki işyerinde de gerekli üretim artırımının sağlanması mümkündür. Bu Orenstein Koppel'in uluslararası alanda rekabet edebilecek bir duruma gelmesi için ileriye yönelik bir stratejidir."*

Orenstein-Koppel kapitalistleri ya da diğer anlamıyla şirketin bağlı bulunduğu Hoesch patronları, işçilerin ücretlerini talan ederek, çalışma şartlarını daha da ağırlaştırarak ve onları iliklerine kadar sömürerek rekabet mücadelelerinde kendilerine bir yer edinmek istemekteler. Akort saatinin düşürülmesini patronlar gerçekleştirebilirler ise, o zaman işçiler ücretlerinin düşmesini önlemek için daha da hızlı çalışmak zorunda kalacaklar. Çünkü aksi takdirde saat başına 2 ile 3 DM ücret kaybı olacak ki, bu da az değildir.

Üretimin artması ile birlikte patronlar "giderleri azaltmak" için yeni işyerlerini yok edebilirler. Onların hesapları şu: Ücretleri düşük tutma temelinde çalışma temposunu daha da hızlandırarak ve emekçilerin sayılarını azaltarak kârları daha da yükseltmek.

Ama Orenstein-Koppel işçileri patronların bu hesaplarına karşı sessiz kalmadılar. Geçen hafta içerisinde Dortmund, Hagen, Hattingen ve Batı Berlin'deki Orenstein-Koppel işletmelerinde işçi arkadaşlar greve gittiler.

Dortmund'taki işletmede işçi arkadaşlar iki kez işi bıraktılar. Onlar ilk grevlerini patronun ücretleri düşüreceğini öğrenmelerinin ardından 2 Şubat'ta yaptılar. O gün işçi arkadaşlar 4 saat işi bıraktılar. Ve onlar 5 Şubat'ta tekrar saat 9'dan saat 14,30'a kadar üretimi durdurdular. İşçi arkadaşlar aynı zamanda işletmenin giriş kapılarını da bloke ettiler.

Patron böylece pazartesi günü akort ücretlerini düşürmekten şimdilik vazgeçtiğini açıklamak zorunda kaldı. Patronlar bu konuda işyeri işçi temsilciliği ile görüşmeye hazır olduklarını açıkladılar.

Görüldüğü gibi Orenstein-Koppel işçileri patronların yüreklerine korku saldılar. Şimdi sorun, patronları tamamen akort ücretlerin düşürülmesinde vazgeçmeye zorlamaktadır. Ve bu da hiç şüphesiz patronun akort ücretlerini düşürmek istemesi adımını grevle cevaplamakla başarılabilir.

Orenstein-Koppel şirketinin Dortmund'taki işletme yönetimi yapılan olağanüstü işyeri toplantısında "akort saatlerinin düşürülmesi, konjuktür durumuna uyum sağlanılması gerektiğinden ötürüdür; ve kısıtlanmak istenilen akort ücretleri ise yüksek konjünktürün olduğu dönemde iyi kalifiye işçi bulabilmek için toplu sözleşme anlaşmalarının dışında ödenen ek zamlardır." dedi.

Bunun açıkca deyimi şudur: Onlar işsizler ordusunun artmasından ötürü daha önce verdikleri bir takım tavizleri geri almak ve ücretleri talan etmek istiyorlar. Bunun için de Orenstein-Koppel işçilerinin mücadeleci eylemleri ile bu saldırıya cevap vermeleri en doğru olanıydı. Kapitalistlerin aynı yönde saldırılarını sürdürdükleri diğer işletmelerde de işçi arkadaşlar Orenstein-Koppel işçilerinin aynı mücadele metoduna başvurmalıdırlar!

(„Teilerfolg für die Belegschaften bei Orenstein-Koppel")

IG Druck sendikası Bremen'de

Yüzde 10 ücret artışı talep ediyor

BREMEN. — Basım ve Kağıt Sendikası'nın Bremen Yerel şubesinin yaptığı üye ve delege toplantısında oybirliği ile yüzde 10 ücret artışı talebinin ileri sürülmesi kararlaştırıldı.

İşçi arkadaşlar, son iki yılda gerçek ücretlerin yoğun bir şekilde düşürüldüğünden dolayı aslında taleplerinin en az yüzde 15 olması gerektiğini vurguladılar. Arkadaşlar ayrıca bu yılki toplu sözleşme görüşmelerinde fiyat artışları ve yükseltilen sosyal giderlerle bir denkleştirmeyi sağlayacak ücret artışı anlaşmasının yapılması gerektiğini belirttiler.

Aynı şekilde Basım ve Kağıt Sendikası'nın (IG Druck und Papier) Frankfurt ve Hamburg bölgesel şubelerininde yaptıkları üye ve delege toplantılarında yüzde 10 ücret ve maaş artışı talebinin ileri sürülmesi doğrultusunda görüş birliğine varıldı. Frankfurt'lu işçi arkadaşlar ayrıca en az 220 DM kalifiye işçilerin ücret gruplarının altında olan gruplar için ücret artışı talep etmekteler.

(„IG Druck Bremen fordert 10 Prozent mehr Lohn")

Kamu işletmelerinde

Ücretlerin düşürülmesi geri püskürtüldü

BONN. — Kamu işverenlerinin şimdiye kadar 1 Mart'tan itibaren kamu hizmetlerinde çalışan işçi, büro emekçisi ve sıradan memurların ücret ve maaşlarını kısıtlamak istemeleri adımı önlenebildi. Yapılan görüşmelerde eyalet ve belediye işverenlerinin geri adım atmalarıyla, böylece hükümeti temsilen görüşmelerde yer alan İçişleri Bakanı Baum'un desteği azalmış oldu ve o da taktik olarak bir adım geri attı.

İçişleri Bakanı Baum ve kamu emekçileri sendikası ÖTV'nun Başkanı Kluncker yaptıkları son görüşmede, hükümetin şimdiye kadar kamu emekçilerinin ücret ve maaşlarını 1 Mart'tan itibaren düşürmeyi öngördüğü planının geri alınması konusunda bir anlaşmaya varıldı. Böylece kasıtlanması öngörülen ek ödentilerin ödenmesine devam edilecek.

Memurların ücretlerinin kısıtlanması zaten çıkarılan tasarruf tedbirleri kanunu ile kararlaştırılmış durumda. Bu nedenle Bonn Hükümeti ortaya çıkan yeni durumla birlikte memurlara da "eşit muamelenin" görülmesi adı altında yeni ber kanun çıkarma manevrasına başvurmaktadır.

Hiç kuşkusuz Bonn Hükümeti'nin kamu emekçilerinin ücretlerini 1 Mart'tan itibaren kısıtlamak istemesinde şimdilik bir adım geri atması; onun için yenilgi olurken, sendikalar için ise bir başarıdır. Böylece kamu işletmelerinde çalışan emekçilerin; özellikle de gerek ÖTV'lu, gerekse de demir yollarında ve minden arkadaşların mücadeleye hazır olması etkesini gösterdi. hazır olması etkisini gösterdi.

Her halde Bonn Hükümeti işçi ve emekçilerin mücadeleye hazır olmasından ve bundan ötürü de greve gidebileceklerinden öcü gibi korkuyordu. Çünkü onların, Federal Parlamento tarafından bile karar altına alınmış ve böylece yasal bir temeli olan bir karardan geri adım atmaları başka türlü açıklanamaz.

Nevarki bu, Bonn'daki, eyaletlerdeki ve belediyelerdeki kamu işverenlerinin ücretleri düşürmek istemelerinden vazgeçtiği anlamına gelmez. Onlar hala bu emellerini gerçekleştirmede kararlılar. Ama daha fazla provokativ davranarak işçi ve emekçilerin güçlü direnişlerine yol açmamak için bir manevraya başvurdular.

Ayrıca kamu işverenleri, kısıtlamayı öngördükleri işçi ve emekçilerin ücretlerini şimdilik kısıtlamaktan vazgeçmiş olsalar bile, gene işçi ve emekçilerin ücretleri talan edilmektedir. Örneğin noel parası, izin parası, çocuk parası vs. hakların kısıtlanması da işçi ve emekçilerin ücretlerinin talan edilmesi demektir. Böylece kamu hizmetlerinde çalışan emekçilerin ücretlerinde belirli bir kayıp olmaktadır.

Bundan ötürü ÖTV sendikası yönetiminin görüşmeler esnasında takındığı tavrı kararlı bir tavır olarak niteleyemeyiz. Çünkü hükümetin amacı; ücretleri kısıtlama sorunu ile ücret politikasında sıfıra doğru bir dönüşümü en azından gündeme getirmekti ve bunun için bir zemin yaratmaktı ve hala da öyledir.

Bunun için şimdi toplu sözleşme anlaşmalarında ücretlerin herhangi bir şekilde kısıtlanması planına yer verilmemeli ve bu yönde olan her girişim geri püskürtülmelidir. Kamu hizmetlerinde yapılacak olan toplu sözleşme anlaşmaları işçi ve emekçi arkadaşların gerçek ücretlerini teminat altına almalıdır! Ve bu alanda yapılacak bir ücret artışı anlaşması hiç bir şekilde diğer iş kollarında yapılacak olan ücret artışı anlaşmalarının altında olmamalıdır!

(„Öffentlicher Dienst: Lohnkürzungen vorerst zurückgenommen")



Batı Berlin'de sosyal hakların kısıtlanması ve silahlanma protesto edildi.

Kamu işletmelerinde ücret turları

"Şimdi ücretlerimizin düşürülmesine asla izin vermemeliyiz!"

DORTMUND. — 5 Mart'ta kamu hizmetlerinde toplu sözleşme turlarının başlaması öngörülmektedir. Federal İçişleri Bakanı Baum ilk etapta ücret ve maaşların yüzde bir kısıtlanmasından geri adım atmasına rağmen, henüz bu amaçlarından vazgeçmediklerini belirtti.

Geçen hafta Dortmund'ta ÖTV içerisinde çalışma sürdüren RGO'lu arkadaşlar bir bildiri dağıttılar. Bu bildiride şöyle denilmekteydi: "Sevgili işçi arkadaşlar, ücretlerin yüzde bir kısıtlanması önlendi. Bununla kamu işverenlerinin saldırısı geri püskürtülmüş oldu. Biz bu hedefe, ÖTV'nun somut olarak kamu işverenlerini greve gitmekle tehdit etmesinden dolayı ulaşabildik. Bu da bizim sahip olduğumuz gücün neleri başarabileceğini ve kamu işverenlerinin bu güçten ne kadar korktuklarını göstermektedir.

Şimdi bu kazanımımızın geri alınmasına izin vermemeliyiz. Çünkü Baum'un da "yemin ettiği" gibi, hükümet, eyalet yönetimleri ve belediyeler ücret kısıtlamalarını toplu sözleşme turlarında gerçekleştirmek istiyorlar."

RGO bildirisinde ayrıca bu yıl gerçek ücretleri daha da düşürmeyi öngören planları kararlı bir şekilde boşa çıkarmaya çağırmaktadır. Bunun yanı sıra bildiride ÖTV Dortmund Kaza Şubesi'nin sosyal işlerle görevli bölümünün bu toplu sözleşme turları için şu taleplerini ileri sürmeyi kararlaştırdığı açıklanmaktadır:

★200 DM ücret artışı

★Bütün ücret grupları için ücret zamlarının 100 DM tespit edilmesi ve bunun temel ödemelere eklenmesi,

★Tüm işçiler için en az 30 gün izin!

★İzin ve noel parasının kısıtlanmamasını!

Ücret zamları anlaşmasının 100 DM olarak belirlenmesine ayrıca şunu da belirtmeliyiz ki, Bonn Hükümeti'nin ücretleri yüzde bir kısıtlamak istemesiyle birlikte yapılan zam anlaşmaları da feshedildi.

Düşük ücret grupları için ise bu zamlar şu an 49 ile 64 DM arasındadır. Ayrıca izin ve noel parasının kısıtlanması talebine gelince, Kuzey Ren Westfalye (NRW) Eyalet Yönetimi bunları kısıtlayacağını açıkladı.

Hamburg'ta KPD toplantı düzenledi

HDW'nin kapatılmasına karşı mücadele!

***HAMBURG.** — 6 Şubat'ta KPD Hamburg'ta HDW patronlarının tersaneyi kapatmak istemelerine karşı bir toplantı düzenledi. HDW gemi tersanesi patronları işletmeyi tamamen kapatmak ve böylece işyerinde çalışan 5 000 işçiyi sokağa atmak istiyorlar. HDW'nin kapatılması ile ona bağlı olan işyerleri de etkilenmiş olacaktır. Bu da işyerlerini kaybedecek işçilerin sayısının sadece 5000 değil, 10 000'den fazla olacağı demektir. KPD düzenlediği bu toplantıda HDW'nin kapatılmak istenmesinin arkasında yatan amacın ne olduğuna değindi ve işyerinin kapatılmasına karşı mücadelenin önemini vurluladı.*

Toplantıya 150 işçi katıldı. Bu toplantıda ayrıca HDW'de RGO işyeri işçi temsilcisi olan Christian Matthiessen uzun bir konuşma yaptı. Onun konuşmasının ardından tersane işçilerinin de aktiv olarak katıldığı canlı bir tartışma sürdürüldü. Tartışmaların ağırlık noktasını HDW'nin kapatılmasının nasıl önleneceği oluşturuyordu.

"Gelsenkirchen Halk insiyatifi:

"Gelsenkirchen'in bir sosyal muhrumiyet bölgesi olmasını önleyelim!"

***GELSENKİRCHEN.** — Daha önce "Kızıl Şafak"ta da yayınladığımız gibi 13 Ocak'ta Gelsenkirchen'de Thyssen'e bağlı Schalker Verein dökümhanesinin kapatılmasını protesto etmek için düzenlenen büyük mitingin ardından, aynı zamanda Gelsenkirchen'de işyerlerinin yok edilmesine karşı bir "Halk İnsiyatifi" kuruldu.*

Gelsenkirchen'de işyerlerinin yok edilmesine karşı kurulan bu halk insiyatifi basına bir açıklama yaparak, niçin kurulduğunu ve amacının ne olduğunu belirtmektedir. İnsiyatif basın bildirgesinde diğer şeylerin yanı sıra, "Schalker Verein'in kapatılmasını önlemek için sürdürülecek mücadelenin öncelikli bir görevi olduğunu" vurgulanmaktadır.

Basın açıklanmasında ayrıca "kitlesel işsizliğin sosyal yönde bir yoksullaşma olduğunu, bu durumdan Gelsenkirchen'de herkesin etkileneceğine işaret edilmekteydi. Halk İnsiyatifi, sorunun "her hangi bir ideoloji sorunu olmadığını, aksine tek amaçlarının işyerlerinin kapatılmasını önlemek (...) olduğunu (...) ve bu amacı gerçekleştirmek içinde politikacıları zorlayacaklarını belirtmektedir!"

Gelsenkirchen'de işyerlerinin yok edilmesine karşı kurulan Halk İnsiyatifi ilk toplantısını 25 Şubat'ta, saat 19,30'da "Bulmker Treff", Wanner Str. 156 numarada yapmak istiyor.

(„Gelsenkirchener Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.